

1/2010

Die Arabische
Friedensinitiative:
Politischer Durchbruch
oder verpasste Chance?

israel & palästina – ZEITSCHRIFT FÜR DIALOG ist eine Publikation des
DEUTSCH-ISRAELISCHEN ARBEITSKREISES FÜR FRIEDEN IM NAHEN OSTEN e.V.

Vorsitzende: Julia Scherf; stellv. Vorsitzende: Georg Fahrion und Christian Sterzing.
BeisitzerInnen: Susanne Beischer, Bernd Asbach.

Geschäftsstelle: diAk, Zeißstraße 51/1, 22765 Hamburg

Bankverbindung (für Mitgliedsbeiträge): Stadtparkasse Düsseldorf, Konto-Nr.: 44 026 227,
BLZ 300 501 10. Im Mitgliedsbeitrag ist der Bezug der Zeitschrift enthalten.

E-Mail: geschaeftsstelle@diak.org; **Homepage:** www.diak.org

Redaktion: Bernd Asbach, Susanne Beischer, Michaela Birk, Steffen Hagemann, Shelley Harten,
Julia Scherf, Christian Sterzing (V.i.S.d.P.).

Redaktionsanschrift: diAk, Zeißstraße 51/1, 22765 Hamburg

Nachdruck: ist erwünscht und kann bei vorheriger Einwilligung der Redaktion erfolgen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Textverarbeitung und Layout: Holger Kern

Verlag: WOCHENSCHAU VERLAG, Adolf-Damaschke-Straße 10, 65824 Schwalbach/Ts.,
Tel.: 06196/860 - 65; Fax: 06196/860 - 60 und www.wochenschau-verlag.de; Bankverbindung
(für Abonnement): Postgirokonto Frankfurt/M., Konto 3770 608, BLZ 500 100 60.

Anzeigenverwaltung: WOCHENSCHAU VERLAG, Anzeigenabteilung **ISSN 0175-7024**

Bezugsbedingungen: Einzelhefte EUR 14,00/ Jahresabonnement EUR 43,20; alle Preise verstehen sich zzgl. Versandkosten.

Erscheinungsweise: Vierteljährlich

Themenschwerpunkt:**Die Arabische Friedensinitiative:****Politischer Durchbruch oder verpasste Chance?**

Zur Einführung – *Christian Sterzing* 4

Beiträge

Israels religiöse Rechte und der Friedensprozess – *Nicolas Pelham*..... 6

Transatlantische Annäherungen:

Obamas Nahost-Politik nach einem Jahr – *Michelle Dunne*..... 13

„No, we can't“ – *Christian Sterzing* 19

Themenschwerpunkt**„Die beste Option:**

Die Arabische Friedensinitiative – *Hesham Youssef*..... 26

Die Arabische Friedensinitiative:

Ursprung und Positionsentwicklung seit 2002 – *Ahmed Badawi* 43

Die Arabische Friedensinitiative:

Interpretation und Zukunftsaussichten – *Joshua Teitelbaum* 51

Die Arabische Friedensinitiative und die internationale Gemeinschaft:

Lippenbekenntnisse oder echtes Engagement? – *Mauriel Asseburg* 57

Dokumente**Kampf dem Stillstand –**

Botschafterappell zur deutschen und europäischen Nahostpolitik 65

Die Stunde der Wahrheit – Aufruf palästinensischer Christen

und Christinnen zur Beendigung der Besatzung..... 65

Autoren 80

Zur Einführung

Christian Sterzing

Sie geistert immer wieder durch politische Debatten und findet Erwähnung in diplomatischen Papieren; für die einen ist sie alter Hut, für andere politisch nicht (mehr?) relevant; sie wird als historischer Durchbruch bewertet oder als wertloses Lippenbekenntnis kritisiert: die Arabische Friedensinitiative (AFI). Die jahrelangen Auseinandersetzungen über die AFI haben den deutsch-israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten (diAk) veranlasst, das Jahresseminar 2009 diesem herausfordernden Thema zu widmen. In diesem Heft nun dokumentieren wir in unserem Themenschwerpunkt drei Vorträge dieser Tagung, die sich aus jeweils unterschiedlichem Blickwinkel um eine politische Einordnung der Friedensinitiative bemühen. Als Stabschef des Generalsekretärs der Arabischen Liga repräsentiert Hesham Youssef sozusagen die offizielle arabische Sicht. Ahmed Badawi analysiert die inneren und äußeren Dynamiken, die zu dieser Initiative im März 2002 geführt haben und in den vergangenen Jahren durch sie ausgelöst wurden. Während Joshua Teitelbaum die Initiative, den Text der Beirut Erklärung

und den politischen Kontext einer kritischen Würdigung aus israelischer Sicht unterzieht, untersucht Muriel Asseburg in ihren Beitrag die Reaktionen der internationalen Staatengemeinschaft auf die AFI.

Acht Jahre nach Verabschiedung der Erklärung auf dem arabischen Gipfeltreffen in Beirut fragt man sich nicht nur, ob die mögliche Chancen genutzt wurden. Es stellt sich die Frage, ob wir es (wieder einmal?) mit einer verpassten Gelegenheit für Fortschritte im nahöstlichen Friedensprozess zu tun haben. In diesem Kontext gewinnt ein kleines Dokument an Interesse, das wir im Dokumentarteil dieses Heftes abdrucken: Der Appell einiger ehemaliger deutscher Diplomaten für eine aktivere europäische und deutsche Nahostpolitik. Auch hier wird – im übrigen neben der Genfer Initiative (siehe dazu *israel & palästina* Heft 4/2009) – die stärkere Einbeziehung der Arabischen Friedensinitiative in alle nahöstlichen Friedensbemühungen eingefordert. Man mag dies zum einen als Hinweis nehmen, dass – aus welchen Gründen auch immer – offensichtlich nicht alles getan wurde, um die friedenspoliti-

schen Potentiale der AFI wirklich auszuschöpfen. Zum anderen lässt die Forderung aber auch den Schluss zu, dass es aus diplomatischer Sicht noch nicht zu spät, die Gelegenheit also noch nicht endgültig verpasst ist.

Wie schmerzlich das Verpassen von Gelegenheiten vor allem für die Palästinenser ist, macht ein weiteres, das so genannte Kairos Palästina Dokument von palästinensischen Christinnen und Christen deutlich: „Obwohl es keine Hoffnung gibt, schreien wir unsere Hoffnung heraus.“ Nicht zu Unrecht fühlen sich Palästinenser im Allgemeinen und palästinensische Christen im Besonderen von der (christlichen) Welt politisch im Stich gelassen. Dass dieser Appell gerade bei Christen in Deutschland keine Welle der Solidarität, sondern eher theologische Diskussionen auslöst, verwundert deshalb nicht.

Wenn mit Strategielosigkeit und Untätigkeit die Haltung der internationalen Gemeinschaft zum Nahostkonflikt derzeit wohl recht treffend umschrieben wird, so verändert sich die Situation „vor Ort“ dennoch permanent. Dafür sorgt schon Israels religiöse Rechte mit ihrer Siedlungspolitik. Nicolas Pelham zeigt in seiner Untersuchung auf, wie Siedlerbewegung und religiöse

Rechte in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr zusammengewachsen und mit dem israelischen Regierungsapparat verwoben sind. Dieser „militärisch-religiöse Komplex“ gewinnt offenbar in Israel immer mehr Einfluss, den zurückzudrängen kaum jemand in der Lage ist. Die jüngsten amerikanisch-israelischen Auseinandersetzung über die Siedlungspolitik erinnern an Theaterdonner und spiegeln die hilflose Empörung der US-Administration, so von der israelischen Regierung vor der gesamten Weltöffentlichkeit vorgeführt zu werden. Auch wenn sich amerikanische und europäische Positionen zum Nahost-Konflikt vor allem seit dem Amtsantritt Obamas angenähert haben, wie Michelle Dunne in ihrem Beitrag darlegt, ist es bisher nicht gelungen, dieses Potential in konkrete Politik zu transformieren, in arbeitsteilige politische Zusammenarbeit umzusetzen und damit eine neue Friedensdynamik zu initiieren. Immer häufiger wird heute nach dem Scheitern der bisherigen Nahostpolitik Obamas von seiner zweiten Amtszeit gesprochen, in der ihm erst eine eigenständiges und unabhängiges Agieren möglich sein wird. Für viele Menschen im Nahen Osten ist dies allerdings ein (zu) schwacher Trost.

Israels religiöse Rechte und der Friedensprozess

Nicolas Pelham

Es wäre einfach, die Bewohner des Außenpostens Amona als Radikale zu beschreiben. Im Februar 2006 führten sie – zum Teil bewaffnet – den Protest von 4.000 Siedlern gegen 3.000 israelische Polizisten an, die angerückt waren, um sicherzustellen, dass neun nicht genehmigte Gebäude wie angeordnet geplant würden. Bei den anschließenden Zusammenstößen wurden 80 Sicherheitsleute und 120 Siedler verletzt. Somit gab es bei dieser Kraftprobe mehr Opfer als während des gesamten „Rückzugs“ aus den Siedlungen im Gazastreifen im Jahr 2005. Amona wurde zu einem Symbol für die Entschlossenheit der Siedler der Westbank, den staatlichen Versuchen zu trotzen, Lager, die wie ihr eigenes ohne staatliche Genehmigung gebaut worden waren, abzureißen, „Wie soll ich meinen Kindern erklären, dass die Armee, die doch kam, uns zu beschützen, sich verhält wie unsere Feinde?“ beklagte sich Irit Levinger, Bewohnerin von Amona.

Doch was bei den Siedlern in Amona beunruhigt, ist nicht, wie weit sie von anderen Israelis entfernt sind, sowohl geographisch als auch politisch,

sondern wie verbunden. Sie sind national-religiös, das heißt, sie sind fromme Juden, doch – anders als andere religiöse Juden – glauben sie ähnlich leidenschaftlich an das säkulare Projekt des Zionismus. Die National-Religiösen lassen von ihren Laternenpfählen israelische Flaggen wehen und dienen in der Armee an vorderster Front. Im Jahr 2006, sechs Monate nach der Konfrontation in Amona, folgte die Hälfte aller Männer des Außenpostens der Einberufung für den Libanonkrieg. Ein Bewohner war einer von neun israelischen Soldaten, die bei der Gaza-Offensive 2008-2009 getötet wurden. Außer Militäroffizieren stellen die Bewohner Universitätsprofessoren, einen Polizeibeamten, Staatsbeamte und Rechtsanwälte. Levinger selbst ist Dozentin für Hebräisch an einer staatlichen Universität. Zwei der Verwundeten bei der Konfrontation mit der Polizei waren Mitglieder der Knesset aus einer größeren Siedlung in der Nähe. Die national-religiösen Siedler mögen gegen den Staat agitieren, doch sie sind direkt mit den Hebeln staatlicher Macht verbunden und genießen deren Schutz.

Außenposten („outpost“) ist ein irreführender Begriff. Es beschwört Bilder von Cowboys herauf, die den Elementen trotzen und sich im Wilden Westen gegen Feinde wehren. Die meisten Außenposten in der Westbank sind gut ausgestattete Wohnwagenplätze, Seite an Seite mit rot gedeckten Häusern, die entweder auf staatliches Geheiß und auf dessen Kosten gebaut wurden oder mit privatem Geld und staatlicher Billigung. Die meisten sind untrennbar mit den etablierten Wasser-, Straßen- und Stromnetzen der Siedlungen verbunden und können sich auf den Protest ihrer Nachbarn verlassen, falls Staatsvertreter an die Wohnwagentür klopfen sollten. Es sind Momentaufnahmen, die vielen Siedlungen vor ein oder zwei Jahrzehnten gleichen. Sie sehen tatsächlich aus wie viele Städte innerhalb Israels nach den Eroberungen 1948 aussahen. Die Außenposten sind Symbole für das Vordringen des Zionismus.

Trotz internationaler Empörung und einer aus der Zeit der Roadmap im Jahr 2003 stammenden israelischen Verpflichtung, Außenposten zu entfernen, machen sich nur wenige ihrer Bewohner wirkliche Sorgen um ihre Zukunft. Erst kürzlich verfügte Verteidigungsminister Ehud Barak den Abriss von 22 Außenposten „innerhalb von Wochen“. Das war im Mai 2009. Alle stehen noch.

Vor dem befristeten Baustopp, den Premierminister Benjamin Netanjah im August 2009 dem früheren Senator George Mitchell als Beruhigungsspiel hinwarf, scheint die Siedlerbewegung ähnlich unbeeindruckt zu sein. Der Sondergesandte war von Präsident Barack Obama geschickt worden, um derartige „vertrauensbildenden Maßnahmen“ von Israel und seinen arabischen Nachbarn zu erreichen. Schon früherer Baustopps wurden nur in minimalem Umfang umgesetzt, und das Angebot Netanjahs einer neunmonatigen Pause erfolgte im Wissen, dass es genügend vorangegangene Genehmigungen gab, um ein ganzes Jahr bauen zu dürfen. Das Baustoppversprechen war weniger ein Damoklesschwert für die Siedler als ein Schnuller für quengelnde Ausländer. Mitchell wurde im Zuge dessen in ein ausgedehntes Gefeilsche um Einzelheiten – wann und wo der Baustopp umgesetzt werden sollte und welche bestehenden Baumaßnahmen weitergehen könnten – verwickelt, bis seine vorher feste Haltung zu einem Siedlungsstopp zu bröckeln begann. (...)

Bedeutung der Demographie

Auf den ersten Blick ist der Erfolg der Westbank-Siedler schwer zu erklären. Zahlenmäßig stellen sie – nimmt man die 200.000 Siedler im illegal annek-

tierten Ost-Jerusalem aus – lediglich 4 Prozent der Bevölkerung und werden von ihren Mitbürgern oft um den unverhältnismäßig hohen Anteil des nationalen Reichtums beneidet, den sie verbrauchen. Lediglich 1 Prozent von ihnen lebt im Herzen des vermeintlichen palästinensischen Staates, also östlich der Trennmauer, die Israel in der Westbank gebaut hat. Von ihnen haben Tausende, die meisten davon Säkulare, ihr Interesse geäußert, Im Falle finanzieller Anreize nach Westen zu ziehen. Einige – unzufrieden wegen der geographischen Isolation, aus Angst vor Gewalt und der wachsenden Religiosität der Siedlerbewegung – sind bereits fortgezogen. Die Umsiedlung der Verbliebenen wäre ein geringer Preis, um Israel die weltweite Schmach zu ersparen, die das Fortbestehen und Vorantreiben des Siedlungsprojektes mit sich bringen.

Doch innerhalb des Landes ist die Siedlungsbewegung – mit den Worten eines früheren Armeekommandeurs der Westbank – „Israels mächtigste Lobby“. Nur wenige israelische Politiker haben den Mut zur Konfrontation mit der Bewegung, weil sie ähnliche Auseinandersetzungen wie die von Amona mit Israels führenden zionistischen Ideologen fürchten. Die Bewegung wächst rasch: Die Abwanderung säkular Denkender aus der Westbank (wenn auch nicht aus Ost-Jerusalem)

wurde durch den aufkeimenden harten Kern von national-religiösen Aktivisten, die von Anfang an jüdische Siedlungen überall im biblischen Land Israel als heilige Pflicht unterstützt haben, mehr als kompensiert. Zusätzlich hat die Bewegung Israels ultra-orthodoxe und traditionell nicht-zionistische Gemeinschaften kooptiert, die dringend Raum für ihre großen Familien brauchen. Damit haben die Siedler die Sektoren mit dem langsamsten Wachstum in der israelischen Bevölkerung politisch fallen lassen und die beiden am schnellsten wachsenden in ihr Projekt integriert. Die Bevölkerung der Westbank, wieder ohne das besetzte Ostjerusalem, hat sich von 105.000 am Vorabend der Verträge von Oslo 1992 auf über 300.000 bis heute verdreifacht.

Das „natürliche Wachstum“ ist religiös

Das Bevölkerungswachstum hat der Siedlerbewegung eine noch religiösere Färbung gegeben. Ma'aleh Ephraim, eine Siedlung auf den Felsen über dem Jordantal, deren säkulare Bevölkerung größtenteils fortziehen will, hat eine *Hesder Jeschiva* eröffnet, eine Schule, in der religiöse Studien mit militärischer Ausbildung kombiniert werden. Im Tal darunter hat eine national-religiöse Gemeinschaft eine früher säkulare Siedlung vollständig übernommen. Die

Wohncontainersiedlungen, welche die Westbank verunstalten, sind weitere Indizien für den wachsenden national-religiösen Einfluss im Siedlungsunternehmen und die Bereitschaft der National-Religiösen, ihrer Ideologie gegenüber der Lebensqualität Priorität einzuräumen. In der Nähe von Nokdim nahe Bethlehem zum Beispiel haben 30 Paare ihre Wohncontainer auf einem Berggipfel aufgestellt. Dieser letzte Zuwachs, verwandelte eine Gemeinde, in der sich einst säkulare und religiöse Familien die Waage hielten, in eine überwiegend religiöse Siedlung. Der Gusch Etzion-Block, zu dem Nokdim gehört, besitzt keine säkulare Schule mehr. Hier wird gelehrt, merkt ein dortiger Lehrer an, dass die Bibel ein gottgegebenes Grundbuch ist.

Aufgrund der billigen Wohnungen und der subventionierten Hypotheken wächst die ultra-orthodoxe Bevölkerung hier noch stärker, besonders in den Trabantenstädten nahe Jerusalem. Beitar Illit, das Bethlehem überragt, hat sich in etwas mehr als einem Jahrzehnt von einer buschigen Einöde zu einer Stadt mit 40.000 Einwohnern entwickelt. 1996 wurde auf den Berggipfeln westlich von Jerusalem Modi'in Illit errichtet. Heute ist es bereits die größte Siedlung und für ein Wachstum auf 150.000 Menschen bis 2020 ausgelegt. Allerdings hält die Bautätigkeit nicht mit der Nachfrage Schritt, was

dazu führt, dass Familien immer weiter in die Westbank ziehen. Aufgrund dieses Zustroms ist die traditionelle ultra-orthodoxe Distanz und Zurückhaltung im arabisch-israelischen Konflikt einer Bindung an das Land gewichen, das nun für sie zu Hause ist. Ultra-orthodoxe Persönlichkeiten sind bei den Protesten gegen jeden Baustopp genauso engagiert wie National-Religiöse. Vizepremierminister Eli Yischai, Kopf der Schas-Partei, hat einen Wiederaufbau der vier entlegenen Westbank-Siedlungen gefordert, die Israel 2005 evakuiert hatte.

Anteil religiöser Juden nimmt zu

Das demographische Gewicht frommer Juden hat sowohl innerhalb Israels als auch in den Siedlungen zugenommen. Von ihren Rabbinern zur Vermehrung angetrieben, heiraten die Religiösen früher, haben weit mehr Kinder als ihre säkularen Gegenüber und ziehen drei Generationen in der gleichen Zeit auf, in der säkulare Israelis zwei erziehen. „Normalerweise darf man mit der Heirat nicht warten, bis man 20 ist“, rät Yaakov Yosef, Kopf der Hazon-Yaakov-Jeschiva und Sohn des spirituellen Führers der Schas-Rabbiners Ovadia Josef. Von Umfragedaten des Jahres 2007 ausgehend schätzt das israelische Demokratieinstitut, dass 8 Prozent der israelischen jüdischen Be-

völkerung über 50 Jahre und 32 Prozent der Bevölkerung zwischen 18 und 30 entweder ultra-orthodox oder national-religiös eingestellt sind. Im Gegensatz hierzu hat sich der Anteil völlig säkularer Juden innerhalb eines Jahrzehnts von 23 auf 17 Prozent verringert.

Mit einer Anzahl von 1,5 Millionen stellen die religiösen Juden in Israel eine Heimatbasis für die moralische und logistische Unterstützung und ein Wählerpotential der Vorhut in den Siedlungen dar. „Wir haben in der Armee innerhalb der Grünen Grenze mehr Anhänger als in der Westbank“, sagt Yisrael Ariel, Mitarbeiter von Rabbiner Yitzhak Ginsburgh, dessen militante Predigten sowohl ein ultra-orthodoxes als auch ein national-religiöses Publikum ansprechen. „Sie helfen uns bei der Beschaffung von Waffen.“

Säkulare Juden versuchen, die religiöse Welle zu verdammen, die über ihre Wohnviertel, die Schulen ihrer Kinder und selbst ihre Straßen spült, auf deren Mitte die Frommen am Sabbat dahinschlendern, um den Verkehr zu blockieren. „Taliban!“ tönte die weltliche Presse, nachdem die Jerusalemer Gemeindeverwaltung Tänzern, die eine neue Brücke einweihten, befahl, ihre knappen Trikots mit Umhängen zu verhüllen. Vor diesem Zustrom zogen säkulare Jerusalemer zu Zehntausenden in die Küstenebene um und hinterließen – nach einem Jahrhundert

zionistischer Siedlungsgeschichte – damit die Ultra-orthodoxen wieder einmal als die größte Gemeinschaft, die zusammen mit den National-Religiösen über den größten Einfluss im besetzten Osten wie im Westen von Jerusalem verfügen.

Aber selbst in der Küstenebene wächst der Anteil der Frommen. Einige national-religiöse Juden haben ihre Außenposten hinter sich gelassen, um „im Herzen Israels zu siedeln“, ein Prozess, der durch die Evakuierung von ideologischen Siedlern 2005 aus Gaza auf Anordnung des ehemaligen Premierministers Ariel Scharon beschleunigt wurde und auch das Phänomen eines Bevölkerungswachstums, das die Bautätigkeit übertrifft, verschärfte. Von dem Motto *Never again* angestachelt etablierten sich die National-religiösen Zellen – auf Hebräisch *garinim* – in säkularen jüdischen Städten wie auch in den Städten palästinensischer Bürger. Sie eröffnen *Hesder Jeschivas* und Synagogen und fördern so die jüdisch-religiöse Vorherrschaft. Während Israels säkulare Universitäten wegen Mangel an Studenten Fakultäten zusammenlegen, wachsen die *Hesder Jeschivas* exponentiell.

Politische Eingriffe

Um Israels Kontrolle über die Westbank zu zementieren, wurden die

Siedler vom Staat seit 1967 verhättselt, Sie haben einen institutionellen Einfluss, der ihre zahlenmäßige Stärke weit übertrifft. Sie sitzen in der Regierungsbürokratie, im Justiz- und Bildungswesen und, vor allem, in den Streitkräften, einer traditionellen Karriereleiter und das Rückgrat der israelischen Gesellschaft. Während die Armee früher ihre Kerntruppen aus den säkularen Kibbuzim der israelischen Gründungsväter rekrutierte, stammen ihre Eliteeinheiten heute aus den national-religiösen Reihen. Um die Anziehungskraft auf die National-Religiösen und die freiwilligen Meldungen für das Militär zu steigern, die nach der Invasion in Libanon 1982 zu sinken begonnen hatten, hat die Armee Dutzende Hesder Jeschivas eröffnet, in denen Schulabgänger militärischen Drill mit Studien der Regeln des Heiligen Krieges vermischen. Rekrutierungsstatistiken sind vertraulich, doch Yigal Levy, ein Militäranalytiker an Israels Offener Universität, schätzt, dass 40 Prozent des Personals in kämpfenden Einheiten und unter den jüngeren Armeeeoffizieren religiös sind. „Es gibt eine Revolution in den Offiziersrängen“, sagt ein Nachrichtenoffizier. „Zwölf Prozent der Bevölkerung dominieren nun die Armeeführung. Noch ein Jahrzehnt, dann führen sie den Generalstab.“

Der Einfluss der Siedler ist Thema von Diskussionen. Während des Gaza-

Krieges 2008/2009 hielten die Rabbiner vor den Kämpfen Ansprachen und begleiteten die Truppen ins Feld, berieten sie zum Beispiel, ob Sanitäter verwundete Palästinenser behandeln sollten. „Es war normal, Rabbiner auf dem Schlachtfeld zu sehen“, erzählt ein Soldat, der in Gaza kämpfte. „Sie bereiteten uns auf einen biblischen Kampf vor und beschrieben den Kampf nicht als Schlacht, um die Kassam-Raketen zu stoppen, sondern als eine Ehrung des Heiligen Namens. Niemand sagte es direkt, doch sie wollten, dass wir in den Gazastreifen zurückkehren, um Scharons Abzug aus Gaza rückgängig zu machen.“ Auch außerhalb des Schlachtfelds förderten Rabbiner die nationalistische Moral. „Der Feldzug ist ein Krieg gegen Amalek“, erzählte Schmuël Eliyahu einer Versammlung religiöser Jugendlicher. Er ist Safeds Oberster Rabbiner und Sohn des früheren sephardischen Obersten Rabbiners von Israel, Mordechai Eliyahu.

Der Einfluss der Religiösen steigt

Auch in der Westbank behaupten die National-Religiösen, sie beeinflussten die Ziele der Armee. Nach Drohungen von Verteidigungsminister Barak, einige der Außenposten zu räumen, ordnete ein Rat aus Siedler-Rabbinern, angeführt vom Obersten Rabbiner von Kiryat Arba, Dov Lior, an, Siedler

sollten Befehle verweigern. Ein Armegeistlicher wiederholte diesen Aufruf und warnte, bestimmte militärische Befehle seien illegal, wenn sie religiöses Recht verletzen. Während Scharons Rückzug aus Gaza verwarf die Armeeführung Pläne, kämpfende Einheiten – in denen religiöse Soldaten die Mehrheit stellen – mit der Aufgabe zu betrauen, Siedler zu entfernen, und stationierte sie stattdessen am äußersten Ring um Gaza. Aus Sorge um Spaltungen in den eigenen Reihen hat der Stabschef der Armee, Gabi Aschkenazi, wiederholt versucht, die Last der Räumung von Außenposten von der Armee auf die Polizei abzuwälzen. Obwohl in Gaza die Truppen bemerkenswert diszipliniert blieben, zogen es Armeekommandeure vor, die Loyalität ihrer Truppen nicht in den weitaus größeren und widerspenstigeren Siedlungen der Westbank auf die Probe zu stellen. „Ein Konflikt zwischen Treuepflicht gegenüber den Israelischen Streitkräften und der Verpflichtung gegenüber einem bestimmten Rabbiner kann Soldaten und Offiziere in ein großes Dilemma stürzen“, sagt ein Reservegeneral, der das Verteidigungsministerium bezüglich der Außenposten berät. „Es gibt einige sehr einflussreiche Rabbiner.“ Sollte Barak Befehl geben, gegen Außenposten vorzugehen, schrieb Israel Harel, ein ehemaliger Leiter des Jescharats [der Interessenvertretung der Sied-

ler] in der Tageszeitung *Ha'aretz*, „könnte er den Zusammenbruch der Armee und der Polizei verursachen.“

Und tatsächlich waren Soldaten oft in die Unterstützung bewaffneter Siedler verwickelt, vielleicht weil – anders als Soldaten aus anderen Regionen – Siedler häufig in ortsansässigen Einheiten dienen. „Die Armee half uns beim Bau der Synagoge und feuerte ihre Waffen ab, um die [palästinensischen] Steinewerfer zu verjagen“, sagte ein national-religiöser Student Siedler von Bat Ayin in der Nähe von Bethlehem hatten einen benachbarten Berg in Besitz genommen, indem sie dort ein Gotteshaus bauten. Achtzehn Palästinenser wurden verwundet. Östlich von Bethlehem beschlagnahmten Soldaten Werkzeuge von Bauarbeitern, die einen von USAID [Amerikanische Entwicklungsorganisation] finanzierten Sportplatz bauten, nachdem Siedler bei einer nahe gelegenen früheren Armeebasis Beschwerde eingelegt hatten. „Kontrollierst du die Armee, so kontrollierst du das Land“, sagt der Rabbiner einer Synagoge im moslemischen Viertel der Jerusalemer Altstadt.

Zuwachs für Siedler im Parlament

Nach der fehlgeschlagenen Verhinderung des Rückzugs aus Gaza und der Niederlage bei den Wahlen, gewannen religiöse und die Siedler unterstützende

Politiker in den Wahlen von 2009 ihre Mandate zurück. Von den 75 Parlamentariern in der Regierungskoalition sind 27 religiös; gemeinsam üben sie ein Vetorecht aus. Während sich andere Parteien abwenden, buhlt Netanjahu geschickt um die Stimmen dieses rasch wachsenden Wählerpotentials, trifft schon vor Wahlen Vereinbarungen mit Schas, der größten ultra-orthodoxen Partei, bezieht *United Torah Judaism*, die ultra-orthodoxe Partei der Aschkenasi [europäischstämmige Juden] in seine Koalition ein und fördert national-religiöse Persönlichkeiten in den Reihen seiner Partei. Unter Scharon gab es nur einen national-religiösen Parlamentarier im Likud; unter Netanjahu sind es sechs – beinahe so viele wie in der national-religiösen Partei selbst. Aktive Parteimitglieder schätzen, dass bis zu einem Drittel der 3.000 Mitglieder des Likud-Zentralkomitees den National-Religiösen zuzuordnen sind. In seiner Grundsatzrede vom 14. Juni an der national-religiösen Universität Israels, Bar Ilan, würdigte der israelische Premier die Siedler als „einen integralen Bestandteil unseres Volkes, prinzipientreue, pionierhafte und zionistische Bürger.“ Angesichts dieses Kuhhandels in der israelischen Koalition entscheiden sich Politiker aus anderen säkularen Parteien der Mitte meist eher für Ruhe als für die Konfrontation mit diesem mächtigen Block.

Diese Politik hat Früchte getragen: Der Stimmenanteil des Likud in national-religiösen Siedlungen stieg von 12 Prozent im Jahr 2006 auf 23 Prozent im Jahr 2009. Doch hat sie auch seinen Spielraum eingeengt. Netanjahus Zusage eines teilweisen Siedlungsstopps fand nicht nur in seiner Koalition keine mehrheitliche Unterstützung, sondern auch in seiner Partei, und drohte, genügend internen Widerstand gegen ihn zu erwecken, um ihn abzusetzen. Dies wäre keine leere Drohung, sollte ihm die Vorstellung eines Siedlungsstopps noch einmal in den Kopf kommen: Seine letzte Amtszeit als Premierminister endete 1999, als die Siedlerlobby in der Knesset ihn im Gefolge des Wye-Abkommens und des partiellen Rückzugs der Armee aus der Stadt Hebron in der Westbank fallen ließ. Seitdem musste er sich wiederholt gegen Herausforderer wehren, die eine Gelegenheit für die religiöse Rechte sahen, in ihrer ersten Partei der Mitte die Macht zu übernehmen. In den Vorwahlen des Likud im Jahr 2007 gewann Moshe Feiglin, ein national-religiöser Siedler, 23 Prozent der Stimmen. Ein Jahr später brachte er immerhin die größte Gruppierung innerhalb der Partei zusammen.

Die religiöse Rechte unternahm ebenfalls einige bedeutende Vorstöße in die Bürokratie. National-religiöse Mitarbeiter stellen das Gros der Staats-

administration, der Militärbehörden, welche die unter israelischer Kontrolle stehenden Teile der Westbank regiert, und in deren Zuständigkeit die Genehmigung von Siedlungsbauten und die Neuzuteilung staatlichen Bodens für die Nutzung durch Siedler fällt. Im Gerichtswesen wenden ultra-orthodoxe Richter religiöses Recht (*Halacha*) in Fällen des persönlichen Status an. An anderen Gerichten, an denen die *Halacha* nur ein Ausgangspunkt des Rechts ist, haben religiöse Interessengruppen Kampagnen gegen die übermäßig säkulare Rechtsauffassung geführt. Nach einer Intervention des national-religiösen Justizministers Yaakov Neemann im Jahr 2009 ernannte der Oberste Gerichtshof drei neue Richter, zwei davon Orthodoxe.

Das Gesetz Gottes, das Gesetz des Überlebens

Die einzige uneinnehmbare Bastion der Regierung ist der Friedensprozess. Aus Sicht der religiösen Rechten haben Verhandlungen ihren säkularen Gegenspielern als Plattform gedient, um ihre eigene internationale Legitimierung zu stärken, eine Kampagne zur innerlichen wie internationalen Dämonisierung religiöser Fraktionen zu führen und ihre Ideologie und Besitzstände ins Visier zu nehmen. Die aus dem Gazastreifen Evakuierten wurden zum Bei-

spiel in kahle, entlegene Containersiedlungen verfrachtet. Externe Vermittler haben wenig dazu beigetragen, um in den Friedensprozess auch Religiöse einzubeziehen. Treffen im Rahmen der Genfer Initiative – finanziert von westlichen Botschaften – finden ohne religiöse Teilnehmer statt. Kurz gesagt: Die Dynamiken des Friedensprozesses haben religiöse und säkulare Fraktionen gegeneinander ausgespielt und damit einen Gegen-Prozess ausgelöst, in dem religiöse Gruppen mit beachtlichem Erfolg als Störer fungieren. Jeder neue Versuch einer Vermittlung von außen betont die Kluft zwischen Religiösen und Säkularen in Israel.

Der letzte Interventionsversuch der USA zeigt, welche Seite die Oberhand hat. Dirigistische religiöse Politiker, die eine andauernde jüdische Herrschaft über die besetzten Gebiete befürworten, bleiben gelassen in der Gewissheit, dass das Pendel der Zeit zu ihren Gunsten ausgeschlagen hat. „Israels säkulare Anführer brauchen nun ein Abkommen, da sie wissen, dass in weiteren dreißig Jahren ultra-orthodoxe und national-religiöse Juden in der Mehrzahl sein werden“, sagt Israel Zeira, ein national-religiöser Bauunternehmer, der Wohnblöcke auf beiden Seiten der Grünen Grenze baut. „Die demographische Bedrohung einer Spaltung des Landes, ist nicht arabisch; sie ist jüdisch.“

Doch im Gefolge des Rückzugs aus Gaza verzweifeln einige religiöse Gruppen an der Langsamkeit der Fortschritte und haben eine radikalere Vorgehensweise gewählt. Sie sind zur Aufgabe ihrer schmucken Luxusbesitztümer in der Westbank ebenso wenig bereit wie die Gründereliten zum Verlassen ihrer Kibbuzim innerhalb Israels. So bereitet sich eine Minderheit darauf vor, sich einer Räumung mit allen Mitteln zu widersetzen – fair und unfair. Einige, die einst im israelischen Staat die erlösende Macht sahen, sehen ihn nun wegen des Rückzugs aus dem biblischen Land in Korruption versinken. Sie wagen es nicht mehr, sich noch einmal auf eine israelische Regierung zu verlassen, die sie womöglich fallen lässt, und haben eigenständige Bewältigungsstrategien entwickelt. Heute besitzen Siedlungen ihre eigenen paramilitärischen Einheiten (*kitot konnenu*), die unter einem Sicherheitsoffizier der Siedlung operieren, der nur symbolisch der Armee untersteht, und unterhalten ihre eigenen Waffenarsenale. „Ich muss mich selbst gegen Juden und Araber verteidigen“, sagt der Anführer von Kfar Tapuach, einer national-religiösen Siedlung. „Wenn jemand dein Heim angreifen will, tötest du ihn. Das einzige Gesetz hier ist das Gesetz des Überlebens.“

Rabbiner führen auch ihre eigenen Schulen, Medienunternehmen und

Gerichtshöfe mit juristischen Hilfskräften, die ein höheres heiliges Recht anwenden, das für ihre Gemeinschaften staatliches Recht ersetzt. Einige Entscheidungen betreffen das tägliche Leben, andere nationale Angelegenheiten. „Wir müssen unser Land von Arabern säubern und sie zurückbringen, wo sie her kamen, wenn nötig, durch Abfindungen. Bevor wir dies nicht getan haben, werden wir in unserem Land nie Frieden haben“, meint Dov Lior, der Oberste Rabbiner der Westbank. Immer mehr Siedler akzeptieren die Autorität der israelischen Regierung nicht als Höchstes“, sagt ein ehemaliger Leiter der Staatsadministration, der behauptet, während seiner Amtszeit sei versucht worden, seine Mitarbeiter zu bestechen und ihn und seine Familie einzuschüchtern – alles für den heiligen Zweck der Landnahme. „Wer ist Barak, dass er einen Befehl gibt, der dem Gesetz Gottes widerspricht?“

Nationalistische Konversion von Ultra-Orthodoxen und National-Religiösen

Indem sich einige Siedler vom Staat abwenden, bewegen sie sich sogar noch weiter in Richtung des traditionellen ultra-orthodoxen Lagers – in dem Versuch, den Staat auf Abstand zu halten. Die Ultra-orthodoxen ihrerseits sind

näher an die national-religiösen Positionen in Bezug auf die Palästinenser gerückt. Laut Meinungsforschern stellen ultra-orthodoxe Juden die am meisten gegen den Friedensprozess opponierende Wählerschicht in Israel dar. Bei einer Umfrage vom April 2008 erhielt eine Zwei-Staaten-Lösung die Zustimmung von 82 Prozent der säkularen jüdischen Israelis und nur 36 Prozent Zustimmung unter den Ultra-Orthodoxen. 28 Prozent der ultra-orthodoxen Israelis befürworteten Verhandlungen mit der Palästinensischen Autonomiebehörde. Im Vergleich dazu stimmten dem 69 Prozent der säkularen Juden zu. „Die Ultra-Orthodoxen haben eine Veränderung durchlaufen und sind von Anti- zu Ultranationalisten geworden. Sie haben verschiedene Grundpfeiler des säkularen Zionismus angenommen wie den Besitz jüdischen Landes, obwohl sie es hassen, dies zuzugeben“, sagt die Koordinatorin der Umfrage, Tamar Hermann. Die Schlagzeilen auf der Titelseite der *Jerusalem Post* vom 21. Juli 2009 bilden die wachsende Übereinstimmung der politischen Ziele zwischen National-Religiösen und Ultra-Orthodoxen ab. „Siedler verbrennen Bäume, blockieren Straßen aus Protest gegen Abrisse“, lautet eine Überschrift, und darunter: „[Oberster Rabbiner] Amar: US-Siedlungspolitik verstößt gegen eine Vorschrift der Torah.“ Ein Aufwiegler, der

ultra-orthodoxe Rabbiner Schlomo Dov Wolpo, warnt vor einem religiösen Bürgerkrieg für den Fall, dass die Regierung dem neuerlichen Druck der USA in Bezug auf die Siedlungen nachgibt: „Es wird einen Krieg Jude gegen Jude geben – wie im Pogrom von Amona. Es wäre nicht wie in Gusch Katif [in Gaza], wo Juden ihre Gemeinden nicht verteidigen konnten. Unsere Kinder werden ihr Leben riskieren und bis zum letzten Blutstropfen kämpfen.“

Es bleibt unklar, wie lange diese Allianz zwischen den Ultra-Orthodoxen und den National-Religiösen halten würde, sollte Israels Führung den Willen aufbringen, einen weiteren strategischen Rückzug zu unternehmen. Wenn auch besorgt, so schwiegen die Rabbiner doch während der Gaza-Kampagne. „Sie wurden mit mehr *Jeschivas* gekauft“, sagt ein *Jeschiva*-Dozent in Emmanuel, einer ultra-orthodoxen Siedlung tief in der Westbank.

Doch in Gaza gab es keine ultra-orthodoxe Bevölkerung. In der Westbank, in der sie die größte einzelne Siedlergruppe stellen, haben einige ultra-orthodoxe Sekten – darunter Zweige der Bratzlav- und chassidischen Lubavitch-Gruppen – eine wichtige Rolle in den militanten Reihen gespielt. Einige sind zu den National-Religiösen gestoßen, welche die so genannte „Preisschild-Politik“ umsetzen: Bei der jede Maßnahme des Staates, welche die

Siedleraktivitäten einschränkt, wird mit einem Angriff auf das leicht verwundbare Ziel Palästinenser beantwortet wird. Nach der Räumung von Siedlern aus einem Haus in Hebron im Dezember 2008 z.B. stießen ultra-orthodoxe Studenten zu den Protestierenden, steinigten Palästinenser und brannten Moscheen in der Westbank nieder. Während des Rückzugs aus Gaza nahmen die Behörden ultra-orthodoxe Studenten fest, die geplant hatten, Raketen auf den Felsendom zu feuern.

Verschiebung der Verantwortung

Frühere Erfahrungen senden allerdings unterschiedliche Signale. 30 Jahre lang hat der Staat jede Schlacht um einen Rückzug gewonnen, von Sinai bis Gaza. Doch 1995 töteten Kugeln aus der Waffe eines Jurastudenten Jizhak Rabin, und halfen, den Oslo-Prozess zum Entgleisen zu bringen. Danach sahen sich viele hochrangige Kommandeure und Politiker, die einen Rückzug befürworteten, Morddrohungen gegenüber, sanktioniert von Rabbinern, die behaupten, jeder, der „jüdisches Land“ preisgebe, sei ein Verräter. Das Haus des Stabschefs Aschkenazi wurde verwüstet und im Haus eines weiteren hochrangigen Kommandeurs wurden Kameras versteckt. 2008 wies ein Rabbiner der New Yorker *Jeschiva*-Universität seine Studenten, die eine Militär-

schule in der Jerusalemer Altstadt besuchten, an, den israelischen Premierminister zu erschießen, der über einen Rückzug aus Jerusalem verhandelte. (Nachdem eine Tonbandaufnahme im Internet auftauchte, entschuldigte sich der Rabbiner.) Gewalt wird zunehmend normal. Am Tag, an dem in der *New York Times* ein Artikel mit der Überschrift „Siedler werden Widerstand leisten, aber nicht kämpfen“ unter der Kopfzeile „Havat Gilad Außenposten“ erschien, warf die „Hügel-Jugend“ Steine und Molotowcocktails auf israelische Soldaten, machte deren Militärfahrzeuge unbrauchbar und setzte palästinensische Felder in Brand. „Führende Politiker, die zu Zugeständnissen bereit sind, riskieren Morddrohungen“, sagt ein ehemaliger Leiter des inländischen Geheimdienstes Israels.

Indem sie innerhalb und außerhalb der Regierung ihre Muskeln spielen lässt, wurde sich die religiöse Rechte ihres Potentials sicherer. Trotz der seltenen Übereinstimmung zwischen einer scheinbar entschlossenen Regierung Obama und einer unterstützenden Palästinensischen Autonomiebehörde und Arabischen Liga und trotz einer relativ ruhigen Hamas gelang es Vermittlern von außen nicht, einen [echten] Siedlungsstopp, geschweige denn ein Ende der Besatzung zu erreichen. Die Alternative hierzu – Einbeziehung der derzeitigen Störer – ist nicht be-

sonders attraktiv. Wenige Gruppen, wenn überhaupt, haben jemals so intensiv den politischen Prozess gestört und dermaßen unverhohlen den Willen der internationalen Gemeinschaft missachtet. Es gibt keine Garantie dafür, dass ein Einbeziehen der Siedler die Siedlungsbewegung nicht einfach weiter stärkt, indem es ihnen Legitimierung verschafft – ohne Gegenleistung.

Wegzug oder Widerstand?

Doch eine Politik, die zunächst die militärische Besatzung zurück fährt und danach die Siedlungen, scheint eine größere Zukunft zu haben als die aktuellen Versuche der Umkehr. Palästinensische Unterhändler haben wiederholt ihre Bereitschaft ausgedrückt, Juden zu beherbergen und zu schützen, die sich entscheiden, unter ihrer Herrschaft zu bleiben. „Wenn sie im palästinensischen Staat leben wollen, sind sie willkommen, doch unter der Bedingung, dass wir einen unabhängigen palästinensischen Staat haben werden, dessen Hauptstadt Jerusalem ist“, sagte Ahmad Qurei, der damalige Chefunterhändler von Präsident Mahmud Abbas in einem Interview von 2008. In dem Moment, in dem sich beide Seiten über den Grenzverlauf einig sind, wird die Verantwortung bei den Siedlern liegen, zu entscheiden, ob sie den Staat über das Land stellen oder es vorziehen,

unter palästinensischer statt unter israelischer Herrschaft zu leben.

Die Mehrheit würde wahrscheinlich westwärts ziehen, angezogen sowohl von finanziellen Anreizen als auch von der Sicherheit des Bekannten. Die militanteren Siedler würden vielleicht darum kämpfen, in ihrer eigenen separatistischen Enklave zu bleiben. „Geht die Armee, so werden wir ein Königreich errichten“, sagt ein Rabbiner in Nahliel, einer ultra-orthodoxen Siedlung in der Nähe von Ramallah. Doch Andere haben eine Anpassung an einen Staat Palästina in Erwägung gezogen. „Hier gab es vor Israel Juden, und es wird sie nach ihm geben. Zionismus ist zersetzend; Judentum ist Wachstum“, sagt der Assistent des Rabbiner, der an das Gleichgewicht erinnert, das Juden und Muslime in harmonischeren Zeiten genossen. „Wir lebten unter den Türken und den Briten. Warum nicht unter den Arabern?“, fragt ein Einwohner von Bat Ayin, einer weiteren kompromisslosen und überwiegend ultra-orthodoxen Siedlung. Während der Verhandlungsphase hätten diejenigen, die bleiben wollen ein Interesse daran, die Aussichten auf bessere Beziehungen mit ihren Nachbarn und der Palästinensischen Autonomiebehörde zu erkunden und vielleicht Baugenehmigungen zu beschleunigen, die zurzeit von der israelischen Bürokratie abhängen. Jedenfalls gibt es Themen, bei

denen Siedler und Palästinenser gemeinsame Anliegen verwirklichen können, zum Beispiel bei der Verringerung von Verkehrsstaus an Armee-Checkpoints. Nach der Staatsgründung könnten Siedler einem palästinensischen Staat als Bürgen, zumindest jedoch als Unterstützung dienen, um Zugang und Grenzverkehr für Familien, Handel und inländischen Tourismus, sei es zu Heiligen Stätten oder zum Strand, zu erleichtern. In den Worten eines Händlers auf dem Markt von Nablus: „Das Hauptproblem sind nicht die religiösen Juden, die an Josefs Grab [in Nablus] beten wollen. Es ist die Unterdrückung durch die Militärherrschaft.“

Sollten die Parteien wunderbarerweise zur Umkehr bereit sein – durch einen effektiven Siedlungsstopp, der einem erfolgreichen politischen Prozess Starthilfe gibt – das Ergebnis von zwei Staaten, die friedlich und sicher nebeneinander leben, könnte ebenso gut ein Krankheitsherd bleiben. Sollte Israels Armee den Störern trotzen und erfolgreich Horden von Siedlern vertreiben, könnte die Spannung zwischen Religiösen und Säkularen innerhalb Israels

geschrumpften Grenzen noch intensiver wieder aufflammen, Ex-Siedler könnten – wie durch eine Vorhut am Jom-Kippur-Fest 2008 in Akko geschehen – kochend vor Rachegelüsten Israels palästinensische Bürger angreifen und eine Spirale der Gewalt in Gang setzen, die dann tatsächlich in Schritten zur „Vertreibung des arabischen Feindes“ gipfelt – um ein Plakat zu zitieren, das bei Demonstrationen des rechten Flügels allgegenwärtig ist. Es könnte zwei Staaten geben, doch würden sie dann wahrscheinlich einen ethnisch-sektiererischen Charakter haben und ihre Ressentiments und kriegerischen Ziele weiterhin pflegen.

Übersetzung: *Guido Meister-Weiss*

Quelle: *Middle East Report online* vom 12. Oktober 2009

Anmerkung

* N. Pelham gehört auch zu den Autoren des Berichts der *International Crisis Group* über *Israel's Religious Right and the Question of Settlements* in July 2009: (http://www.crisisgroup.org/library/documents/middle_east_north_africa/arab_israeli_conflict/89_israels_religious_right_and_the_question_of_settlements.pdf).

Transatlantische Annäherungen: Obamas Nahost-Politik nach einem Jahr

Michele Dunne

Die substanziellen Unterschiede zwischen der amerikanischen und europäischen Nahost-Politik begannen sich schon während der späten Bush-Jahre mit dem Start des Annapolis-Prozesses zu verringern und haben sich während des ersten Jahres der Regierung Obama weiter angenähert. Die frühe Nominierung des ehemaligen Senators George Mitchell zum Nahost-Sonderbeauftragten und die unzweideutigen Erklärungen von Präsident Obama und Außenministerin Hillary Clinton zur Notwendigkeit, direkte und substanzielle Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern wieder in Gang zu setzen, haben den Friedensprozess – zusammen mit der Begrenzung iranischer Nuklearambitionen – wieder in das Zentrum der amerikanischen Nahost-Politik gerückt – also dorthin, wo es nach Meinung der meisten Europäer auch hingehört. Insbesondere die Bereitschaft der US-Administration, sich deutlicher für die Notwendigkeit eines Siedlungsstopps in der Westbank auszusprechen – und dafür eine öffentliche Konfrontation mit der israelischen Regierung in Kauf

zu nehmen – entsprach eher den europäischen Präferenzen. Darüber hinaus deckte sich die amerikanische Bereitschaft, sich in Syrien zu engagieren und es aus dem Iran/Hisbollah/Hamas-Lager „abzuwerben“, mit europäischen Vorstellungen.

Obwohl der erste Vorstoß der amerikanischen Administration in die israelisch-palästinensische Friedenspolitik wegen der israelischen Verweigerung eines umfassenden Siedlungsstopps scheiterte, stimmten doch Anfang 2010 die USA und Europa darin überein, dass es notwendig sei, weiterhin auf eine Wiederaufnahme der Gespräche zu drängen. Man einigte sich im Großen und Ganzen darauf, die Palästinenser zur Teilnahme an Gesprächen zu bewegen – möglicherweise mit amerikanischen Zusicherungen und/oder israelischen Gesten –, um auf diese Weise auch die Bereitschaft des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu zu weiteren Fortschritten zu testen.

Europa und die Vereinigten Staaten einigten sich auch im Großen und Ganzen darauf, die Bemühungen des

palästinensischen Ministerpräsidenten Fayyad für den institutionellen Aufbau zu unterstützen. Aufgrund der schmerzhaften Erfahrungen mit der israelischen Operation „Gegossenes Blei“ vor einem Jahr im Gazastreifen ist der Obama-Regierung die Fragilität der palästinensischen Institutionen und Infrastruktur etwas bewusster geworden. Auch ist das Verständnis für die europäische Frustration in dem Konflikt über den ständigen Aufbau und Wiederaufbau gewachsen. Der wesentlich weichere und zurückhaltendere Umgang der Obama-Regierung in den Bereichen Demokratieförderung und Menschenrechte war Musik in den Ohren vieler europäischer Regierungen. Obama und Clinton verabschiedeten sich von der lautstarken Rhetorik des ehemaligen Präsidenten George W. Bush und seiner Außenministerin Condoleezza Rice, die in diesen Fragen immer die Notwendigkeit eines radikalen Wandels in der Region betonten. Stattdessen wurden jetzt Themen wie „gemeinsame Interessen und gegenseitiger Respekt“ (z.B. in Obamas Kairo-Rede im Juni 2009) intoniert und eher die Notwendigkeit einer menschlichen Entwicklung als die demokratischer Veränderungen (z.B. in Clintons Rede in der Georgetown Universität im Dezember 2009) hervorgehoben.

Jenseits der Rhetorik gab die neue Regierung die „transformatorische

Diplomatie“ von Rice auf und kehrte zur traditionellen Diplomatie zurück, d.h. den Beziehungen zwischen Staaten, besonders im Nahen Osten. Obama setzte die zentralen Hilfsprogramme von Bush' Freiheits-Agenda fort – die *Middle East Partnership Initiative* (MEPI) und die *Millenium Challenge Account* – und erhöhte sogar die finanziellen Zuwendungen. Aber gleichzeitig hat man sich in der Demokratieförderung von Programmen, die in Kooperation mit Organisationen der Zivilgesellschaft umgesetzt wurden, ab- und solchen, die auf die Zusammenarbeit mit Regierungen setzen, zugewandt, um so Irritationen in den staatlichen Beziehungen zu vermeiden. Diese Veränderungen führten zu einer größeren Übereinstimmung der amerikanischen Politik in mit europäischen Vorstellungen, die eine langsamere und geduldigere Gangart bei der Förderung von Demokratie und Menschenrechten bevorzugen.

Wo bleiben Unterschiede?

Während also im Allgemeinen die amerikanische und europäische Haltung in Sachen Friedensprozess ziemlich nah beieinander liegen, so bleiben doch in einigen Fragen Differenzen bestehen, insbesondere über die Art und Weise, wie die gemeinsamen Ziele verfolgt werden sollen. Vor allem brach-

ten europäische Diplomaten in Washington ihre Bestürzung darüber zum Ausdruck, dass die Obama-Administration im September 2009 ihre ursprüngliche Forderung nach einem vollständigen israelischen Siedlungsstopp fallen ließ, und einige meinten Anfang 2010, dass noch immer keine Klarheit über die neuen Pläne bestünde. Eine weitere Differenz (sowohl innerhalb Europas als auch zwischen Europa und den USA) besteht in der Frage, ob man direkt mit Hamas verhandeln und ob man die palästinensischen Ansprüche auf Ost-Jerusalem als zukünftige Hauptstadt unterstützen soll. Europäische Beobachter sind sich unsicher, ob die amerikanische Regierung diese Differenzen (z.B. in der Jerusalem-Frage) herunter spielt oder diese hinter den Kulissen betont, weil dies möglicherweise in den Verhandlungen mit dem Kongress hilfreich sein könnte. Dabei bleibt die Rolle von Hamas in der palästinensischen Politik eine schwierige Frage, die zudem im Kontext der Anti-Terror-Gesetzgebung und starker Stimmungen im Kongress den Spielraum für die Obama-Administration erheblich einengt. Die säkulare palästinensische Führung könnte sich durchaus gezwungen sehen, sich mit Hamas zu versöhnen und irgendwann zu Wahlen zurückzukehren, ob es zu Verhandlungen mit Israel kommt oder nicht. Hier könnten Differenzen

zwischen USA und Europa auftauchen. Die sich verschlechternde Situation im Gazastreifen und die Frage, ob es weiter sinnvoll ist, die Isolation des Gazastreifens aufrecht zu erhalten, könnten ebenfalls zur unterschiedlichen Auffassungen führen.

Und es besteht immer die Möglichkeit, dass sich die transatlantischen Differenzen im Hinblick auf israelische Positionen zuspitzen, besonders wenn im Gazastreifen oder in der Westbank wieder Gewalt ausbricht und Israel reagiert, wie es bisher immer reagiert hat. Ob die alten Unterschiede bei der Demokratieförderung und den Menschenrechten wieder aufbrechen, wird im Wesentlichen von den Ereignissen in der Region und den internen Überlegungen in der Obama-Administration abhängen. Die aktuellen Unruhen im Iran, die vor einem Jahr niemand vorgesehen hat, geben einen Hinweis auf mögliche Entwicklungen, die wieder zu Diskrepanzen führen könnten. Sollte es z.B. ein erhebliches Anwachsen der Protestaktivitäten in Ägypten oder einen Zusammenbruch des augenblicklichen *modus vivendi* im Libanon geben, ist vorstellbar, dass sich in den USA und in Europa unterschiedliche Haltungen zu der Frage entwickeln, wie weit externe Akteure die eine oder andere Seite bzw. deren Forderungen unterstützen sollen. Hinzu kommt, dass innerhalb der Obama-Regierung

bereits über die stille Diplomatie – d.h. Demokratie- und Menschenrechtsfragen werden nur hinter verschlossenen Türen angesprochen und hinsichtlich öffentlicher Kritik und Rhetorik wird Zurückhaltung geübt – nachgedacht und diese überprüft wird. Diese Politik hat sich nämlich bislang nicht ausgezahlt und zivilgesellschaftliche Gruppen bringen zunehmend ihre Enttäuschung zum Ausdruck.

Ist Kooperation effektiver?

Während in einigen Fragen des nahöstlichen Friedensprozesses und der Bedeutung des Multilateralismus die Haltung der Obama-Regierung Veränderungen deutlich geworden sind, hat sich der Umgang der USA mit ihren europäischen Verbündeten bislang kaum verändert. Es scheint mehr Kommunikation zwischen den amerikanischen und europäischen Beauftragten und ihren Arbeitsstäben zu geben als zwischen amerikanischen und europäischen Diplomaten in Washington. Dennoch scheint die unterschwellige Botschaft der Amerikaner in der Kommunikation mit den europäischen Partnern im Vergleich zu den vorangegangenen Administrationen unverändert zu sein: 1. Bitte ergreift nicht irgendwelche Initiativen. 2. Bitte unterschreibt die Schecks zur Unterstützung der Palästinenser. Diese Haltung ist

eine ständige Quelle der Frustration für europäische Diplomaten, die zudem das Gefühl haben, dass sie im allgemeinen von ihren amerikanischen Kollegen über den Stand der diplomatischen Bemühungen mit Israelis und Palästinensern nicht ausreichend informiert werden, und wenn es passiert, dann erfolgt es unausgewogen, d.h. die britischen Kollegen erfahren mehr als die anderen Europäer.

In Europa wurde die Berufung eines angesehenen und erfahrenen Sonderbeauftragten für den Friedensprozess als eine positive Entwicklung bewertet. Allerdings hat diese Berufung auch ein Schlaglicht auf eine andauernde Kontroverse geworfen: die Rolle des Nahost-Quartetts (EU, USA, UN und Russland). Das Quartett war seit Obamas Amtsantritt weit weniger aktiv als während der Bush-Ära. Es verabschiedete z.B. 2009 lediglich zwei politische Erklärungen – im Vergleich dazu fünf 2008 und neun 2007 -, im Wesentlichen weil es einen aktiven US-Sonderbeauftragten gibt. Was die politischen Positionen innerhalb des Quartetts betrifft, so gab es zwischen den USA und Europa sehr häufig Übereinstimmung, während sich Russland oft davon absetzte. Aber einige Europäer bleiben darüber enttäuscht, dass das Quartett kaum mehr Funktionen erfüllt als Entscheidungen der US-Politik einen internationalen Stempel aufzu-

drücken und dass selbst dies nur mit abnehmender Häufigkeit geschieht.

Obwohl es jetzt in Sachen Demokratie und Menschenrechte eine größere amerikanisch-europäische Harmonie gibt, hat sich ironischerweise die effektive Zusammenarbeit verschlechtert. Amerikanische Regierungsbeamte, die sich mit den Folgeaktivitäten der Obama-Rede im Juni 2009 in Kairo beschäftigen, haben eine Kooperation mit den Europäern nicht einmal in Erwägung gezogen. Dafür gibt es zwei wesentliche Gründe. Zum einen gibt es in diesem Bereich bislang nur wenige Initiativen Obamas – und europäische Initiativen wie die Mittelmeer-Union haben wiederum die USA nicht einbezogen – und somit existiert wenig, wo man zusammenarbeiten könnte. Die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Initiativen, die der Rede Obamas in Kairo folgten, sind nur klein, und selbst wenn es eine europäisch-amerikanische Kooperation gäbe, würde dies wohl kaum einen großen Unterschied machen. Das bedeutendste Ereignis, das momentan geplant wird, ist einen Globaler Unternehmer Gipfel, der Ende April in Washington stattfinden soll, zu dem zwar europäische Unternehmer und Philanthropen auf individueller Basis eingeladen werden, bei dem jedoch keine Partnerschaft mit europäischen Regierungen ins Auge gefasst wird.

Zum anderen haben während der Bush-Administration die Vereinigten Staaten und Europa tatsächlich die Zusammenarbeit bei der Demokratieförderung genutzt, um ihre Differenzen nach dem Irak-Krieg zu überbrücken – insbesondere beim G8-Gipfel 2004, auf dem die *Broader Middle East and North Africa Initiative* ins Leben gerufen wurde. Grundlegende Unterschiede bestehen zurzeit nicht – obwohl diese z.B. in der Iran-Frage wieder aufleben können –, so dass man die Demokratie-Fragen nicht in dieser Weise wieder instrumentalisieren muss. Die *Broader Middle East and North Africa Initiative* (BME-NA) besteht als multilaterales Instrument weiter fort, und Außenministerin Clinton nahm auch am jüngsten „Zukunftsforum“ in Rabat im November 2009 teil. Allerdings gibt es auch keine Pläne der USA, die BMENA als einen Schwerpunkt ihrer Nahostpolitik zu nutzen – zumindest nicht im Augenblick.

Was sind die politischen Auswirkungen?

Jenseits der Frage, ob die Vereinigten Staaten und Europa in der Substanz oder der Umsetzung ihrer Politik einig sind, existiert ein viel größeres Problem: Keiner von beiden scheint über eine klare Strategie zu verfügen, wie der nahöstliche Friedensprozess oder die

Demokratie derzeit vorangebracht werden können. Präsident Obama war ehrlich als er einräumte, dass sich im ersten Jahr seiner Amtszeit seine Administration viel zu sehr auf sein persönliches Prestige verlassen habe, um Israelis und Palästinenser wieder an den Verhandlungstisch zu holen.

Die Wahl des ersten afro-amerikanischen Präsidenten war für die Amerikaner ein so großes Ereignis, dass im ersten Amtsjahr Obamas viele vielleicht zu glauben geneigt waren, dass der Rest der Welt ähnlich in Ehrfurcht erstarren würde. Es bestand die unausgesprochene Erwartung, dass Präsident Obama ohne Schwierigkeiten Zugeständnisse anderer Staaten erlangen würde, die seine Vorgänger nicht erreichen konnten – einen israelischen Siedlungsstopp, ein Ende der nuklearen Ambitionen des Iran, ein Wandel in der strategischen Ausrichtung Syriens. Aber so ist es nicht gelaufen. Es hat sich als unrichtig herausgestellt, dass Obamas ehrenwerte Versuche, amerikanische Menschenrechtsverletzungen seit 2001 zu korrigieren, andere Staatenlenker zu einem besseren Umgang mit ihren Staatsbürgern inspirieren werden, Regierungsbeamten wird jetzt deutlich – und manchmal räumen sie dies indirekt ein –, dass die Bush-Doktrin vielleicht nicht das einzige Problem war; die Probleme des Nahen Osten sind einfach echt schwer zu lösen.

Und so stehen die Beamten am Beginn des zweiten Amtsjahres von Präsident Obama in Sachen Naher Osten wieder am Reißbrett. Bis jetzt haben sie keine neuen Ideen für die „Friedensfront“ entwickelt, sondern sind eher zu schriftlichen Zusicherungen und vertrauensbildenden Maßnahmen zurückgekehrt, die auch schon in der Vergangenheit ausprobiert wurden. Bei der Demokratieförderung hat sich ein Wandel zur Zusammenarbeit zwischen Regierungen vollzogen, gepaart mit einem relativ bescheidenen, apolitischen Basisansatz, der sich auf wirtschaftliche Chancen sowie wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit konzentriert. Aber es besteht bereits die Sorge, dass dieser stille Ansatz in der Region – und vielleicht auch in Europa – als ein Mangel an Interesse missverstanden wird und die erwünschten Resultate nicht zeitigt.

Unter den US-Regierungsbeamten werden sich viele in den nächsten sechs Monaten über eine effektivere politische Konzeption den Kopf zerbrechen. Ein wirklicher Politikwandel aber bedarf eines größeren Engagements des Präsidenten. Dieser wird jedoch vor allem von innenpolitischen Problemen wie Arbeitslosigkeit, Gesundheitsreform und – in den Monaten vor den nächsten Kongresswahlen im November 2010 – einer politischen Gegenbewegung gegen seine Partei in Anspruch

genommen. Aus der Tatsache, dass Obama in seiner Rede zum *State of the Union* am 27. Januar 2010 die Worte Nahostfrieden oder Demokratie nicht einmal erwähnte, schließen politische Beobachter in den USA, dass sich der Präsident noch weiter von diesen schwierigen Fragen entfernt. Sie fragen sich, ob es eines weiteren Gewaltausbruchs in der Region bedarf, um das Interesse des Präsidenten wieder zu wecken.

Übersetzung: *Christian Sterzing*

Der Beitrag entstand im Rahmen eines gemeinsamen Studien- und Tagungsprojekts von FRIDE (*A European Think Tank for Global Action*, Madrid), CEPS (*Center for European Studies*, Brüssel) und der Heinrich Böll Stiftung (Washington) zur Frage *One Year of Obama: Have Transatlantic Differences Narrowed?*

„No, we can't!“

Christian Sterzing

Mit „Yes, we can!“ und seiner Ankündigung, sich „aggressiv“ um den Friedensprozess im Nahen Osten zu kümmern, hat der amerikanische Präsident natürlich Hoffnungen geweckt. Gewiss, für Obama ist seit seinem Amtsantritt alles schwieriger geworden. Der Gaza-Krieg hatte die Spannungen verschärft und fast sämtliche Gesprächsfäden reißen lassen. Dann gewann bei den israelischen Wahlen im Februar 2009 eine rechtsgerichtete, religiös-nationalistische Mehrheit und wählte Benjamin Netanjahu zum neuen Premierminister, der sich erst nach Monaten ein wenig überzeugendes Lippenbekenntnis zur Zwei-Staaten-Lösung abringen ließ. Aber Obamas Plan, durch gutes Zureden die Israelis zu einem Siedlungsstopp zu bewegen und damit israelisch-palästinensische Friedensgespräche wieder in Gang zu setzen, hatte auch etwas Naives. Nicht eine Analyse der 40-jährigen Besatzung, der Interessen der Beteiligten und ihrer politischen Spielräume stand am Anfang seiner Nahostpolitik, sondern ein, sicherlich auch bewunderungswürdiger Glaube an die Macht des Wortes und der Vernunft.

Es sind schon weitaus ambitionösere Unternehmungen in der Region gescheitert, doch zu häufiges Scheitern schadet – nicht nur dem Betroffenen, sondern dem Frieden.

Die Unzulänglichkeiten der amerikanischen Nahostpolitik sind offensichtlich. 43 Jahre lang hat die Welt die israelische Siedlungspolitik – mal deutlich, mal zurückhaltend – als völkerrechtswidrig und als „Hindernis auf dem Weg zum Frieden“ bezeichnet. 43 Jahre lang haben israelische Regierungen die Weltöffentlichkeit und die USA immer wieder mit teilweisen oder befristeten, eingeschränkten oder begrenzten Siedlungsstopps an der Nase herumgeführt, um in deren Schatten oder Folge das Siedlungsprojekt umso intensiver voranzutreiben. Warum sollte ausgerechnet der amerikanische Präsident hier eine Wende herbeiführen – ohne einen strategischen Neuansatz? Wer einen Siedlungsstopp zur Vorbedingung von Gesprächen macht, muss sich vorher überlegen, was zu tun er bereit ist, um dies durchzusetzen. In der amerikanischen Administration mangelt es offensichtlich an Phantasie oder

Mut. So stand der neue Kaiser – trotz der neuen Kleider (Rhetorik) – bald nackt da.

Die Kollateralschäden dieses Scheiterns sind beträchtlich. Obama hatte sich die Palästinenser, d.h. die PA-Ramallah mit Präsident Mahmud Abbas, ins Boot geholt, die nach dem Gaza-Krieg nun auch einen Siedlungsstopp zur Bedingung für die Wiederaufnahme von Gesprächen erklärten, nachdem sie immerhin jahrelang darauf verzichtet und sich damit auch erheblicher innerpalästinensischer Kritik ausgesetzt hatten. Das Einknicken der amerikanischen Regierung im September 2009, indem man die Farce eines israelischen Siedlungsstopps als „historischen Durchbruch“ feierte, hat weniger dem Präsidenten in Washington als dem in Ramallah geschadet, zumal dieser dann auch noch zu einem trilateralen Treffen mit Netanjahu am Rande der UN-Generalversammlung gezwungen wurde, um der US-Öffentlichkeit eine erfolgreiche amerikanische Nahostpolitik vorzugaukeln. Die politische Schwächung gerade des palästinensischen Politikers, den man stärken wollte, wurde hingegenommen. Nachdem also der amerikanische Druck auf Israel für einen Siedlungsstopp keinen Erfolg zeitigte, verlagerte man den Druck auf den ohnehin schwächeren „Partner“, die Palästinenser, und nahm dafür auch friedenspo-

litisch kontraproduktive Wirkungen in Kauf.

Ähnlich kontraproduktive Folgen dieser inkonsistenten Nahostpolitik der amerikanischen Administration sind natürlich auch in Israel beobachten. Der israelische Ministerpräsident kann sich als Held feiern lassen, der amerikanischem Druck widersteht. Sein „Bekanntnis“ zur Zwei-Staaten-Lösung versah er mit diversen Einschränkungen, die diese weltweit bevorzugte Option zur Regelung des Konflikts praktisch unmöglich machen. Er vergießt Krokodilstränen über den ausbleibenden Friedensprozess – wohlwissend, dass substanzielle Gespräche das Ende seiner Regierungskoalition bedeuten würden. Die israelische Regierung ist an einem folgenlosen Gesprächsprozess interessiert, nicht an einem Friedensabkommen. Das pflegte man in den letzten Jahren Friedensprozess zu nennen: Viel Prozess, wenig Frieden! Jetzt gibt es nicht einmal mehr einen Prozess. Netanjahu ließ seinen „Siedlungsstopp“ von Außenministerin Clinton als „beispiellos“ feiern – doch beispiellos ist bestenfalls das damit verbundene Täuschungsmanöver. Auch die lautstark geäußerte US-Entrüstung während des Israel-Besuches des amerikanischen Vizepräsidenten Biden wegen der Verkündung neuer Bauvorhaben in Ost-Jerusalem entpuppte sich bald als folgenloser Theaterdonner.

Theaterspielen scheint das wesentliche Kennzeichen für nahöstliche US-Diplomatie geworden zu sein. Nachdem das Repertoirestück der letzten 20 Jahre „Friedensprozess“ auf absehbare Zeit nicht wieder auf den Spielplan gesetzt werden kann, weil die Palästinenser das Mitspielen verweigern, wird nun über das Stück „proximity talks“ (indirekte Annäherungsgespräche) nachgedacht. Die palästinensische Beteiligung hatte man – mit ein wenig Druck – schon weitgehend sichergestellt, als die „zufällige“ Bekanntgabe neuer israelischer Siedlungsvorhaben wieder zur kurzfristigen Absetzung des Stücks führte. Der Annapolis-Prozess, von der Bush/Rice-Regierung seligen Angedenkens eingeleitet, mutet im Vergleich dazu wie eine Zeit quirliger und intensiver Nahostdiplomatie an. Die Aufnahme indirekter Gespräche mit dem Ziel, in zwei Jahren Ergebnisse zu erzielen, stellt keinen neuen „Durchbruch“, sondern ist – fast 20 Jahre nach Oslo! – eher Ausdruck politischer Hilflosigkeit. Sicher scheint nur, dass kaum etwas dem Frieden mehr schaden würde als das bloße Aufwärmen eines endlosen Friedensprozesses.

Die US-Regierung wird sich dann fragen müssen, welche Rolle sie bei etwaigen Gesprächen spielen will, wenn diese nicht zu einer Wiederaufnahme des substanzlosen Annapolis-Prozesses führen sollen. Die letzten

Jahre haben gezeigt, dass sich in bilateralen israelisch-palästinensischen Gesprächskonstellationen keine neue Dynamiken entwickeln. Hinzu kommt, dass die israelische Regierung bisher nur zum Ausdruck gebracht hat, über welche Themen sie nicht bereit ist zu verhandeln: z.B. Jerusalem, Flüchtlinge, Grenzen, Jordantal etc. Es muss also nicht nur geprüft werden, über welche Themen sinnvoll gesprochen werden kann, sondern auch, inwieweit der amerikanische Sonderbeauftragte George Mitchell einen aktiven Part übernimmt, der mit eigenen Vorschlägen substantielle Verhandlungen initiiert, und ob es nicht an der Zeit ist, auch andere an den Gesprächen zu beteiligen.

Die aufgeregten Diskussionen über den Siedlungsstopp und die Aufnahme von indirekten israelisch-palästinensischen Gesprächen können kaum über die allgemein herrschende Ratlosigkeit hinwegtäuschen. Alle rufen im Grunde nur, dass es endlich wieder so weitergehen soll wie früher, als es schon nicht weiter ging. Von allem ein bisschen mehr soll neue Bewegung bringen: Ein bisschen mehr Druck auf Israel, auf die Palästinenser, die EU. Ein bisschen Sanktionen... Aber wer ist bereit Druck auszuüben oder Sanktionen zu verhängen? So ersetzen Appelle Politik. Es scheint darum zu gehen, lediglich die „Verzögerungen“ im Oslo-Prozess auf-

zuholen, dort anzuknüpfen, wo mit der Ermordung Jizhak Rabins der Friedensprozess ins Straucheln kam. Aber wird eine solche Strategie heute noch den Verhältnissen gerecht? Hat sich die Realität nicht wesentlich verändert?

Die israelische Regierung wird zerbrechen, sobald sich israelisch-palästinensische Gespräche heiklen Themen zuwenden. Warum sollte sie sich auf echte Verhandlungen einlassen? Will man „regime change“ in Israel? Will man ihn beschleunigen oder lieber abwarten? Gibt es in Israel politisch relevante Kräfte für einen substanziellen Friedensprozess? – Hamas sitzt im Gazastreifen fester im Sattel denn je. Israelische Blockade und westliche Isolierungsstrategie haben sich als kontraproduktiv erwiesen. Soll ein Friedensprozess Hamas einbeziehen oder setzen wir auf einen palästinensischen „regime change“? Will man mit den Islamisten reden oder sie weiter ignorieren? – Die PA in Ramallah ist faktisch ein amerikanisch dominiertes internationales Protektorat – und deshalb schwächer denn je. Die westliche Strategie „Westbank first!“ – „blühende Landschaften“ im Westjordanland sollen Fatah stärken und Hamas zum Verschwinden bringen – ist gescheitert. Wie fördert man die palästinensische

Einheit oder eröffnet nur die Spaltung Chancen für den Frieden? Die großzügigen internationalen Finanzhilfen für die Palästinenser entlasten faktisch die Besatzungsmacht von den Kosten der Okkupation. Diese westliche Politik stärkt strukturell die israelische Besatzung (Westbank) und Belagerung (Gaza) und erschwert eine innerpalästinensische Versöhnung. Wird sich Israel jemals von einer „Besatzung zum Billigtarif“ trennen? Kann das Nahost-Quartett eine Politik fortsetzen, die trotz gegenteiliger Intentionen einen völkerrechtswidrigen Zustand verfestigt? Wie kann der „Preis“ für die Besatzung erhöht werden, ohne der palästinensischen Bevölkerung die notwendige humanitäre Hilfe zu entziehen und legitime israelische Sicherheitsinteressen zu gefährden? Wer hat – außer den Palästinensern – überhaupt ein genuines Interesse an der Beendigung der Besatzung?

Neue friedenspolitische Dynamiken werden nur entstehen, wenn wenigstens der Versuch unternommen wird, auf einige dieser Fragen Antworten zu finden und diese in konkrete Politik umzusetzen. Sonst wird sich auch Präsident Obama eingestehen müssen: „Frieden im Nahen Osten? No, we can't.“

„Die beste Option: Die Arabische Friedensinitiative“

Hesham Youssef

Der arabisch-israelische Konflikt hat den Nahen Osten zu einer glücklosen Region gemacht. Wohl kein anderer Konflikt weltweit hat so viele Gelegenheiten und gleichzeitig so viele Rückschläge erlebt, wie dieser. Wie eine Achterbahn pendelt er seit vielen Jahren zwischen Hoffnung und Verzweiflung. Manchmal glauben wir den Frieden in greifbarer Nähe, dann wieder erscheinen uns die Abgründe zu tief, die Schwierigkeiten und Unterschiede zu groß, um überwunden zu werden.

Der Nahe Osten hat schon alles gesehen: Kriege, Massaker, Gewalt, Terrorismus, Extremismus usw. Aber er kennt auch internationale Friedenskonferenzen – in erster Linie Madrid und Annapolis -, Friedensinitiativen, Pendeldiplomatie, Verhandlungen, Roadmaps und vieles mehr. Wir sind durch entscheidende Momente gegangen, kritische Wendepunkte, Augenblicke der Wahrheit und viele andere schwierige Phasen. Leider unterscheidet sich die heutige Zeit nicht von diesen schwierigen Phasen. Zurzeit befindet sich der Nahe Osten wieder einmal an einem kritischen Wendepunkt. Wir

stehen vor einem entscheidenden Moment, vor einer Wegscheide – die wahrscheinlich weit gefährlicher ist als allgemein angenommen.

Die internationale Gemeinschaft hat viele Jahre gebraucht, um die Eckpunkte einer gerechten und fairen Lösung des arabisch-israelischen Konflikts zu erfassen. Einer Lösung, die auf der Zwei-Staaten-Lösung basiert: Israelis und Palästinenser Seite an Seite, in Frieden und Sicherheit, mit West-Jerusalem als Hauptstadt Israels und Ost-Jerusalem als Hauptstadt Palästinas, in einer vereinigten Stadt, und mit einer einvernehmlichen Lösung des Flüchtlingsproblems.

Die Möglichkeiten dieses Ziel zu erreichen werden von Tag zu Tag geringer. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Einige davon sind Fehler von uns, andere Fehler Israels, wieder andere Fehler der internationalen Gemeinschaft. Müsste ich jedoch den wichtigsten Grund nennen, weshalb die Situation nicht besser wird, würde ich die Siedlungspolitik Israels wählen. Da diese Politik unbeirrt weiter verfolgt wird, halten immer mehr Men-

schen eine Zwei-Staaten-Lösung inzwischen nicht mehr für machbar.

Ich möchte Ihnen nun zeigen, wie ich die Situation im Ganzen sehe und ein Bild der aktuellen Situation sowie der Entwicklungen in den kommenden Monaten zeichnen.

Das palästinensische Volk ist schon seit geraumer Zeit gespalten. Trotz dieser Spaltung akzeptierte Hamas, dass Präsident Abu Mazen (Mahmud Abbas) im Namen aller Palästinenser verhandelt. Sie hat seine Teilnahme an der Konferenz von Annapolis nicht abgelehnt. Hamas sagte damals, sie glaube nicht dass dieser Prozess irgendwohin führe, aber sie wolle nicht als Sündenbock für eine weitere verpasste Gelegenheit gelten. Nicht nur Hamas hatte damals ein ungutes Gefühl. Auch wir hatten unsere Zweifel, aber wir wollten Präsident Bush eine Gelegenheit geben, seine guten Absichten zu zeigen. Heute wissen wir natürlich alle, dass der Prozess von Annapolis keinerlei konkrete Ergebnisse hervorgebracht hat.

Gefährliche Entwicklungen in Palästina

Das die palästinensische Situation angeht, besteht die eigentliche positive Entwicklung vielleicht darin, dass Hamas die Gründung eines palästinensischen Staates entlang der Grenzen von

1967 akzeptiert hat. Auf der negativen Seite dagegen gibt es auf der palästinensischen Seite zahlreiche beunruhigende Entwicklungen. Vier davon möchte ich aufzeigen:

Zunächst einmal wird die Spaltung innerhalb des palästinensischen Volkes tiefer und die Situation komplizierter. Meiner Ansicht nach wird diese Entwicklung sich in den kommenden Monaten noch fortsetzen. Eine Versöhnung gelang bisher nicht.

Zweitens nehmen extremistische Strömungen zu, und das in alarmierendem Maße. Wer Hamas für eine extremistische Gruppe hält, braucht nur abzuwarten, was nach ihr kommt. Erst vor wenigen Wochen ist Hamas mit militärischen Mitteln gegen eine Randgruppe vorgegangen, die von ihr als extremistisch eingestuft wurde. Wenn sich daher keine friedliche Lösung abzeichnet, müssen wir mit weiterem Extremismus rechnen, vielleicht sogar mit Organisationen und Gruppierungen nach dem Vorbild von El-Qaida, die sich wohl vor allem in Gaza organisieren.

Die dritte negative Entwicklung ist das Ausmaß der Wut und des Zorns, die in den verschiedenen Teilen der besetzten Gebiete immer weiter zunehmen und mit vielerlei Ängsten kumulieren. Selbst eine dritte Intifada oder weitere Gewaltausbrüche können nicht ausgeschlossen werden.

Die vierte negative Entwicklung hängt mit der Situation von Präsident Abu Mazen zusammen. Trotz wiederholter Erklärungen und Verlautbarungen aller Beteiligten – Amerikanern, Europäern und sogar Israelis –, Präsident Abu Mazen müsse unterstützt werden, besteht diese Unterstützung vor allem aus Worten – nicht jedoch aus greifbaren Taten vor Ort. Nachdem Präsident Abu Mazen als Folge der Reform seiner Partei, der Fatah, und der lang hinausgezögerten Einberufung ihrer Generalversammlung im letzten Sommer an Popularität gewonnen hatte, wurde diese Popularität wenige Wochen später wieder zerstört.

Dafür gibt es eine ganze Reihe von Gründen: Zunächst wurde Abu Mazen am Rande der UN-Generalversammlung in New York zu einem trilateralen Gipfeltreffen mit Präsident Obama und Premierminister Netanjahu gedrängt, das keinerlei Ergebnisse brachte. Weiter sank seine Popularität, als die Palästinenser gedrängt wurden, ihre Resolution vor dem UN-Menschenrechtsrat in Genf bezüglich des Goldstone-Berichts zurückzuziehen.

Präsident Abu Mazen wurde zu zahlreichen Schritten gedrängt. Nachdem er eingewilligt hatte, kam es jedoch zu keinerlei Gegenleistungen. In der Folge litten seine Popularität und seine Glaubwürdigkeit großen Schaden. Nachdem er für seine Entschei-

dung bezüglich des Goldstone-Berichts nicht nur von der Hamas, sondern auch von seiner eigenen Wählerschaft in der Fatah und von der PLO kritisiert worden war, war er gezwungen, einen Rückzieher zu machen und darum zu bitten, dass der Bericht doch noch vor dem Menschenrechtsrat beraten wird. Sein Image und seine Glaubwürdigkeit zahlten einen hohen Preis dafür.

Die Besetzung ist das Kernproblem

Auch die Entwicklungen in Israel lassen keinen großen Raum für Hoffnungen. In Israel konzentrierte man sich vor allem darauf, so oft wie möglich vom Thema abzulenken. Für Israel ist die palästinensische Frage keine Frage der Besetzung. Für uns jedoch ist genau dies das Problem. Israel bringt die verschiedensten Argumente, sie ändern sich mit jedem neuen Tag.

So ging es eine Weile darum, die Infrastruktur des Terrorismus zu zerstören. Dann wieder war es eine Frage von moderaten Staaten versus Extremistenstaaten, wobei Israel sich selbst – natürlich – im moderaten Lager sah. In jüngerer Zeit hörten wir ein völlig anderes Argument: Das Problem in der Region sei gar nicht die Palästinafrage, sondern der Iran. Die Israelis sind der Ansicht, wir verstünden die Situation nicht und das eigentliche Problem sei der Iran. Für Israel gibt es eine palästi-

nensische Gemeinschaft, die zufällig in diesem, den Israelis von Gott gegebenen Land lebt. Aus reiner Herzensgüte wird den Palästinensern ein Teil dieses Landes überlassen, um im Gegenzug alle möglichen Zugeständnisse sowohl von den Palästinensern als auch von der arabischen Seite zu erwarten.

Einige dieser Zugeständnisse sind legitim, andere wiederum sind überzogen und unrealistisch. Zu den legitimen gehört die Garantie, dass Israel in Frieden und Sicherheit leben kann. Zu den unrealistischen die Forderung, ein palästinensischer Staat solle keine echte Souveränität genießen, sondern als entmilitarisierte Zone existieren, ohne Kontrolle über den eigenen Luftraum, ein Gebiet, in das Israel einfallen darf, wann immer es sich bedroht fühlt. Wenn die Palästinenser das dann einen Staat nennen wollen – bitte sehr. Für uns wäre dies ein Marionettenstaat, ein Scheinstaat mit Nationalhymne, Briefmarken und Pass – mehr aber auch nicht.

Erst vor wenigen Tagen meinte der israelische Außenminister, die Welt lebe mit vielen Konflikten und müsse vielleicht lernen, mit diesem Konflikt zu leben. Für uns ist das nicht akzeptabel. Wir sind nicht bereit, für immer mit diesem Konflikt zu leben.

Israels Ziel ist es also, etwas bisher nicht Dagewesenes zu erreichen, etwas, das es in der Geschichte der Menschheit

bisher so nicht gegeben hat. Man möchte eine „bequeme Besetzung“ etablieren: eine Besetzung ohne Widerstand. Die Menschen sollen die Besetzung akzeptieren und lernen mit ihr zu leben.

So wie der Extremismus auf der palästinensischen Seite zunimmt, so tut er das auch auf der israelischen. Aus unserer Perspektive ist diese Zunahme auf der israelischen Seite vielleicht noch besorgniserregender, da in Israel die extremen Positionen von Personen vertreten werden, die an der Macht sind. Zumindest die Palästinensische Autonomiebehörde wird von der gesamten internationalen Gemeinschaft einschließlich Israels als moderate politische Kraft angesehen. Die jetzigen Machthaber in Israel dagegen gehören zu den extremen Gruppen im Spektrum der politischen Kräfte in der israelischen Gesellschaft.

Der Extremismus auf israelischer Seite nimmt zu

Darüber hinaus ist die Linke in Israel leider so gut wie tot. In Israel spielt sich der politische Machtkampf heute im rechten politischen Spektrum ab, zwischen der extremen Rechten, der rechten Mitte und denen, die innerhalb der Rechten eher moderat sind. Das rechte politische Spektrum der israelischen Gesellschaft hat die Situation daher fest im Griff.

Die öffentlichen Aussagen, die wir lesen und hören, lösen bei uns tiefe Besorgnis aus. So meinte der Vorsitzende einer dieser radikalen israelischen Parteien, Israel solle mit Gaza genau so umspringen wie die USA im 2. Weltkrieg mit Japan. Ein anderer Vorsitzender einer weiteren extremen Partei schlug vor, Israel solle für jede Rakete, die innerhalb Israels einschlage, 100 palästinensische Häuser zerstören, und ein dritter israelischer religiöser Führer sah kein Problem darin, eine Million Palästinenser zu töten. Was ist das Problem dabei, eine Million Menschen zu töten? Wenn es nach diesen Extremisten geht, ist das kein Problem. Eine Gruppe von Rabbis veröffentlichte einen religiösen Erlass, der es der israelischen Armee erlaubt, palästinensische Häuser und zivile Nachbarschaften zu zerstören, egal wie viele zivile Opfer es dabei gibt, und ob diese Frauen, Kinder oder einfach unschuldige Zivilisten sind.

Lassen Sie mich eine Geschichte erzählen. Als eine Sprecherin in einer der israelischen Fernsehstationen über den Krieg in Gaza berichtete, vergoss sie einige Tränen über die Bilder der getöteten Kinder. 340 000 Menschen unterzeichneten daraufhin eine Petition, in der der Sender aufgefordert wurde, sie zu feuern, da sie „dem Feind gegenüber Anteilnahme gezeigt hatte“. All dies geschieht in der israelischen Gesellschaft und es macht Angst.

Die internationale Gemeinschaft schweigt

Und wie reagierte die große Mehrheit der internationalen Gemeinschaft auf diese öffentlichen Aussagen? Überhaupt nicht. Als seien sie ihnen egal. Warum? Weil Israel als ein Land behandelt wird, das über dem Gesetz steht. Gesetze, die für andere Mitglieder der internationalen Gemeinschaft gelten, gelten nicht für Israel.

Welche Politik Israel auch verfolgt, was es auch tut – es macht kaum einen Unterschied. Ich gebe Ihnen ein weiteres Beispiel. Als Israel eine Mauer baute, wollten wir vor den Internationalen Gerichtshof ziehen. Die USA meinten: „Nein, das ist nicht die richtige Reaktion.“ Daraufhin sagten wir: „Gut, könnt ihr Israel davon überzeugen, den Mauerbau einzufrieren?“ Sie verneinten. Wir fragten sie: „Könnt ihr Israel auffordern, die Mauer auf eigenem Land zu bauen, nicht in den besetzten Gebieten?“ Sie verneinten.“ Dann fragten wir: „Wie wollt ihr das Problem lösen?“ Sie sagten, das wüssten sie nicht. Wir wollten wissen, ob Aussicht auf eine Lösung des Problems bestehe. Sie sagten, dass wüssten sie nicht. Also meinten wir: „Ihr tretet für die Rechtsstaatlichkeit ein und fordert uns auf diese zu respektieren. Wenn wir uns jedoch darauf berufen, sagt ihr ‚Nein‘.“

Wir bestanden darauf, vor den Internationalen Gerichtshof zu ziehen, wenn keine Lösung gefunden würde. Das haben wir dann auch getan. Der Internationale Gerichtshof veröffentlichte ein Rechtsgutachten, das den UN vorgelegt wurde. Die Generalversammlung der UNO nahm eine Resolution an, die nur von Vereinigten Staaten, Israel, Mikronesien und vielleicht ein oder zwei weiteren Staaten abgelehnt wurde. Was geschah dann? Nichts. Die Mauer wird gebaut und Israel kann nahezu alles tun, was es will, ohne jegliche Konsequenzen.

Genauso ist es auch in Gaza gelaufen. Nach dem Krieg in Gaza haben zahlreiche Regierungen und Organisationen weltweit gesagt, dass es in diesem Krieg zu Kriegsverbrechen gekommen sei. Viele Berichte von regionalen und internationalen NGOs bestätigten diese Aussage, und es kam zum Goldstone-Bericht. Und dann, was geschah dann? Die Palästinenser wurden unter Druck gesetzt, die Resolution vor dem Menschenrechtsrat zurückzuziehen.

Es ging nicht darum, herauszufinden, was in Gaza geschehen war, und welche Konsequenzen daraus zu ziehen wären. Nein, es war schlicht so, dass dies aus der israelischen Perspektive schädlich wäre, und daher gestoppt werden muss. Und was ist der jetzige israelische Standpunkt? Jetzt soll das internationale Recht geändert werden.

Israel möchte internationales Recht ändern, weil es dem Land nicht länger reicht über dem Gesetz zu stehen. Es möchte die Regeln verändern, um keinerlei Kritik mehr ausgesetzt zu sein.

Die Arabische Welt ist inzwischen gespalten

Die arabische Welt, die seit 2002 einhellig hinter der arabischen Friedensinitiative stand und dieses Engagement über die Jahre immer wieder bestätigt hat, ist inzwischen gespalten. Die Spaltung verläuft zwischen zwei großen Gruppen, die beide gute und überzeugende Argumente haben.

Die eine Gruppe argumentiert, seit der Präsentation dieser Initiative 2002 habe es keinerlei Reaktion von Seiten Israels gegeben. Warum solle der Vorschlag daher auf dem Tisch bleiben, wenn die Reaktion der anderen Seite ausbleibe. Dazu muss gesagt werden, dass Israel versprochen hatte, eine eigene Friedensinitiative vorzulegen, was jedoch, wie wir alle wissen, nie geschehen ist. Die Gruppe, welche die Initiative nicht länger offen halten werden will, sieht das Problem jedoch weniger in dem mangelnden Entgegenkommen der israelischen Regierung, sondern viel dramatischer darin, dass das israelische Establishment überhaupt nicht an einem Frieden interessiert ist.

Unsere Partner, allen voran die USA und Europa, kommen zu uns und sagen: „Zurzeit haben wir eine sehr schwache Regierung in Israel, die sich nicht bewegen kann, sonst fällt sie auseinander.“ Später kommen sie und sagen: „Jetzt haben wir eine sehr starke Regierung in Israel, wir können sie nicht bewegen.“ So verlieren wir in jedem Fall. Eine schwache Regierung kann keine Entscheidungen treffen, die auch umgesetzt werden können, eine starke Regierung können wir nicht beeinflussen. Also macht es keinen Unterschied und das Ergebnis ist dasselbe: Kein Fortschritt. Und jetzt sagen die Menschen in der arabischen Welt: „Genug ist genug.“

Dann gibt es das andere Lager, das meint: „Ja, vielleicht ist das so, aber die arabische Friedensinitiative ist auch eine Botschaft an die internationale Gemeinschaft. Sie steht für die arabische Haltung zum arabisch-israelischen Konflikt. Unsere Botschaft ist einfach: Wir wollen Frieden und unser Friedensangebot liegt schwarz auf weiß vor, wie unsere Freunde, vor allem in den USA und in Europa, es verlangt hatten, als sie uns aufforderten, eine Initiative zu starten. Damals wollten sie wissen: ‚Was meint ihr, wenn ihr sagt ‚Frieden ist unsere strategische Option‘ – wie auf dem Arabischen Gipfel in Kairo 1996. Nennt uns die Einzelheiten der arabischen Position und eure Ansichten, wie

ein Frieden erreicht werden kann, und wir werden euch helfen, dieses Ziel zu erreichen.“ Also haben wir diese Initiative gestartet.

Dieses zweite Lager argumentiert auch, dass wir uns, ehe wir uns entscheiden die Initiative zurückzuziehen, auf eine neue Strategie einigen müssen, da sie unsere strategische Option ist. Bevor wir die Friedensinitiative zurückziehen, müssen wir also zunächst die anderen Optionen diskutieren.

Die arabischen Länder sind überein gekommen, dass sie sich der Initiative weiterhin verpflichtet fühlen. Sie sind sich auch einig, die Situation in nächster Zukunft neu bewerten zu wollen. Aber die Initiative wird nicht ewig auf dem Tisch bleiben. Dieser Kompromiss stellte beide Lager zufrieden. So sieht es im Moment in der arabischen Welt aus.

Wir erwarten viel mehr von Europa

Was die Rolle Europas angeht, so glaube ich, dass die Europäer zugeben müssen, dass Europa noch vor einigen Jahren ein sehr viel aktiverer Partner war. Tatsächlich ist die Roadmap in Europa entstanden. Erst später wurde sie von den USA übernommen und mit einigen Veränderungen der internationalen Gemeinschaft präsentiert. Jetzt ist Europa gespalten und gibt sich damit zufrieden, die zweite Geige zu spielen, obwohl es uns viel näher steht,

und unsere Probleme zunächst Europa treffen werden, ehe sie sich weiter ausbreiten.

Ich muss jedoch zugeben, dass Europa auch beim Zusammentreffen in Annapolis hilfreich war. Damals haben wir versucht, eine internationale Konferenz zusammenzurufen, und erst durch die europäische Unterstützung gelang es, die USA nach dem Krieg im Libanon davon zu überzeugen, die Annapolis Konferenz zu veranstalten. Präsident Bush wurde also überzeugt, ja gedrängt, einer Konferenz zuzustimmen, und er kündigte an, dass die Konferenz in der Nähe von Washington unter dem Vorsitz von Außenministerin Rice stattfinden werde. So haben sich die Dinge dann auch entwickelt, als Folge des Drucks sowohl aus der arabischen Welt als auch aus Europa.

Wir erwarten viel mehr von Europa. Natürlich hat Europa die Palästinenser auf verschiedenste Weise großzügig unterstützt. Aber wir hatten gehofft, dass Sie ein bisschen mehr tun würden. Einige Forderungen sind einfach zu erfüllen, andere vielleicht ein bisschen schwieriger. Wir haben die Europäer aufgefordert, in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht Produkte aus den Siedlungen nicht als israelische Produkte zu akzeptieren, die unter das Freihandelsabkommen zwischen Israel und der Europäischen Gemeinschaft fallen. Weiterhin haben wir Europa

gebeten, Garantien von Israel dafür zu fordern, dass das Geld, welches in die verschiedenen Projekte zur Unterstützung des palästinensischen Volkes fließt, nicht vernichtet wird.

Diese Forderungen hielten wir für einfach und vernünftig. Wir können und sollten nicht weiterhin Krankenhäuser, einen Flugplatz oder einen Hafen in Gaza bauen, nur damit Israel diese wieder und wieder zerstört, um dann die arabische Welt und andere Geldgeber zu bitten, das wieder aufzubauen, was Israel zerstört. Damit geraten wir in einen Teufelskreis von immer wiederkehrendem Aufbau, Zerstörung und Wiederaufbau. Ist es zu viel verlangt, Staaten, die gute Beziehungen zu Israel pflegen, um Garantien bitten zu lassen, dass dies nicht wieder und wieder passiert? Warum ist das so schwierig? Und wenn Europa nicht willens oder in der Lage dazu ist, diese einfachen Forderungen zu erfüllen, wie können wir uns dann in viel schwierigeren Fragen auf unsere europäischen Partner verlassen, wie etwa bei der Beendigung der Belagerung von Gaza, dem Rückzug aus Jerusalem, dem Abbau der Siedlungen, der Flüchtlingsfrage usw.?

Immer wieder verschwenden wir unsere Zeit und unsere Kraft mit Trivialitäten. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Mit großem Aufwand berichtete die Presse über die Tatsache, dass Israel die Einfuhr von Nudeln nach Gaza verbie-

tet. Zahlreiche europäische Staaten waren empört und sprachen mit den Israelis: „Wie könnte ihr keine Nudeln nach Gaza lassen?“ Israel meinte daraufhin, es betrachte Nudeln nicht als Grundnahrungsmittel, daher würden sie die Einfuhr nicht erlauben. Die europäischen Länder übten weiterhin Druck aus, und einige Monate später kamen die Israelis zurück und sagten: „Wir haben gute Nachrichten für euch, wir lassen jetzt Nudeln nach Gaza, seid also dankbar.“ – Was meinte daraufhin die israelische Armee: „Wir akzeptieren die Entscheidung der Regierung nicht. Die Palästinenser in Gaza dürfen erst Nudeln essen, wenn Shalit nach Hause kommt und ebenfalls Nudeln essen kann.“ Soweit ist es inzwischen gekommen. Statt über ein Ende der Besatzung zu verhandeln, sprechen wir über Nudeln oder Ketchup – dessen Einfuhr ist nämlich ebenfalls nicht erlaubt.

All die Häuser, Krankenhäuser und Schulen, die während des Gazakrieges zerstört wurden, werden nicht wieder aufgebaut. Warum nicht? Ganz einfach: Die Baumaterialien, wie Glas, Zement und Stahl, dürfen nicht nach Gaza eingeführt werden.

Alle Hoffnungen auf Obama

Last but not least der wohl wichtigste Verhandlungspartner: die Vereinigten Staaten. Wir alle haben unsere Hoff-

nungen auf die Vereinigten Staaten gesetzt, vor allem nach dem Wahlsieg von Präsident Obama. Bevor wir nach Annapolis gingen, haben wir mit der vorherigen US-Regierung vier Punkte diskutiert: die Siedlungen, welche Themen die Konferenz umfassen sollte, den Zeitrahmen und die weiteren Schritte.

Eine der Abmachungen, auf die wir uns einigen konnten, und die es uns erlaubte, in der Arabischen Liga einstimmig für eine Teilnahme an Annapolis zu entscheiden, war ein Stopp des Siedlungsbaus. Dieser wurde Prinz Saud El-Faisal, dem Außenminister von Saudi Arabien, und dem ägyptischen Außenminister Ahmed Abdul Gheit während eines Ministertreffens der Arabischen Liga, bei dem über die Einladung nach Annapolis diskutiert wurde, telefonisch von Außenministerin Rice zugesagt.

Auch bei den anderen drei Punkten einigte man sich. Was die Themenbereiche der Konferenz anging, so kam man überein, die syrische und libanesischen Problematik auf die Tagesordnung zu setzen, die Ergebnisse jedoch auf die Palästinenserproblematik zu begrenzen. Die anderen Punkte sollten nach der Annapolis-Konferenz angesprochen und dann auf einer in Moskau geplanten Folgekonferenz diskutiert werden. Was den Zeitrahmen anging, so bildete das Ende der Bush-Regierung eine natürliche Grenze.

Schließlich kam man überein, ein Folgetreffen in Moskau abzuhalten, um Fortschritte auszuwerten und die syrische und libanesische Problematik und vielleicht sogar die multilaterale Problematik anzugehen. Nachdem in diesen vier Punkten Einigkeit erzielt wurde, stimmten wir zu, nach Annapolis zu fahren.

Zwar begannen nach Annapolis die Verhandlungen, der Siedlungsbau wurde jedoch nicht gestoppt. Seitdem auch diese Verhandlungen beendet sind, kann Präsident Abu Mazen nicht an den Verhandlungstisch zurückkehren, solange die Siedlungen weitergebaut werden. Wir befinden uns also in einer Sackgasse. Darüber hinaus haben die Israelis in ihren Diskussionen mit Mitchell nicht nur angekündigt, den Siedlungsbau fortzusetzen, sondern sie wollen auch Jerusalem aus allen Verhandlungen über die Siedlungen ausklammern. Ich glaube nicht, dass irgendein palästinensische Führer akzeptieren kann, dass Jerusalem anders behandelt wird als der Rest der besetzten palästinensischen Gebiete. Das würde seinen politischen Selbstmord bedeuten.

Der Siedlungsbau als Verhandlungshindernis

Das Problem, vor dem wir jetzt stehen, ist, dass die USA die israelische Argu-

mentation übernommen haben und nicht länger auf einer vollständigen Einstellung des Siedlungsbau als Bedingung für eine erfolgreiche Wiederaufnahme der Verhandlungen bestehen.

In unserer Region stellt man sich nun eine berechtigte Frage: Wenn die USA nicht in der Lage waren, Israel zu überzeugen, zu überreden, zu drängen, wie auch immer man es nennen will, den Siedlungsbau zu stoppen, was wird geschehen, wenn es zu den schwierigeren Fragen kommt? Denn wir gehen davon aus, dass der Siedlungsbau einfacher zu lösen ist als die Jerusalemfrage, das Flüchtlingsproblem und andere Aspekte.

Über die Siedlungen wurde schon bei zahlreichen früheren Gelegenheiten gesprochen. Wie schon erwähnt, haben wir darüber schon vor Annapolis diskutiert, sogar schon in Madrid. Damals erklärten sich die arabischen Staaten bereit, den sekundären Boykott Israels zu beenden, wenn Israel den Siedlungsbau stoppt. Wir haben also schon in der Vergangenheit zweimal dafür bezahlt. Und jetzt wollen sie von uns, dass wir den Preis für einen Siedlungsstopp zum dritten Mal bezahlen. Und trotzdem wären einige arabische Staaten zu dieser Geste gegenüber Israel bereit gewesen, hätte das Land sich zu diesem Schritt entschlossen.

Die Palästinenser werden nicht an den Verhandlungstisch zurückkehren

können, solange der Siedlungsbau weitergeht. Die arabische Welt steht hinter ihnen. Auf der anderen Seite triumphiert Israel, weil es dem amerikanischen Druck erfolgreich ausgewichen ist und die US-Regierung davon überzeugen konnte, dass der Siedlungsbau nicht aufhören muss. Nach dem trilateralen Treffen, der besten Gelegenheit Druck auf Premierminister Netanjahu auszuüben, ist die Lage extrem schwierig geworden, und wir müssen einen Ausweg finden.

Ich möchte mit einem persönlichen Ausblick über mögliche zukünftige Szenarios schließen.

- Das **erste Szenario** ist eine Explosion. Wir haben einen Dampfkocher, aus dem kein Dampf entweichen kann. Sie können also ihren letzten Euro darauf verwetten, dass er explodieren wird. Wir wissen nicht wann und an welcher Stelle, aber wir können sicher sein, dass er explodieren wird. Es gibt Spannungen in Gaza, Spannungen in Jerusalem, und auch im Südlibanon ist die Lage angespannt. Natürlich ist die Situation im Libanon weitaus komplexer, wegen des iranischen Faktors, der hier mit berücksichtigt werden muss.
- Das **zweite Szenario** ist die Gründung eines palästinensischen Staates bis 2011 auf der Grundlage des Plans vom palästinensischen Premierminister Salam Fayyad, der von vielen Seiten unterstützt wird, von den USA, von Europa und von der arabischen Welt. Jedermann betrachtet ihn als einen positiven Plan. Also könnten wir bis 2011 einen palästinensischen Staat anerkennen.
- Die **dritte Szenario** stammt von Solana. Er meinte, wir sollten zum Sicherheitsrat gehen und beiden Seiten ein Übereinkommen auferlegen.
- Das **vierte Szenario** ist die Ein-Staat-Lösung. Bis vor wenigen Jahren galt sie als Tabu und niemand war bereit, darüber zu sprechen. Jetzt ist sie Teil der allgemeinen Diskussion, die von Politikern, Denkschmieden und sogar von Präsident Carter angesprochen wurde, der in einem Artikel schrieb, die Gründung eines palästinensischen Staates werde bald nicht mehr möglich sein. Weiter schrieb er, wir müssten beginnen über anderen Optionen nachzudenken, darunter auch die Ein-Staat-Lösung als eine der möglichen Optionen, wenn alle anderen gescheitert sind. Wenn es ganz schlimm kommt, dann ist dies die einzige Lösung und sie ist nach meiner Ansicht – wenn die Dinge sich nicht bald bewegen – eine der wichtigsten möglichen Optionen. Sicher, es ist keine Wunschlösung. Wenn wir jedoch weiterhin alle anderen Optionen ausschließen und keinen palästinensischen Staat grün-

den können, könnte uns kein anderer Weg offen bleiben.

Es geht nicht länger um das bestmögliche Szenario. Das beste Szenario ist die arabische Friedensinitiative. Das ist unsere Position. Wenn sie nicht möglich ist, müssen wir andere Optionen untersuchen.

Aber ich hoffe, dass der beim Goldstone-Report unterlaufene Fehler sich nicht wiederholt: Druck auf die vermeintlich einfachere Seite auszuüben. Wir haben gesehen, dass die Palästinenser ihre unter Druck erzielte Entscheidung widerrufen mussten. Warum? Weil es in der arabischen Welt eine starke öffentliche Meinung gibt, die immer wieder von vielen ignoriert wird, die glauben, arabische Führer könnten tun, was immer ihnen beliebt. Das ist nicht wahr. Bestimmte Dinge werden die Menschen einfach nicht akzeptie-

ren. Wenn Präsident Abu Mazen oder irgendein anderer Führer in der arabischen Welt weiterhin unter Druck gesetzt wird, Dinge zu tun, die von der Öffentlichkeit nicht akzeptiert werden, wird immer dasselbe dabei herauskommen. Eine Lösung des Konflikts muss eine vernünftige Lösung sein, die von der Mehrheit des palästinensischen Volkes akzeptiert wird, sonst wird sie nicht umzusetzen sein. Ich hoffe dass diese Botschaft Gehör findet und die Weisheit die Oberhand gewinnt, denn diese tut in unserem Teil der Welt wirklich not.

Ich danke Ihnen.

Der Beitrag beruht auf einem Vortrag, den der Autor am 25. Oktober 2009 auf der Jahrestagung des diAk in der Evangelischen Akademie Arnoldshain hielt.

Die arabische Friedensinitiative: Ursprung und Positionsentwicklung seit 2002*

Ahmed Badawi

Die Arabische Friedensinitiative (AFI) wurde von der Arabischen Liga beim 14. Arabischen Gipfeltreffen, das im März 2002 in Beirut (Libanon) stattfand, verabschiedet. Die Initiative strebt ein Ende des arabisch-israelischen Konfliktes an: Alle arabischen Staaten werden normale Beziehungen zu Israel aufnehmen, sobald sich Israel vollständig aus allen besetzten arabischen Gebieten zurückzieht und die Gründung eines palästinensischen Staates in der Grenze von 1967 ermöglicht. Die AFI fordert auch für das Problem der palästinensischen Flüchtlinge eine Verhandlungslösung in Übereinstimmung mit der Resolution 194 der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Im Folgenden soll die AFI in ihren historischen Zusammenhang gestellt und versucht werden, die Bedingungen zu erklären, die zu ihrer Bildung im Jahr 2002 führten. Daneben soll eine kurze Darstellung der Positionen arabischer Schlüsselstaaten und nichtstaatlicher Akteure zu der Initiative und zu der Entwicklung dieser Positionen in den letzten Jahren gegeben werden.

Die AFI ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass die herrschende Elite der wichtigsten arabischen Staaten letztendlich den Verlauf der Geschichte anerkennt. Sie ist der krönende Abschluss einer Reihe schrittweiser, allmählicher, strategischer Verschiebungen im arabischen Denken, die nach der Niederlage von 1967 begannen, als Israel drei arabische Armeen auftrieb und es ihm gelang, Ost-Jerusalem, das Westufer des Jordan, den Gazastreifen, Sinai und die Golanhöhen zu erobern. Dieser erniedrigende Kriegsausgang bedeutete das Ende des wichtigsten ideologischen Projektes in der arabischen Welt, nämlich des Arabischen Nationalismus, der eine Schlüsselrolle für Dominanz und Vorherrschaft in diesem Teil der Welt spielte – erst gegen die Herrschaft der türkischen Ottomanen und dann gegen das jüdische zionistische Projekt.

Es dauerte einige Jahre, bevor diese neue Realität von der arabischen Welt verinnerlicht wurde. Im September 1967 endete ein provozierender arabischer Gipfel mit den berühmten

„Drei Neins“: Keine Anerkennung Israels, keine Verhandlungen mit Israel und kein Frieden mit Israel. Doch langsam entwickelte sich in der arabischen Welt die Erkenntnis, dass eine gewaltsame Befreiung Palästinas immer weniger eine realistische Option darstellt, besonders, solange Israel die Unterstützung der Vereinigten Staaten genießt. Den Durchbruch in dieser Denkart vollbrachten der ägyptische Präsident Anwar Sadat und der Vorsitzende der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) Jassir Arafat.

Strategischer Wandel

Im September 1973 zogen Ägypten und Syrien gegen Israel in den Krieg. Ziel dieser Auseinandersetzung war – zumindest soweit es Ägypten betraf – nicht die Befreiung Palästinas, sondern ein taktischer Schachzug, um die Blockade des *status quo* aufzubrechen. Kurz nach dem Krieg vollzog Ägypten seine Loslösung vom sowjetischen Lager und bildete eine strategische Allianz mit den Vereinigten Staaten – auch in dem Bemühen, die Macht Israels auszubalancieren: Sadat glaubte, die Vereinigten Staaten besäßen auf Grund ihres Einflusses auf Israels Verhalten den Schlüssel zur Lösung des Konfliktes. Kurz darauf folgte sein Besuch in Israel 1977 und die Unterzeichnung eines Friedensabkommens zwischen

den beiden Ländern 1979. Indem Ägypten durch Diplomatie und die Beendigung des Kriegszustandes mit Israel den Sinai zurückgewann, war die Fähigkeit der arabischen Welt, gegen Israel militärisch vorzugehen, erheblich eingeschränkt. Es stärkte hingegen die Ansicht, Verhandlungen seien geeigneter, um besetzte arabische Gebiete zu befreien.

Gleichzeitig fand 1973/74 eine bedeutende Veränderung im palästinensischen strategischen Denken statt, als die PLO unter Vorsitz von Arafat ihr „Stufen-Programm“ für eine Befreiung verkündete, gemäß dem mit der Etablierung einer palästinensischen Autorität in jedem befreiten Teil des historischen Palästinas begonnen werden sollte. Dies bedeutete – wenn auch nur indirekt – eine Abkehr vom früheren Ziel der PLO, den Staat Israel zu zerstören und das gesamte Land zu befreien.

Der strategische Wandel im arabischen Denken entwickelte sich weiter. Im Jahr 1982 machte Saudi-Arabien einen Plan bekannt – später als König-Fahd-Plan bezeichnet –, der in seiner Intention der AFI sehr ähnlich war. 1988 akzeptierte die PLO schließlich die Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates und sagte sich von Gewalt und bewaffnetem Kampflos. 1991 fand die Madrider Friedenskonferenz statt, bei welcher die gesamte arabische Welt mit

Israel und der internationalen Gemeinschaft am gleichen Tisch saß, um bilaterale und multilaterale Verhandlungen mit dem Ziel der Konfliktbeendigung zu führen. Am Ende gab es 1993 den berühmten Handschlag zwischen Jitzhak Rabin und Jassir Arafat auf dem Rasen vor dem Weißen Haus, gefolgt von der Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwischen Israel und Jordanien im Jahr 1994.

Anerkennung der Existenz Israels

Diese Ereignisse umspannen eine Periode von 20 Jahren, von 1973/74 bis 1994, und förderten bei der Mehrheit der arabischen Welt die – wenn nicht ausdrückliche, so doch stillschweigende – Anerkennung der Existenz des Staates Israel. Die AFI unterscheidet sich davon, weil dies das erste Mal ist, dass alle herrschenden Eliten aus so unterschiedlichen Ländern wie Syrien, Qatar, Algerien, zusammen mit Ägypten, Jordanien, der Palästinensischen Autonomiebehörde und anderen Mitgliedern der Arabischen Liga, gemeinsam und offiziell das Prinzip von „Land gegen Frieden“ befürworten. Zumindest auf offizieller staatlicher Ebene spricht in der arabischen Welt niemand mehr von der Befreiung Gesamtpalästinas.

Dies ist der historische Zusammenhang. An dieser Stelle ist die Anmerkung wichtig, dass vor diesem histori-

schen Kontext die AFI keinen wirklich neuen substanziellen Inhalt zur Debatte beisteuert. Sie sollte mehr als Prinzipienklärung und weniger als Initiative angesehen werden: Es gibt keinen spezifischen Aktionsplan und es liegen keine neuen Vorschläge auf dem Tisch. Im Grunde ist sie eine gemeinsame Stellungnahme der Mitglieder der Arabischen Liga, in welcher diese wiederholen, worauf sie sich schon früher als Einzelstaaten geeinigt hatten.

Doch warum gab es diese Stellungnahme gerade im Jahr 2002 und nicht früher oder später? Der unmittelbare Zusammenhang, in dem die Initiative startete, lässt vermuten, dass sie in erster Linie an die internationale Gemeinschaft und erst in zweiter Linie an Israel gerichtet ist. Um dies zu verstehen, muss man die Rolle Saudi-Arabiens näher betrachten. Die erste Erwähnung der Arabischen Friedensinitiative erfolgte Anfang Februar 2002 in einer Kolumne von Thomas Friedman in der *New York Times*. Ein arabisches Gipfeltreffen war für März in Beirut geplant, und ganz oben auf der Tagesordnung stand eine Untersuchung der sich verschlechternden Situation in den besetzten palästinensischen Gebieten als Ergebnis der zweiten Intifada. Friedman fragte, warum die Araber nicht einfach erklären könnten, dass – sollte sich Israel aus den Gebieten von 1967 zurückziehen – sie bereit wären, das

Existenzrecht Israels anzuerkennen und normale Beziehungen aufzunehmen.

Daraufhin bekam Friedman eine Einladung nach Saudi-Arabien. Während er dort seine Idee gegenüber dem damaligen Kronprinzen Abdallah wiederholte, fragte dieser scherzhaft: „Haben Sie in meinen Schreibtisch gesehen?“ Daraufhin erklärte er Friedman, dass dies exakt das sei, was er seinen arabischen Kollegen in Beirut sagen wolle: Die arabische Welt solle ihre Bereitschaft erklären, normale Beziehungen zu Israel im Austausch gegen dessen Rückzug aus den 1967 besetzten Gebieten zu unterhalten. Abdallah gab Thomas Friedman anschließend die Erlaubnis, dies in seiner Kolumne in der *New York Times* zu veröffentlichen.

Druck und Gegendruck

Die Entscheidung der Saudis, einem amerikanischen Kolumnisten diese Sensationsmeldung zu überlassen, ist bedeutsam. Kurz nach den Angriffen vom 11. September 2001, bei dem 15 der 19 Entführer saudische Bürger mit Verbindungen zu Al-Qaida waren, angeführt von einem weiteren Saudi, war Saudi-Arabien heftigem Druck aus den Vereinigten Staaten ausgesetzt. Die AFI, zu dieser Zeit noch bekannt als der Abdallah-Plan oder die saudische Friedensinitiative, kann als Versuch gesehen werden, im Namen von Saudi-Arabien

und weiteren „gemäßigten“ arabischen Staaten wie Ägypten und Jordanien, die Beziehungen mit den Vereinigten Staaten wieder in Ordnung zu bringen.

Der andere unmittelbare Zusammenhang, den zum Verständnis der Ursprünge der AFI gesehen werden muss, ist die zweite Intifada, die im September 2000 ausbrach – mit blutigen Konsequenzen für Israelis und noch heftigeren für die Palästinenser. Die AFI kann hier als Versuch der arabischen Welt gesehen werden, diplomatischen Druck auf die Regierung Ariel Scharons auszuüben, eine friedliche Lösung für den Konflikt mit den Palästinensern anzustreben, indem ihr der Anreiz normaler Beziehungen mit der gesamten arabischen Welt angeboten wurde.

Wenige Monate nach ihrem Start wurde die AFI von allen 57 Mitgliedsstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz in der 29. Sitzung der Islamischen Außenministerkonferenz, die im Juni 2002 in Khartum (Sudan) stattfand, befürwortet. Ein Jahr später bekräftigten die Mitgliedstaaten, einschließlich Iran, in Teheran ihre Zustimmung zu der Initiative. Zu dieser Zeit wurde die iranische Regierung noch von Präsident Mohammed Khatami angeführt, der zu den gemäßigten Klerikern gezählt wird. Im Jahr 2005 kam im Iran ein Hardliner an die Macht, Mahmud Ahmedinejad. Bei

einem Besuch in Riad im Jahre 2007 wurde von den saudischen Medien berichtet, er habe seiner Unterstützung für die Arabische Friedensinitiative Ausdruck verliehen. Dies wurde jedoch rasch von iranischen Regierungsmitgliedern dementiert, die ihre Vorbehalte gegenüber der AFI wiederholten. Deswegen ungeachtet ist die offizielle Position des Iran – zusammen mit den restlichen Mitgliedern der Organisation der Islamischen Konferenz –, dass sie die AFI befürworten und vollständig unterstützen. Dies ist die Position, die beim letzten Treffen des Außenministerrats, welches im Mai 2009 in Damaskus (Syrien) stattfand, bekräftigt wurde, als die arabische Welt noch vor Empörung über den vorhergegangenen verheerenden israelischen Krieg in Gaza kochte. Mit anderen Worten: Die AFI hat sich unter diesen Umständen in der turbulentesten Region der Welt bewährt. So betrachtet ist sie nicht lediglich eine Erklärung, die von der arabischen Welt, sondern von allen islamischen Ländern, einschließlich Iran, angenommen wurde. Dies macht die offiziellen israelischen Reaktionen, die anfänglich von Ablehnung, dann von Ambivalenz geprägt waren, umso rätselhafter.

Ringens um Formulierungen

Die ursprünglich saudische Initiative musste verändert werden, um den Wi-

derstand vor allem von Syrien und dem Libanon zu überwinden. Syrien wehrte sich gegen die Bezeichnung „Normalisierung“ in einem früheren Textentwurf und ersetzte sie durch den Begriff „Etablierung normaler Beziehungen im Rahmen eines umfassenden Friedens mit Israel“. Syrer und Libanesen bestanden weiterhin darauf, der Text solle einen Rückzug Israels nicht nur aus den palästinensischen Gebieten, sondern aus allen besetzten arabischen Gebieten, einschließlich der syrischen Golanhöhen und einem kleinen Teil umstrittenen Landes (ungefähr 22 Quadratkilometer) im Süden Libanons, bekannt als Scheba-Farmen, fordern. Doch so klein dieses Gebiet auch sein mag, die Vorstellung, die Scheba-Farmen blieben besetztes Gebiet, hat für die libanesische Innenpolitik eine enorme Bedeutung. Dies dient der Hisbollah als Hauptvorwand, Angriffe auf den Norden Israels zu führen und sich weiterhin zu weigern, die Waffen abzugeben. 2006 richtete Israel als Folge der Verschleppung von zwei israelischen Soldaten durch die Hisbollah bei der Verfolgung von deren Kämpfern in Libanon schwere Verwüstungen an. Deshalb kommt einer Lösung des Streits um die Scheba-Farmen für jede gewählte libanesische Regierung, die ihr Gewaltmonopol im Land festigen will, eine Schlüsselrolle zu.

Letztlich widersetzte sich Libanon vehement jeder Formulierung, die sich nicht ausdrücklich mit einer Rückführung palästinensischer Flüchtlinge aus dem Libanon befasste. Doch nach intensiven Verhandlungen und Druck von Ägypten, Syrien und Saudi-Arabien gaben sie ihren Widerstand auf und gaben sich mit der Formulierung "eine gerechte und abgestimmte Lösung für das palästinensische Flüchtlingsproblem in Übereinstimmung mit der Resolution 194 der UN-Vollversammlung" zufrieden.

In den wenigen Jahren seit 2002 gab es viele Veränderungen in der Region: u.a. der Tod Arafats und das Machtvakuum, das diesem in Palästina zu folgen drohte, ein Krieg zwischen Israel und Hisbollah, der zu beträchtlicher Zerstörung im Libanon führte, und einen weiteren Krieg zwischen Israel und Hamas, der ein ähnliches Ausmaß an Zerstörungen im Gazastreifen hinterließ. Vor allem der Gaza-Krieg löste weitreichende emotionale Reaktionen aus – nicht nur in der arabischen Welt, sondern weit darüber hinaus. Dies trug – zusammen mit den mangelnden Fortschritten im Friedensprozess – zu einer erneuten Polarisierung in der arabischen Welt zwischen den altbekannten „Gemäßigten“ und den „Hardlinern“ bei. Das Lager der Gemäßigten schließt die Palästinensische Autonomiebehörde sowie Ägypten

und Jordanien ein, die beide diplomatische Beziehungen zu Israel unterhalten. Dazu kommt noch Saudi-Arabien. Sie alle haben strategische Beziehungen zu den USA. Das Lager der Gegenseite umfasst Hamas, Syrien und – seit neuestem – Qatar, gestützt von Iran.

Sowohl Syrien als auch Hamas sind gute Beispiele für die sich verändernden Positionen zur AFI unter den Hardlinern. In der arabischen Welt heißt es, es könne keinen Krieg gegen Israel ohne Ägypten geben – und keinen Frieden mit Israel ohne Syrien. Die kontinuierliche syrische Unterstützung der AFI ist deswegen von entscheidender Bedeutung. Als die AFI 2002 lanciert wurde, war der syrische Präsident Baschar Assad erst zwei Jahre im Amt. Als er an die Macht kam, wurde er unverzüglich von allen Führern der arabischen Welt umworben. Bald stand er Mubarak und den Saudis sehr nahe, was eine wichtige Rolle bei der Überwindung syrischer Vorbehalte gegenüber der AFI spielte. Im Laufe der Jahre begannen sich jedoch Syriens Beziehungen sowohl zu Ägypten als auch zu Saudi-Arabien zu verschlechtern, insbesondere nach dem Ausbruch einer politischen Krise im Libanon als Ergebnis der Ermordung des populären libanesischen Premierministers Rafik Hariri. Dies führte letztendlich zum Rückzug syrischer Truppen nach mehr als 20 Jahren Einsatz auf libanesischem Boden. Dies hat

das Regime Assad nach und nach aus dem gemäßigten Lager getrieben, zumal Syrien weiterhin Hamas und Hisbollah unterstützte und die strategische Allianz mit Iran fortsetzte.

Ist die Initiative „tot“?

Während des Gaza-Krieges forderte Qatar im Januar 2009 einen arabischen Dringlichkeitsgipfel aus Solidarität mit den Palästinensern. Dies wurde unverzüglich abgelehnt, unter anderem sowohl von Ägypten als auch von Saudi-Arabien. Offiziell argumentierten beide Länder, ein anderer Wirtschaftsgipfel, der nur eine Woche später in Kuwait abgehalten werden sollte, sei schon früher angesetzt worden, und dies sollte ausreichen. Doch hier waren andere Dynamiken im Spiel. Sowohl Ägypten als auch Saudi-Arabien stehen Qatar sehr argwöhnisch gegenüber, besonders wegen der kritischen Berichterstattung durch den aus Qatar stammenden Satellitensender *Al-Jazeera*. Auch sind beide Länder auf Grund ihrer strategischen Nähe zu den Vereinigten Staaten traditionell mit solchen Dringlichkeitssitzungen in Krisenzeiten zurückhaltend, da diese üblicherweise mit kompromisslosen Stellungnahmen schließen, die dazu gedacht sind, wütende arabische Massen zu besänftigen, jedoch zu großen Unannehmlichkeiten mit den Amerikanern führen können.

Tatsächlich war der arabische Dringlichkeitsgipfel in Doha ein Stelldichein der Hardliner, Sie kamen sogar von außerhalb der arabischen Welt: Iran war durch eine hochrangige Delegation unter Vorsitz von Präsident Ahmadinejad vertreten.

In seiner Gipfelrede erklärte Baschar Assad: „Die Arabische Friedensinitiative ist tot.“ Dies war die bis dahin deutlichste Stellungnahme Syriens gegen die AFI. Metaphorisch wurden rasch Fronten durch die arabische Welt errichtet. Daran waren viele Stimmen aus dem gemäßigten Lager, die Baschar Assad kritisierten, beteiligt. Ein palästinensischer Berichtersteller kommentierte im Fernsehen: „Was bedeutet es, dass die Arabische Friedensinitiative tot ist? Was ist die Alternative? Es gibt keine Alternative. Will er [Baschar Assad] in den Krieg ziehen? Es ist unmöglich, in den Krieg zu ziehen. Außerdem kann die Arabische Friedensinitiative gar nicht sterben, weil es in der Arabischen Friedensinitiative nichts gibt, was zurückgezogen oder beendet werden könnte. Hier kommt vor allem eine Haltung zum Ausdruck, die die meisten arabischen Staaten – eigentlich alle, einschließlich Syrien – schon in der Vergangenheit bereits vertreten haben.“

Diese Worte bringen uns zurück zu dem historischen politischen Zusammenhang, in dem sich die AFI

entwickelte. Die AFI ist bis heute die klarste Anerkennung der arabischen Welt, dass Israel eine Realität ist, mit der die Araber leben lernen und der sie sich anpassen müssen. Selbstverständlich gibt es in der arabischen Welt jene, die immer noch von dem Tag träumen, an dem ganz Palästina befreit sein wird. Hamas, zum Beispiel, ist in seiner Haltung zur AFI immer ambivalent gewesen. Sie hegt Vorbehalte gegen die Art, wie sich die AFI mit der Flüchtlingsfrage auseinandersetzt: Nach Ansicht der Hamas (und anderer) machte die AFI ein enormes einseitiges Zugeständnis, weil sie nicht auf dem Rückkehrrecht aller palästinensischer Flüchtlinge in Gebiete innerhalb der Grünen Linie besteht. Hamas wehrt sich auch gegen die stillschweigende Anerkennung Israels, die in der AFI enthalten ist und der sich Hamas nicht anschließen will, bevor die Anerkennung wechselseitig ist, d.h. bis Israel Hamas als eine legiti-

me Vertretung der Palästinenser anerkennt.

Als Absichtserklärung ist die AFI immer noch ein sehr relevantes Dokument. Doch abgesehen davon ist sie offensichtlich für viele in Israel keine ausreichend überzeugende Erklärung. Die 60 Jahre alte Frage bleibt daher bestehen: Was ist erforderlich, um den arabisch-israelischen Konflikt zu lösen und den Palästinensern eine würdige Eigenstaatlichkeit zu gewährleisten, eine friedliche Regelung mit Syrien und Sicherheit für die Israelis sowie Gerechtigkeit für die Flüchtlinge und umfassende Stabilität in der Region herbeizuführen?

Übersetzung: *Guido Meister-Weiß*

Anmerkung

* Der Beitrag beruht auf einem Vortrag, den der Autor am 26. Oktober 2009 auf der Jahrestagung des diAk in der Evangelischen Akademie Arnoldshain hielt.

Die Arabische Friedensinitiative: Interpretation und Zukunftsaussichten

Joshua Teitelbaum

Das Jerusalem Center for Public Affairs, ein unabhängiges Institut für Politikforschung und Erziehung, veröffentlichte im April 2009 eine Studie zur Arabischen Friedensinitiative (AFI). Aus dem umfassenden Gutachten, das sich auch mit dem Entstehungsprozess der Initiative beschäftigt und eine israelische Sicht repräsentiert, veröffentlicht israel & palästina Auszüge:*

Text- und Kontext-Analyse

Manche Forscher und Experten sind bisweilen der Ansicht, dass bei einer wörtlichen Analyse solcher Texte oftmals die Bedeutung der Geste verloren gehe. Doch der jordanische Außenminister Marwan Muasher, einer der Architekten der AFI, beschreibt selbst in seinem Buch, dass die arabischen Staatsführer lange um den Text gerungen hätten. Ganz offensichtlich maßen sie den Worten Bedeutung zu und daher sollten wir es ihnen gleich tun.

Muasher deutete an, worum es ihm bei den verschiedenen Formulierungen ging. „Wir reden hier nicht nur von einem Ende des Kriegszustands, sondern wir reden über Beziehungen“, sagte er der *New York Times*. „Es wird eine allgemeine Erklärung geben, der jeder zustimmen kann, doch man sollte nicht erwarten, dass jedes einzelne arabische Land die gleichen Beziehun-

gen mit Israel haben wird. Wird es zum Beispiel mit jedem Land einen Austausch von Theatergruppen geben? Das weiß ich nicht; das wird dann Gegenstand der Verhandlungen sein.“

Zu dem Zeitpunkt als die Arabische Friedensinitiative schließlich auf dem Arabischen Gipfel in Beirut verkündet wurde (27.-28. März 2002) war sie deutlich verändert worden, in erster Linie aufgrund des oben genannten Druckes von Syrien und Libanon. Die AFI wurde einstimmig angenommen. Dies ist bedeutsam, denn nach Artikel 7 der Charta der Arabischen Liga sind Resolutionen für Länder nur dann verbindlich, wenn sie dafür gestimmt haben.

Am Ende des Gipfels wurden zwei Dokumente veröffentlicht. Das erste wird im Arabischen die Beiruter Erklärung genannt (*I'lan Bayrut*) und wurde vom libanesischen Außenminister Mahmud Hammud vorgelesen. Sie

enthält, was im Allgemeinen als Arabische Friedensinitiative (AFI) bezeichnet wird. Das zweite und weniger bekannte Dokument ist die Abschlusserklärung des Gipfels (*al-Bayan al-Khitami*). Ebenso ist die Gipfel-Rede Prinz Abdullahs vom 27. März von Bedeutung, da sie – präzedenzlos und direkt – an das israelische Volk gerichtet ist:

„Gestatten Sie mir an dieser Stelle direkt das israelische Volk anzusprechen, um ihm zu sagen, dass die Anwendung von Gewalt seit mehr als fünfzig Jahren zu nur noch mehr Gewalt und Zerstörung geführt hat, und dass das israelische Volk noch nie soweit von Sicherheit und Frieden entfernt gewesen ist, völlig unabhängig von militärischer Überlegenheit und trotz aller Unterwerfungs- und Unterdrückungsversuche. Frieden entsteht im Herzen und im Geist und nicht im Lauf einer Kanone oder im explodierenden Sprengkopf einer Rakete. Die Zeit ist gekommen, dass Israel sein Vertrauen in Frieden legt, nachdem es seit Jahrzehnten sein Glück mit Krieg versucht hat. Israel und die Welt müssen verstehen, dass Frieden und das Einbehalten besetzter arabischer Gebiete unvereinbar sind, nicht miteinander versöhnt und erreicht werden können. Des Weiteren möchte ich dem israelischen Volk mitteilen, dass, sollte ihre Regierung die Politik der Gewalt und Unterdrückung aufgeben und sich dem wahren Frieden öffnen, wir nicht zögern werden, das Recht des isra-

elischen Volkes mit den Völkern der Region in Sicherheit zu leben, anzuerkennen.“

Der Text der Arabischen Friedensinitiative (AFI)

Die AFI besteht aus sieben Punkten und teilt sich in erster Linie in arabische und israelische Verpflichtungen.

Die Arabische Friedensinitiative

(Die Erklärung von Beirut, 27. - 28. März 2002)

Der Rat der Liga der Arabischen Staaten auf Gipfelebene in der 14. ordentlichen Sitzung,

- *bekräftigt die 1996 vom außerordentlichen arabischen Gipfel in Kairo gefasste Resolution, dass ein gerechter und umfassender Frieden im Nahen Osten eine strategische Option für die arabischen Staaten darstellt, in Übereinstimmung mit der internationalen Rechtsmäßigkeit erzielt werden muss und eine vergleichbare Verpflichtung von Seiten der israelischen Regierung erfordert.*
- *hat die Erklärung seiner königlichen Hoheit Prinz Abdullah Bin Abdula-ziz, dem Kronprinzen des Königreichs Saudi-Arabien gehört, in der seine Hoheit seine Initiative präsentierte, die*

einen vollständigen israelischen Rückzug von allen arabischen Territorien, die seit Juni 1967 besetzt sind, fordert, in Umsetzung der Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338, bekräftigt durch die Madrider Konferenz von 1991, und des Land-für-Frieden-Prinzips, und die israelische Akzeptanz eines unabhängigen palästinensischen Staates mit Ostjerusalem als Hauptstadt, im Tausch für die Etablierung normaler Beziehungen im Kontext eines umfassenden Friedens mit Israel.

[Die Etablierung „normaler Beziehungen“ (*'alaqat tabi'iyya*) ist zwar nicht so aussagekräftig wie „Normalisierung“ oder „Vollständige Normalisierung“ in der ursprünglichen Initiative Kronprinz Abdullahs, bezeichnet jedoch einen wesentlichen Fortschritt gegenüber früheren Formulierungen der Arabischen Liga, wie jene in Fez oder vor allem in Khartum 1967, in der bekannterweise „kein Frieden mit Israel, keine Anerkennung Israels, keine Verhandlungen mit Israel“ erklärt wurde]

Der Rat, ausgehend von der Überzeugung der arabischen Staaten, dass eine militärische Lösung des Konfliktes keinen Frieden erzielen und den Parteien keine Sicherheit bieten wird,

1. ruft Israel auf, seine Politik zu überprüfen und einen gerechten Frieden

ebenfalls zu seiner strategischen Option zu erklären,

2. ruft Israel des Weiteren auf zu bestätigen,

a. dass Israel sich komplett von allen seit 1967 besetzten Gebieten, einschließlich der syrischen Golan-Höhen und der noch besetzten libanesischen Gebiete im Südlibanon, zu den Linien vom 4. Juni 1967 zurückzieht,

[Diese Formulierung widerspricht der Resolution 242, die den Rückzug von Gebieten, nicht jedoch von allen Gebieten fordert. Indem sie festlegt, dass der Rückzug auf dem Golan zu den Linien vom 4. Juni 1967 erfolgen muss, lehnt die AFI die internationale Grenze, nach der der ganze See Genezareth sich in israelischen Händen befindet, ab, und positioniert die Syrer effektiv an die Ufer des Sees, Israel wichtigster Wasserquelle. Der israelische Rückzug aus dem Südlibanon wurde von der UN als Rückzug bis zur internationalen Grenze bestätigt.]

b. das Erreichen einer gerechten und abgestimmten Lösung für das palästinensische Flüchtlingsproblem in Übereinstimmung mit der Resolution 194 der UN-Vollversammlung,

[Diese Resolution gilt häufig als die Gewährleistung des palästinensischen

„Rückkehrrechts“ zu den Häusern, die sie verließen oder aus denen sie vertrieben wurden im Anschluss an die arabische Zurückweisung der UN-Teilung Palästinas in zwei Staaten von 1947 (UNGA 181). Israel hat die Resolution 194 stets aus dem Prinzip abgelehnt, dass sie die jüdische Identität Israels in Frage stelle und zusammen mit einem arabisch-palästinensischen Staat im Westjordanland und Gaza zu zwei palästinensischen Staaten, nicht einem jüdischen und einem palästinensischen führen würde. Dies hieße zwei Staaten für ein Volk, nicht zwei Staaten für zwei Völker. Vordergründig scheint die Festlegung, dass die Lösung der Flüchtlingsfrage „abgestimmt“ erfolgen werde, Israel Mitsprache am Wesen der Lösung zuzugestehen. Doch selbst wenn dem so wäre, wird diese Festlegung durch die Festlegung der Rücksiedlung der Flüchtlinge in Sektion 4 verunmöglicht.]

c. die Akzeptanz der Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates in den seit dem 4. Juni 1967 besetzten palästinensischen Gebieten im Westjordanland und im Gazastreifen, dessen Hauptstadt Ost-Jerusalem ist.

3. *bestätigt, dass die arabischen Staaten in Konsequenz:*

a. den arabisch-israelischen Konflikt für beendet erklären, eine Friedens-

vereinbarung mit Israel schließen und allen Staaten der Region Sicherheit bieten.

[Dies ist das erste Mal, dass arabische Staaten kollektiv bekundet haben, dass sie, wenn Israel seine Verpflichtungen gegenüber der AFI erfüllt hat, den arabisch-israelischen Konflikt ohne weitere Forderungen für beendet erklären. Und darüber hinaus versprechen sie, allen Staaten der Region, einschließlich Israel, Sicherheit zu bieten.]

b. im Rahmen dieses umfassenden Friedens normale Beziehungen zu Israel aufbauen.

[Obwohl die Formulierung „normale Beziehungen“ nicht an die „vollständige Normalisierung“ heranreicht, stellt sie doch einen bedeutenden Fortschritt gegenüber vergangenen Resolutionen dar. Im Arabischen konnotiert der Begriff der Normalisierung (*tatbi'*) die Zählung von Tieren, im klassischen Arabisch auch „Schmutz“ und „Infektion“.]

4. *garantiert die Ablehnung aller Formen palästinensischer Einbürgerung, die mit den jeweiligen Bedingungen in ihren arabischen Gastländern im Konflikt steht.*

[Wenn es eine Stelle gibt, die die AFI unmöglich macht, dann ist es diese.

Wenn die arabischen Länder die „Einbürgerung“ (arabisch *tawtin* – wörtlich Ansiedlung, auch wenn die offizielle Übersetzung Einbürgerung ist) von Flüchtlingen verweigern können, dann bleibt den Flüchtlingen nichts anderes übrig, als nach Israel zurückzukehren. Israel kann dem natürlich nicht zustimmen, womit durch diesen Absatz jegliche Abstimmung über die Flüchtlinge, die in Sektion 2(b) festgelegt wurde, zur logischen Unmöglichkeit wird. Muasher selbst realisierte, dass die Einbeziehung dieser Klausel es Israel sehr schwer machen würde, die AFI zu akzeptieren. Die Abschlusserklärung, die die AFI begleitete, war hinsichtlich der Flüchtlingsfrage sogar noch schärfer und forderte ausdrücklich alle palästinensischen Rechte, einschließlich der Garantie des „Rückkehrrechts (*ta'min haqq al-'awda*) für Palästinenser auf Grundlage der Resolutionen internationaler Rechtmäßigkeit und des Völkerrechts einschließlich der UN-Vollversammlungsrésolution 194,“ und der Ablehnung jeglicher Lösung, deren Bestandteil die „Ansiedlung [von Palästinensern] jenseits ihrer Heimat (*tatwinihm kharij dizarihim*)“ ist.]

5. ruft die israelische Regierung und alle Israelis auf, die Initiative zu akzeptieren, um die Aussichten auf Frieden zu gewährleisten und fortgesetztes Blutvergießen einzustellen, den arabischen

Ländern und Israel zu ermöglichen, in Frieden und guter Nachbarschaft zusammenzuleben und zukünftige Generationen mit Sicherheit, Stabilität und Wohlstand auszustatten.

[So wie bereits Kronprinz Abdullah in seiner Rede auf dem Gipfel adressiert dieser Aufruf zum Frieden direkt das israelische Volk und verspricht ihm eine gute Zukunft zusammen mit arabischen Staaten.]

- 6. lädt die internationale Gemeinschaft und alle Länder und Organisationen dazu ein, die Initiative zu unterstützen.*
- 7. bittet den Vorsitzenden des Gipfels ein Sonderkomitee einzurichten, bestehend aus davon betroffenen Mitgliedsstaaten und dem Generalsekretär der Liga der Arabischen Staaten, um die notwendigen Kontakte für die Unterstützung dieser Initiative auf allen Ebenen, insbesondere von den Vereinten Nationen, dem Sicherheitsrat, den Vereinigten Staaten von Amerika, der russischen Förderung, den islamischen Staaten und der Europäischen Union zu erhalten.*

Zukunftsansichten

Es besteht kein Zweifel darüber, dass verschiedene Aspekte der AFI bedeu-

tende und positive Entwicklungen in der offiziellen arabischen Perspektive auf die Position und Zukunft Israels im Nahen Osten darstellen. Zunächst, und vor allem, ist es ein Angebot, den Konflikt zu beenden. Verglichen mit den berüchtigten „Drei Neins“ von Khartum ist dies offensichtlich.

Schon allein aus diesem Grund sollte Israel diese Aspekte in einem positiven Licht darstellen – als bedeutende Angelegenheit in jedweder Diskussion eines arabisch-israelischen Friedens. Es sollte jedoch davon absehen, die AFI als *Grundlage* für die Friedensverhandlungen zu akzeptieren, denn sie enthält, wie weiter oben diskutiert ernsthaft zu beanstandende Elemente. Israel sollte ebenso den „Alles-oder-Nichts“-Ansatz der Saudis und der Arabischen Liga ablehnen. Die Schaffung eines Friedens liegt im Verhandlungsprozess, nicht im *Diktat*.

Es ist wahrscheinlich – v.a. nachdem Hamas im Dezember 2008 den Waffenstillstand von Gaza gebrochen hatte, was zu einem neuen Konfliktausbruch und dem schließlichen israelischen Einmarsch in Gaza führte –, dass die neue Obama-Administration in Washington einen neuen diplomatischen Vorstoß unter Rückgriff auf die AFI unternimmt. Auf einem von Qatar einberufenen arabischen Dringlichkeitsgipfeln in Doha vom 16. Januar 2009 (der von Ägypten, Jordanien und

Saudi Arabien boykottiert wurde) erklärte der syrische Präsident, dass die AFI „tot“ sei. Am 19. Januar trafen sich die arabischen Staatschefs erneut in Kuwait für einen bereits zuvor geplanten Gipfel zur arabischen Kooperation. Auch wenn er die AFI nicht zurückzog, sagte der saudische König Abdullah gegenüber den versammelten Führern: „Israel muss verstehen, dass die Wahl zwischen Krieg und Frieden nicht für immer offen und die auf den Tisch gelegte Arabische Friedensinitiative nicht für alle Zeit dort bleiben wird.“ Ähnliche Ansichten wurden vom Generalsekretär der Arabischen Liga Amr Moussa wiederholt.

Andere führende Saudis gingen weiter und drohten der internationalen Gemeinschaft und sogar den amerikanisch-saudischen Beziehungen. Außenminister Sa'ud al-Faysal warnte die Weltgemeinschaft in einer Rede vor dem UN-Sicherheitsrat: „Entweder befasst sich der Sicherheitsrat ernsthaft und verantwortungsvoll mit unseren legitimen Anliegen auf Grundlage dieser Prinzipien oder wir sehen uns gezwungen, uns abzuwenden und zu sehen, was für Optionen sich dann ergeben.“ In einem häufig zitierten Artikel in der *Financial Times* warnte der ehemalige saudische Botschafter in Amerika Turki al-Faysal die neue Obama-Administration mit scharfen Worten: „Wenn die Vereinigten Staaten

weiterhin eine führende Rolle im Nahen Osten spielen und ihre strategischen Allianzen intakt halten wollen – v.a. ihre ‚besonderen Beziehungen‘ mit Saudi Arabien – dann sollten sie ihre Politik für Israel und Palästina drastisch überarbeiten.“

Präsident Obama hat jedoch bereits angedeutet, dass seine Ansichten eher der israelischen Position zur AFI nahe stehen. Als das US-Außenministerium George Mitchell zum Nahostsonderbeauftragten ernannte, erklärte Obama: „Die Arabische Friedensinitiative enthält konstruktive Elemente, die diese [Friedens-]Bemühungen voranbringen können. Nun liegt es an den arabischen Staaten, das Versprechen der Initiative einzulösen und die palästinensische Regierung unter Präsident Abbas und Premierminister Fayyad zu unterstützen, Schritte zur Normalisierung der Beziehungen mit Israel einzuleiten und den Extremismus zu konfrontieren, der uns alle bedroht.“ Weder rief er Israel dazu auf, die AFI vollständig zu übernehmen, noch argumentierte er mit der Entweder-Oder-Haltung der arabischen Führer. Stattdessen akzeptierte er die israelische Position, dass die AFI „konstruktive Elemente“ enthalte und – noch viel wichtiger – betonte, dass die arabischen Staaten eine Normalisierung mit Israel einleiten sollten, von der die arabischen Führer stets gesagt hatten, sie würden damit warten, bis

Israel die AFI in Gänze akzeptiere. Obamas Position zeugte von einem vollen und nuancierten Verständnis der Komplexität der Lage.

Obama sollte sich nicht von saudischen Drohungen einschüchtern lassen. Es mag sein, dass alte Krieger wie Turki oder Sa’ud glauben, dass die Zeit reif sei, einen jungen, neuen Präsidenten unter Druck zu setzen, doch im Innersten wissen auch sie, dass, trotz allen Geldes, das Haus Saud der Vereinigten Staaten weitaus mehr bedarf als die Vereinigten Staaten des Hauses Saud bedürfen.

Die Initiative ergreifen

V.a. nach der Gaza-Operation, die zu vielen zivilen Opfern geführt hat, trotz der israelischen Bemühungen, sie zu verhindern, scheint dem Frieden am besten gedient, wenn Israel in die diplomatische Offensive geht und eine eigene Initiative präsentiert, um die AFI nicht als einzige Option im Raum zu lassen. Diese Initiative sollte die positiven Aspekte der AFI unterstreichen und eine Einladung an die arabischen Führer aussprechen, sich in Israel zu treffen, um die AFI in ihrer Gänze zu besprechen. Dem Frieden wäre nicht gedient, wenn Israel die negativen Aspekte der AFI (Flüchtlinge, Rückkehr zu den Linien von 1967) als Ausgangsbasis einer Diskus-

sion nimmt, doch man kann sie sicher diskutieren. Die Israelis sollten den arabischen Bluff als solchen benennen.

Als Teil dieser diplomatischen Initiative sollte Israel den Arabern deutlich machen, dass sie sich von der Vorstellung verabschieden müssen, dass die palästinensischen Flüchtlinge in Israel siedeln dürfen. Für den Diskurs heißt dies, dass man damit beginnen sollte, von der Rückkehr nach Palästina – also einem zukünftigen palästinensischen Staat neben Israel – zu sprechen und nicht von einer Rückkehr in ihre Heime, wie noch in der Resolution 194.

Doch wenn sich die Parteien derart weit auseinander befinden, dann muss auch alles neu Verpacken, Ergänzen und Verbessern der Atmosphäre an seine Grenzen stoßen. Keine heute in Israel gewählte Regierung kann ein den Arabern akzeptables Angebot machen und überleben. Und genauso unwahrscheinlich ist, dass eine schwache palästinensische Führung, sei sie Hamas oder Fatah, in der Lage wäre, Israel ein akzeptables Angebot zu unterbreiten und sich an der Macht zu halten.

Die regionalen Bedrohungen, in erster Linie in Form des Iran und des islamischen Fundamentalismus, stellen nach wie vor ein Kooperationsfeld für Israel und die gemäßigten arabischen Staaten dar, ohne direkten Bezug zu einem Fortschritt im israelisch-palästinensischen Konflikt. Diese Zusam-

menarbeit bedarf auch keiner Öffentlichkeit.

Zudem scheint es lohnenswert, sich die „Normalisierungsschritte“, die in Folge der Madrider Friedenskonferenz von 1991 unternommen wurden, noch einmal vor Augen zu führen, welche verschiedene Aspekte der regionalen Zusammenarbeit in Form von multilateralen Arbeitsgruppen beinhalteten. Abhängig davon, wie eine Wiedereröffnung dieser multilateralen Treffen bewerkstelligt wird, besteht die Möglichkeit, dass sie die allgemeine Atmosphäre verbessern und damit den Weg für zukünftige Vereinbarungen ebnen könnten. Dies wäre auch im Sinne des von Präsident Obama geforderten Beginns einer Normalisierung von Seiten der arabischen Staaten gegenüber Israel.

Schließlich kommt es darauf an, dass die gemäßigten arabischen Staaten ihre guten Beziehungen nutzen, um ihre palästinensischen Brüder dazu zu ermutigen, realistischer darüber zu sein, was sie erreichen können. Wären die Gemäßigten dabei erfolgreich, so würde dies viel dazu beitragen, das Feuer des israelisch-palästinensischen Konfliktes zu bändigen und das Bemühen auf die wirklichen Gefahren für den Weltfrieden zu lenken.

Anmerkung

- * Die vollständige Studie ist online zugänglich: <http://www.jer-zentrum.org/ViewArticle.aspx?ArticleId=190>

Die Arabische Friedensinitiative und die internationale Gemeinschaft: Lippenbekenntnisse oder echtes Engagement?*

Muriel Asseburg

Mit Fug und Recht kann behauptet werden: Es hat keinen Mangel an deklaratorischer Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für die Arabische Friedensinitiative gegeben. So nimmt etwa die Roadmap von 2003 explizit auf die Initiative Bezug, und die EU-Ratsschlussfolgerungen weisen regelmäßig darauf hin, dass die Initiative ein wichtiges Element der internationalen Friedensbemühungen ist. Außerdem hat es durchaus ein reales Engagement der internationalen Gemeinschaft, insbesondere der USA und der EU, gegeben, um diese Friedensinitiative zu unterstützen. Dieses Engagement geht über rein deklaratorische Stellungnahmen hinaus. Es handelt sich insofern um ein „echtes Engagement“, als dass die USA und die Europäer großes Interesse daran haben, die arabischen Staaten verstärkt in die Bemühungen um Friedensregelungen in der Region einzubinden und sie stärker in die Verantwortung zu nehmen. Zu einem darüber hinaus gehenden kooperativen, arbeitsteiligen Vorgehen auf Augenhöhe hat dies al-

lerdings bislang nicht geführt. Letztlich haben sich die USA und die Europäer seit 2002 vor allem deshalb immer wieder auf die Arabische Friedensinitiative berufen, um ihren eigenen Initiativen im Nahen Osten mehr Legitimität zu verschaffen.

Phasen und Motive des internationalen Engagements

Dies ist in drei Phasen (Roadmap-Prozess, Annapolis-Prozess und die Bemühungen der Obama-Administration) besonders deutlich geworden und wird durch die entsprechenden Dokumente illustriert. Zunächst springt dabei ins Auge, dass die von den USA angeführte internationale Gemeinschaft grundsätzlich einen *hands-off approach* gegenüber dem Friedensprozess anwendeten, sich aber immer dann gezwungen sahen, sich stärker zu engagieren, wenn die Gewalt in der Region eskalierte – etwa nach der *Operation Defensive Shield* und der Wiederbesetzung der palästinensischen Städte in der Westbank im März/April 2002,

nach dem Libanon-Krieg 2006 und nach dem Gaza-Krieg zur Jahreswende 2008/2009. Gleichwohl war es nicht nur die Absicht, eine weitere Eskalation zu verhindern bzw. die Situation nach den kriegerischen Auseinandersetzungen zu nutzen, um Fortschritte im Hinblick auf Konfliktregelung zu erzielen, die das Engagement antrieb.

Hinzu sind jeweils auch andere Motivationen gekommen – 2002/2003 im Hinblick auf den Irak-Krieg die Intention, die arabischen Staaten einzubinden und auf Seiten der USA zu bringen; 2007 der Versuch, die politische Polarisierung in der arabischen Welt, inklusive der palästinensischen Gebiete, für eine neue Friedensinitiative zu nutzen – in der Annahme, dass das Interesse der sogenannten „moderaten“ Kräfte zu einer Regelung zu kommen, dadurch gestiegen sei; und, ähnlich gelagert, unter der Obama-Administration, die Polarisierung im Zusammenhang mit dem Nuklearkonflikt mit dem Iran (also die Perzeption, Iran und seine Verbündeten vs. Israel, die westliche Staatengemeinschaft und die „moderaten“ arabischen Staaten) zu nutzen, um das pro-westliche Lager zu stärken und Fortschritte im Hinblick auf eine Friedensregelung zu erzielen.

Dies hat allerdings bei der Umsetzung der jeweiligen Friedensinitiativen nicht zu einer konkreten, arbeitsteiligen Kooperation zwischen der von den

USA angeführten internationalen Gemeinschaft und der Arabischen Liga geführt. Dies kann anhand einiger Dokumente illustriert werden, in denen auf die Arabische Friedensinitiative Bezug genommen wird. Das erste Dokument ist die Sicherheitsratsresolution 1397 vom 12. März 2002. Diese begrüßt nicht nur die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, insbesondere derjenigen Akteure, die kurz darauf das Quartett bilden sollten, also der USA, Russlands, der EU und der Vereinten Nationen, sondern auch den Beitrag des saudi-arabischen Kronprinzen Abdallah, also das, was der Gipfel der Arabischen Liga in Beirut dann im April 2002 als Arabische Friedensinitiative verabschieden würde.

Die Roadmap und der Roadmap-Prozess

Das zweite Dokument ist die Roadmap vom April 2003. In dieser wird schon in der Präambel auf die Arabische Friedensinitiative Bezug genommen: „This initiative is a vital element of international efforts to promote a comprehensive peace on all tracks.“ Allerdings wird der Arabischen Liga in der Roadmap keine konkrete Rolle in den drei Phasen, die zu einem Frieden in der Region führen sollten, zugewiesen. Einzelne arabische Staaten hingegen sollen durchaus eine Rolle spielen: in

der ersten vertrauensbildenden Phase beim Training palästinensischer Sicherheitskräfte durch Ägypten und Jordanien sowie durch das Unterlassen der Finanzierung von Gruppen, die Gewalt und Terrorismus verüben seitens aller (arabischen) Staaten.

In der zweiten Phase, in der ein palästinensischer Staat mit vorläufigen Grenzen etabliert werden soll, sollen die arabischen Staaten ihre Beziehungen mit Israel wieder auf den Stand von vor Ausbruch der zweiten Intifada bringen. In dieser Phase sollen auch die multilateralen Verhandlungen wiederbelebt und ein umfassender Friedensprozess eingeleitet werden.

In der dritten Phase sollen die endgültigen Grenzen des palästinensischen Staates in Verhandlungen festgelegt und ein umfassender Frieden etabliert werden. Letzterer schließt auch die umfassende Normalisierung der Beziehungen zwischen den arabischen Staaten und Israel ein. Dass die Normalisierung der israelisch-arabischen Beziehungen *nach* dem Ende der Besatzung und einer einvernehmlichen Regelung der Flüchtlingsfrage erfolgen soll, wird also in der Roadmap bestätigt. Dieser Ansatz führt das Prinzip „Land für Frieden“, den nicht zuletzt in Madrid bestätigten Ansatz für eine regionale Konfliktregelung, weiter aus. Doch der Roadmap-Prozess verlief schnell im Sande.

Der Annapolis-Prozess

Im Vorfeld des Annapolis-Gipfels vom November 2007 gab es intensive Bemühungen, um eine möglichst große arabische und islamische Präsenz zu gewährleisten und damit die Legitimität dieses Neuansatzes auf möglichst breite Füße zu stellen. Dabei machten die Europäer es sich zur Aufgabe, die diesbezüglichen amerikanischen Anstrengungen zu unterstützen. Deutschland etwa bemühte sich als EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte des Jahres 2007 durch eine intensive Reisediplomatie darum, in der arabischen Welt ein positives Echo auf die avisierte Wiederaufnahme des Friedensprozesses zu erzeugen. Dies war insofern erfolgreich, als in Annapolis eine beachtliche Zahl hochrangiger Vertreter arabischer und islamischer Staaten anwesend war.

Umso mehr fällt auf, dass im Abschlussdokument des Gipfels – der vom damaligen amerikanischen Präsidenten George W. Bush verlesenen Deklaration – weder auf die Arabische Friedensinitiative Bezug genommen wird, noch für die arabischen Staaten, die Arabische Liga oder das *Follow-up*-Komitee der Arabischen Liga für die Friedensinitiative irgendeine Rolle vorgesehen ist. Aber nicht nur die arabischen Staaten blieben außen vor, auch dem Quartett wurde keine Aufgabe zuge-

dacht. In Annapolis wurde vielmehr ein Prozess eingeleitet, der sehr stark durch die USA dominiert wurde, und zwar sowohl, was die Führungsrolle als auch was das *Monitoring* angeht – im Vergleich dazu war in der Roadmap noch ein Aufsichtsmechanismus vorgesehen, in dem die USA, die EU und die VN unterschiedliche *Monitoring*-Aufgaben übernehmen sollten. In der Realität hatte dieser Mechanismus allerdings nicht funktioniert.

Obamas Engagement im Friedensprozess

Bemerkenswert ist, dass US-Präsident Barack Obama in den wichtigen Reden zum Nahen Osten bzw. zur arabischen Welt, die er im ersten Amtsjahr zum Beispiel in der Türkei, in Kairo und vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen gehalten hat, nicht explizit auf die Arabische Friedensinitiative Bezug genommen hat. Zwar stellte Obama vor der Generalversammlung kooperative Ansätze in Aussicht und betonte in diesem Zusammenhang auch: „In pursuit of that goal we will develop regional initiatives with multilateral participation alongside bilateral negotiations.“ Die Arabische Friedensinitiative oder arabische Staaten erwähnte er dabei jedoch nicht direkt. Dennoch: Obama ist derjenige US-Präsident, der versucht hat, das Poten-

tial der Arabischen Friedensinitiative zu nutzen und sie zu einem tragenden Element des amerikanischen Ansatzes gegenüber der Region auszubauen.

In seiner vielbeachteten Kairo-Rede vom Juni 2009 verlich US-Präsident Obama seinem Willen Ausdruck, die Beziehungen der USA zu den islamisch geprägten Ländern auf eine neue, von gegenseitigem Respekt bestimmte Grundlage zu stellen. Ein zentrales Element bei diesem Neubeginn sollte eine ausgewogenere Haltung der US-Administration im israelisch-palästinensischen Konflikt und ein „aggressives Engagement“ zu dessen Befriedung sein. Vertrauensbildende Maßnahmen sollten zunächst – nach dem Gaza-Krieg zur Jahreswende 2008/2009 – eine konstruktive Atmosphäre für die Wiederaufnahme von Verhandlungen schaffen. In diesem Sinne erwirkte die US-Administration von Benjamin Netanjahu, der im März 2009 sein Amt als Premierminister einer rechtsgerichteten Regierungskoalition angetreten hatte, ein Lippenbekenntnis zu einer Zweistaatenlösung. Und sie versuchte – letztlich erfolglos –, die israelische Regierung auf einen vollständigen Siedlungsstopp in den besetzten Gebieten zu verpflichten. Im Gegenzug sollten Washingtons arabische Verbündete gegenüber Israel vertrauensbildende Signale aussenden und Maßnahmen zur Normalisierung der Beziehungen

einleiten, etwa durch die (Wieder-) Eröffnung von Handelsvertretungen oder Gewährung von Überflugrechten. Dabei war Obamas Überlegung, die Attraktivität und Glaubwürdigkeit der Arabischen Friedensinitiative dadurch zu erhöhen, dass die arabischen Staaten vertrauensbildende Maßnahmen ergreifen würden. Diese würden dann wiederum die Israelis davon überzeugen, dass die arabische Seite auch wirklich daran interessiert sei, den Zustand zu erreichen, der in der Arabischen Friedensinitiative geschildert wird – also eine umfassende Friedenslösung in der Region, in der Israel in gutnachbarschaftlicher Beziehung mit seinen arabischen Nachbarn existiert. Damit wären allerdings einige der Schritte hin zu einer Anerkennung Israels vorweggenommen worden, die die Arabische Friedensinitiative erst für den Fall einer Beendigung der israelischen Besatzungsherrschaft und der einvernehmlichen Regelung der Flüchtlingsfrage vorsieht. Gleichzeitig sollten – so die Obama-Administration – die arabischen Staaten vor allem dabei stärker einbezogen werden, den Wiederaufbau in den palästinensischen Gebieten zu finanzieren sowie Institutionenbildung und den Aufbau von *Governance*-Strukturen zu unterstützen.

Eine grundlegende Idee der Obama-Administration war dabei das gemeinsame Interesse der arabischen

Staaten, Israels und der westlichen Staatengemeinschaft daran, eine Nuklearisierung des Iran zu verhindern, zu nutzen, um vertrauensbildende Schritte in der Region zu befördern. Dieser Ansatz war allerdings von Anfang an fehlgeleitet. Denn nach dem Scheitern des von George W. Bush im November 2007 eingeleiteten Annapolis-Prozesses, nach dem Gaza-Krieg zur Jahreswende 2008/2009 und angesichts der aggressiven anti-arabischen Rhetorik des israelischen Außenministers Avigdor Lieberman war es wenig verwunderlich, dass die arabischen Staaten sich nicht in einer Bringschuld gegenüber Israel sahen.

Darüber hinaus betrachten sie die in der Initiative von 2002 formulierten Bedingungen für eine Anerkennung Israels und die Normalisierung der Beziehungen als nicht verhandelbar. Und letztlich hätten Maßnahmen, die tatsächlich Eindruck auf die öffentliche Meinung in Israel hätten machen können, wesentlich weiter gehen müssen, als Washington es forderte – vergleichbar etwa dem Besuch des damaligen ägyptischen Präsidenten Anwar al-Sadat 1977 in Jerusalem. Solche Schritte aber waren angesichts der öffentlichen Meinung in der Region unvorstellbar. Vertreter arabischer Staaten, wie der saudische und der jordanische Außenminister, machten denn auch im Sommer 2009 unmissverständlich klar, dass

sie vertrauensbildende Maßnahmen und Schritte der Normalisierung für einen Umweg hielten, der eher davon abführte, endlich die wichtigen Endstatusfragen anzugehen. So wurde zwar letztlich von kleineren Golfstaaten angeboten, wieder Handelsmissionen zu eröffnen, aber eine tatsächliche Verbesserung des Klimas konnte nicht erzielt werden. Eine weitere Ursache dafür war, dass auch die Netanjahu-Regierung ihren Teil des vorgeschlagenen *freeze for thaw*-Handels nicht zu erfüllen bereit war, also eben keinen vollständigen Siedlungsstopp verkündete.

Auch die Europäer haben die Arabische Friedensinitiative als Anknüpfungspunkt gesehen, um die arabischen Staaten stärker in die Verantwortung zu nehmen, um eine größere Inklusivität und regionale Unterstützung für Friedensverhandlungen zu generieren und um letztlich die Akzeptanz für eine Friedenslösung zu erhöhen. Deshalb haben sie sich insbesondere im Vorfeld des Annapolis-Gipfels dafür eingesetzt, die Araber mit an Bord zu holen. Zudem haben die Europäer, und das gilt insbesondere für Deutschland, mit dem Ziel, ein konstruktives Klima in der Region herbeizuführen, im Frühjahr/Sommer 2009 eine intensive Reisediplomatie gepflegt, um arabische Regierungen davon zu überzeugen, die Arabische Friedensinitiative auf den

Kopf zu stellen. Letztlich ist es aber nicht gelungen, ein vertrauensvolles Klima zu schaffen, in dem Verhandlungen wieder in Gang gesetzt und konstruktiv geführt werden können, wie es die Obama-Administration avisiert hatte.

Wie weiter?

Nach wie vor sind es weder die Europäer noch die regionalen Führungsmächte, die eine Konfliktregelung herbeiführen werden – ohne ein aktives Engagement der USA werden kaum, gegen die USA werden keine Fortschritte erzielt werden können. Zudem werden es die Konfliktparteien ohne ein zielgerichtetes internationales Engagement nicht schaffen, sich aus der Spirale der Gewalt und des gegenseitigen Misstrauens zu befreien. Dazu bedarf es einer Perspektive, die von außen vorgegeben wird – in Form einer Blaupause für die Regelung des Konflikts, die die wesentlichen, längst bekannten Prinzipien einer Regelung festhält – und eines aktiven und konsistenten Begleitens von Verhandlungen über die Details der Regelung sowie ihrer Umsetzung. Nur durch eine glaubwürdige Friedensperspektive kann es tatsächlich gelingen, die Friedenskräfte in den Gesellschaften ausreichend zu stärken. Das impliziert auch, dass die internationale Gemein-

schaft, angeführt von den USA, bereit sein muss, nicht nur in Verhandlungen aktiv zu vermitteln, sondern auch die Umsetzung durch ein objektives *Monitoring* zu begleiten und Fehlverhalten zu sanktionieren. Ist diese Bereitschaft nicht vorhanden, sollte man auch auf einen weiteren Gipfel wie in Annapolis verzichten.

Was heißt das für die Kooperation der USA und der Europäer mit der Arabischen Liga und den arabischen Staaten? Hier sind insbesondere zwei Punkte relevant:

- Der erste betrifft die Arbeitsteilung, die sich mit einigen arabischen Staaten herausgebildet hat, nämlich dass der „Westen“ letztere zunächst darin unterstützt hat, zwischen Akteuren zu vermitteln, mit denen der Westen (zum Teil) selbst nicht sprechen will – in erster Linie zwischen den palästinensischen Kontrahenten Fatah und Hamas. In der Folge hat der Westen dann allerdings diese Arbeitsteilung und das Standing der regionalen Akteure unterminiert, indem er nicht erfüllbare Vorgaben gemacht hat. Dies bezieht sich insbesondere auf die Unterminierung des Abkommens über eine palästinensische Einheitsregierung, das die Saudis im Frühjahr 2007 in Mekka vermittelten, durch den Westen, aber auch auf die derzeitigen Bemü-

hungen der ägyptischen Regierung, zwischen den palästinensischen Gruppierungen ein Machtteilungsabkommen zustande zu bringen. Die USA und die EU haben das Mekka-Abkommen unterminiert: die USA durch Ausrüstungshilfe für Fatah-Kräfte, die EU dadurch, dass sie die Budgethilfe für die Einheitsregierung nicht wieder aufnahm, USA und EU durch klare Signale, dass eine Regierung, die Hamas-Vertreter umfasst, kein willkommener Partner ist. Diese Haltung, die nach wie vor andauert, und das Bestehen auf der Erfüllung der sogenannten Quartett-Kriterien durch jegliche palästinensische Regierung ist insbesondere deshalb nicht zielführend, weil es ohne einen Minimalkonsens zwischen den palästinensischen Kontrahenten kaum möglich sein wird, die gravierenden Probleme zu lösen, mit denen die Palästinenser konfrontiert sind – insbesondere die Blockade des Gazastreifens mit ihren verheerenden Auswirkungen.

- Der zweite Punkt wäre, eine engere Kooperation zwischen dem Quartett auf der einen und dem so genannten Arabischen Quartett auf der anderen Seite anzustreben, also den Vertretern Ägyptens, Jordaniens, Saudi-Arabiens und eines der kleineren Golfstaaten. Hier wäre nicht nur eine enge und kontinuierliche Abstim-

mung auf Regierungsebene in Bezug auf die Wiederaufnahme eines ziel-führenden Friedensprozesses sinnvoll. Beide Seiten sollten sich auch Gedanken darüber machen, was sie jeweils zum Abschluss und zur Implementierung eines Abkommens beitragen können – vor allem mit dem Ziel, die großen Divergenzen zwischen den Konfliktparteien in Bezug auf Endstatusfragen zu überbrücken. Das betrifft zum Beispiel die Flüchtlingsfrage. Es betrifft auch die Frage einer internationalen Präsenz in den palästinensischen Gebieten für eine Übergangsphase. Hierbei könnte es zudem um das Ausbuchstabieren der Arabischen Friedensinitiative gehen – nicht im Sinne des geschilderten *freeze for thaw*-Ansatzes, sondern mit dem Ziel, eine Konkretisierung zu erarbeiten, die darlegt, wie eine Friedensregelung zwischen Israel und den arabischen Staaten konkret aussehen könnte – zum Beispiel in den Bereichen Tourismus, Infrastruktur, Handel, Kulturaustausch, Investitionen, etc. – und welche Maßnahmen hilfreich bzw. nötig wären, um diese für alle Seiten attraktiv zu machen.

Der Beitrag beruht auf einem Vortrag, den die Autorin am 26. Oktober 2009 auf der Jahrestagung des diAk in der Evangelischen Akademie Arnoldshain hielt.

Kampf dem Stillstand: Europa kann mehr für den Frieden in Nahost tun

24 ehemalige deutsche Diplomaten und Botschafter fassten in fünf Thesen, die zum ersten Mal am 7. Dezember in der Süddeutschen Zeitung veröffentlicht wurden, zusammen, wie Europa den Stillstand im nahöstlichen Friedensprozess überwinden kann.

I.

Der Konflikt berührt wesentliche europäische und damit deutsche Interessen, die mit dem gegenwärtigen Stillstand der Bemühungen um einen Frieden in Nahen Osten nicht vereinbar sind.

Der Nahostkonflikt ist ein Nährboden für extremistische Bewegungen, welche die öffentliche Sicherheit nicht nur in der Region selbst, sondern auch in Europa und in anderen Teilen der Welt ernsthaft gefährden. Die Radikalisierung in Israel und in den palästinensischen Gebieten schwächt die gemäßigten politischen Kräfte in der Region, die von größter langfristiger Bedeutung für die Befriedung des Nahen Ostens sind.

Der Konflikt ist ein Kristallisationspunkt, an dem sich Kritik und Hass gegenüber dem Westen immer wieder entzünden. Die negative Wahrnehmung der bisherigen europäischen und amerikanischen Nahostpolitik, die in der Region vorherrscht, wird nur durch einen fairen Ausgleich legitimer israelischer und palästinensischer Interessen abgebaut werden können.

Deutschland hat sich zum Schutz der Sicherheit Israels als geschichtliches Vermächtnis verpflichtet. Eine wirkliche Sicherheit kann jedoch nur auf politischem Wege hergestellt werden, nicht durch Besetzung und Besiedlung oder das Vertrauen auf militärische Überlegenheit, sondern durch einen Rückzug aus den besetzten Gebieten und eine darauf folgende palästinensische Staatlichkeit. Israel wird nicht darauf hoffen können, sowohl den Frieden zu gewinnen als auch die palästinensischen Territorien zu behalten.

Und schließlich gehört die Stärkung des Völkerrechts, der Internationalen Gerichtsbarkeit und der Vereinten Nationen zum Kernbestand deutscher Außenpolitik. Den Genfer Konventionen kommt im Nahostkonflikt besondere Bedeutung zu. Ihrer Verletzung durch beide Seiten muss entgegengewirkt werden, ebenso wie der Missachtung der Vereinten Nationen.

II.

Es erscheint unerlässlich, im Rahmen der europäischen Nahostpolitik und in enger Abstimmung mit den USA

über Maßnahmen nachzudenken, die den Forderungen an die Konfliktparteien auf Beendigung der Auseinandersetzung den notwendigen Nachdruck verleihen.

Die deutschen und europäischen Erklärungen zum Nahostkonflikt sind von beiden Seiten weitgehend ignoriert worden. Ein wesentlicher Grund für ihre Wirkungslosigkeit liegt in dem Verzicht, den Konfliktpartnern eine entschlossenerere Gangart bei der Verwirklichung der Zwei-Staatenlösung zu signalisieren. So könnte z.B. die Aufrechterhaltung bestimmter Vergünstigungen oder von Transferleistungen an die eine oder andere Seite, aber auch eine stärkere Annäherung an die Europäische Union von konkreten Fortschritten bei der Konfliktbereinigung abhängig gemacht werden. Dieser Grundsatz sollte natürlich auch für die unausweichliche Einbindung der Hamas in den politischen Prozess und für die unerlässliche dauerhafte Öffnung der Grenzübergänge zum Gazastreifen gelten.

Deutschland wird diese Maßnahmen nicht initiieren, sollte sich ihnen aber auch nicht widersetzen. Wir meinen, dass eine Nahostpolitik ohne Nachdruck den Gestaltungsspielraum einengt, der erforderlich ist, um Hindernisse für den Frieden – allen voran die Siedlungspolitik – wirkungsvoll abbauen zu können.

III.

Die detaillierte Ausformulierung eines umfassenden Friedensabkommens liegt auf dem Tisch.

Die sog. „Genfer Initiative“ wurde 2003 von namhaften Israelis und Palästinensern ausgehandelt. Der Vertragsentwurf enthält realistische Kompromissformeln zu allen wesentlichen Fragen des Konflikts: Errichtung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 (minus gegenseitig vereinbarten Landtauschs, der die Einbeziehung der großen grenznahen Siedlungsblöcke in den israelischen Staat gegen entsprechende territoriale Kompensation an anderer Stelle ermöglicht); Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten mit territorial getrennter Souveränität; eine realistische Regelung der Flüchtlingsfrage, die israelische Sicherheitsbedürfnisse ebenso berücksichtigt wie die notwendige Entschädigung der Flüchtlinge; Palästina als entmilitarisierter Staat; Stationierung einer multinationalen Truppe auf palästinensischem Gebiet während des Rückzugs der israelischen Besatzungstruppen sowie Einrichtung einer internationalen Implementierungs- und Verifikationsgruppe zur Überwachung der Vereinbarungen. Zusammen mit dem Angebot aller 22 Staaten der Arabischen Liga zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den arabischen Staaten und Israel unter der Bedingung eines Rückzugs aus den

besetzten Gebieten („Arabische Friedensinitiative“ 2002) bestehen hiermit neben den bestehenden Vereinbarungen weitere Grundlagen für die Verhandlungen über eine gesicherte Zukunft von Israelis und Palästinensern durch Ausgleich ihrer legitimen Interessen. Die EU sollte die Genfer Initiative und die Arabische Friedensinitiative in ihre zukünftige Nahostpolitik einbeziehen.

IV.

Das entschlossenere Eintreten für die Zwei-Staaten-Lösung wird nicht verkennen, dass ein Rückzug aus den besetzten Gebieten eine schwere Belastungsprobe für Politik und Gesellschaft in Israel bedeutet. Die Gründe hierfür liegen in der Furcht vor innenpolitischen Auseinandersetzungen und in der Sorge um die nationale Sicherheit. Angesichts von Israels hochgerüsteter, nuklearbewehrter Militärmacht, der amerikanischen Garantien, der europäischen Solidarität sowie der grundsätzlichen Bereitschaft der arabischen Staaten zu einem Friedensvertrag mit Israel kann von einer Existenzbedrohung Israels durch einen Staat der Palästinenser nicht mehr ernsthaft gesprochen werden. Das Gegenteil ist der Fall: Eine Fortsetzung den Konfliktes steht der Stabilisierung der ganzen Region entgegen und birgt unvorhersehbare Risiken.

V.

Deutschland wird mit einer Nahostpolitik, die – ohne die deutsch-jüdische Vergangenheit zu vergessen – sich an den dringenden Erfordernissen der Zukunft orientiert, nicht nur in der eigenen, sondern auch in Teilen der israelischen Öffentlichkeit Verständnis und Unterstützung finden.

Die israelisch-palästinensische Auseinandersetzung bewegt viele Deutsche. Wir möchten mit diesen Überlegungen einen Beitrag zu der öffentlichen Diskussion leisten, zumal auch die neue Bundesregierung vor der Herausforderung stehen wird, dazu beizutragen, das Gewicht der Europäischen Union in einen erneuten Anlauf zu einer Bereinigung des nunmehr bereits sechzig Jahre dauernden Konflikts einzubringen.

Wolfgang Erck, Dr. Gerhard Fulda, Dr. Helmut Frick, Ekkehard Hallensleben, Dr. Martin Hecker, Dr. Jürgen Hellner, Dr. Herbert Hoffmann-Loss, Dr. Peter Christian Hauswedell, Mdg.a.D., Dr. Wilfried Hofmann, Dr. Michael Libal, Rüdiger Lemp, Kurt Leonberger, Dr. Gunter Mulack, Dr. Gerhard Müller-Chorus, Juergen Oestreich, Dr. Helmut Rau, Rolf Schumacher, Dr. Hans-Lothar Steppan, Ulrich Schöning, Helmuth Schroeder, Dr. Martin Schneller, Dr. Klaus Terfloth, Dr. Hans Georg Wieck, Dr. Bernd Wulffen

Aufruf palästinensischer Christen und Christinnen zur Beendigung der Besatzung

Eine Gruppe palästinensischer Christen und Christinnen aus mehreren Kirchen und kirchlichen Organisationen veröffentlichte am 9. Dezember 2009 einen Aufruf zur Beendigung der Besatzung Palästinas durch Israel. Der Appell wird in Anlehnung an einen ähnlichen Aufruf, den südafrikanische Kirchen 1985 auf dem Höhepunkt der Unterdrückung unter dem Apartheidregime erlassen haben, „Kairos Palästina-Dokument“ genannt. Der damalige Aufruf hatte Kirchen und Weltöffentlichkeit aufgerüttelt und zu konzertierten Aktionen veranlasst, die die Apartheid letztlich beendet haben. israel & palästina veröffentlicht Auszüge aus dem 14-seitigen Dokument.

Die Stunde der Wahrheit:

Ein Wort des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe aus der Mitte des Leidens der Palästinenser und Palästinenserinnen

Einführung

Nach Gebet, Nachdenken und Meinungsaustausch erheben wir, eine Gruppe christlicher Palästinenser und Palästinenserinnen, mitten aus dem Leiden unseres von Israel besetzten Landes heraus unsere Stimme zu einem Schrei der Hoffnung, wo keine Hoffnung ist, zu einem Schrei, der erfüllt ist vom Gebet und von dem Glauben an Gott, ... Als Christen und Palästinenser verkünden wir unser Wort – ein Wort des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe.

Warum jetzt?

Weil das tragische Schicksal des palästinensischen Volkes heute ausweglos geworden ist. Die Entscheidungsträger

begnügen sich mit Krisenmanagement, anstatt sich der schwierigen Aufgabe zu unterziehen, nach einer Lösung für die Krise zu suchen. Die Herzen der Gläubigen sind erfüllt von Schmerz und von Fragen: Was tut die internationale Gemeinschaft? Was tun die politischen Verantwortlichen in Palästina, in Israel und in der arabischen Welt? Was tut die Kirche? Hier geht es nicht allein um ein politisches Problem. Es geht um eine Politik, die Menschen vernichtet, und das geht die Kirche an...

1. Die Realität

1.1. „*Sie sagen: ‚Friede! Friede!‘ und ist doch nicht Friede*“ (Jer 6, 14). In diesen Tagen reden alle vom Frieden im Na-

hen Osten und vom Friedensprozess. Bisher sind das jedoch nur Worte; Realität ist die israelische Besetzung palästinensischer Gebiete, der Verlust unserer Freiheit. Ursächlich dafür ist die folgende Situation:

1.1.1 Die Trennmauer, die auf palästinensischem Gebiet errichtet worden ist, das zu einem großen Teil zu diesem Zweck beschlagnahmt wurde, hat unsere Städte und Dörfer in Gefängnisse verwandelt und voneinander getrennt und sie zu verstreuten und geteilten Bezirken gemacht. Der Gazastreifen lebt, vor allem nach dem grausamen Krieg, den Israel im Dezember 2008 bis Januar 2009 gegen dieses Gebiet geführt hat, auch weiterhin unter unmenschlichen Bedingungen, unter einer ständigen Blockade und abgeschnitten von den übrigen palästinensischen Gebieten.

1.1.2 Im Namen Gottes und im Namen von Macht stehlen israelische Siedlungen unser Land; sie kontrollieren unsere natürlichen Ressourcen, auch das Wasser und das Ackerland, und damit berauben sie Hunderttausende von Palästinensern und Palästinenserinnen ihrer Rechte und stehen einer politischen Lösung im Wege.

1.1.3 Realität ist die tägliche Demütigung, der wir auf dem Weg zu unseren Arbeitsplätzen, zu Schulen und Krankenhäusern an den Militärkontrollposten ausgesetzt sind.

1.1.4 Realität ist die Trennung von Familien; sie macht das Familienleben für Tausende von Palästinensern unmöglich, vor allem dann, wenn einer der Ehegatten keinen israelischen Personalausweis besitzt.

1.1.5 Die Religionsfreiheit wird erheblich eingeschränkt; der freie Zugang zu den heiligen Stätten wird unter dem Vorwand von Sicherheit verwehrt. Jerusalem und seine heiligen Stätten sind für viele Christen und Muslime aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen unerreichbar. Selbst Bewohner Jerusalems sind während der religiösen Feste Einschränkungen ausgesetzt. Und einige der arabischen Geistlichen werden häufig daran gehindert, Jerusalem zu betreten.

1.1.6 Auch die Flüchtlinge gehören zu unserer Realität. Die meisten von ihnen leben immer noch unter unmenschlichen Bedingungen in Lagern. Und obwohl sie das Recht auf Heimkehr haben, warten sie seit Generationen auf ihre Rückkehr. Was soll aus ihnen werden?

1.1.7 Und die Gefangenen? Tausende von Gefangenen, die in israelischen Gefängnissen dahinsiechen, sind Teil unserer Realität. Die Israelis bewegen Himmel und Erde, um einen Gefangenen zu befreien. Doch wann werden die Tausende von palästinensischen Gefangenen ihre Freiheit wiedererlangen?

1.1.8 Jerusalem ist das Herzstück unserer Realität. Es ist Symbol des Friedens und Zeichen des Konflikts zugleich. Während die Trennmauer palästinensische Wohngebiete teilt, werden palästinensische Bürger, Christen und Muslime, weiterhin aus Jerusalem hinausgedrängt. Ihre Personalausweise werden beschlagnahmt und dadurch verlieren sie ihr Bleiberecht in Jerusalem. Ihre Häuser werden zerstört oder enteignet. Jerusalem, die Stadt der Versöhnung, ist zu einer Stadt der Diskriminierung und Ausgrenzung, zu einer Quelle des Streites anstatt des Friedens geworden.

1.2 Teil unserer Realität ist die Missachtung des Völkerrechts und der internationalen Resolutionen durch die Israelis sowie die Untätigkeit der arabischen Welt und der Weltgemeinschaft angesichts dieser Missachtung. Es werden Menschenrechte verletzt, aber trotz der vielfältigen Berichte örtlicher und internationaler Menschenrechtsorganisationen besteht das Unrecht fort.

1.2.1 Auch den Palästinensern im Staat Israel, die zwar Bürgerinnen und Bürger sind und als solche Rechte und Pflichten haben, ist historisches Unrecht angetan worden und sie leiden heute immer noch unter einer diskriminierenden Politik. Auch sie warten darauf, in den Genuss ihrer uneingeschränkten Rechte zu kommen und

den anderen Bürgern des Staates gleichgestellt zu werden.

1.3 Ein weiteres Element unserer Realität ist die Emigration. Das Fehlen einer Vision oder eines Funkens der Hoffnung auf Frieden und Freiheit drängt junge Menschen, Muslime wie Christen, zur Auswanderung. So wird das Land seiner wichtigsten und kostbarsten Ressource beraubt – seiner ausgebildeten jungen Menschen. Die schrumpfende Zahl der Christen, vor allem in Palästina, gehört zu den gefährlichen Folgen dieses Konflikts. Sie ist auch Folge der lokalen wie und internationalen Lähmung und Unfähigkeit, zu einer umfassenden Lösung des Problems zu gelangen.

1.4 Dieser Realität gegenüber rechtfertigt Israel seine Aktionen, einschließlich der Besetzung, der kollektiven Bestrafung und aller anderen Formen von Repressalien gegen die Palästinenser, als Selbstverteidigung. Unserer Auffassung nach stellt diese Vorstellung die Realität auf den Kopf. Ja, es gibt palästinensischen Widerstand gegen die Besetzung. Wenn es jedoch keine Besetzung gäbe, gäbe es auch keinen Widerstand, keine Angst und keine Unsicherheit. Das ist unsere Sicht der Dinge. Wir appellieren an die Israelis, die Besetzung zu beenden. Sie werden dann eine neue Welt ohne Angst und Bedrohung entdecken, in der Sicherheit, Gerechtigkeit und Frieden herrschen.

1.5 Die Reaktionen der Palästinenser auf diese Realität waren unterschiedlich. Manche reagierten mit Verhandlungen: das war die offizielle Haltung der Palästinensischen Autoritätsbehörde; doch sie vermochte es nicht, den Friedensprozess voranzutreiben. Manche Parteien begaben sich auf den Weg des bewaffneten Widerstandes. Israel benutzte dies als Vorwand, die Palästinenser des Terrorismus zu bezichtigen, und konnte damit das wahre Wesen des Konfliktes verfälschen, ihn als einen israelischen Krieg gegen den Terrorismus darstellen und nicht als israelische Besetzung, die auf legitimen palästinensischen Widerstand zu ihrer Beendigung stößt.

1.5.1 Der interne Konflikt unter den Palästinensern und die Abtrennung des Gazastreifens von dem übrigen palästinensischen Gebiet verschlimmerten die verhängnisvolle Situation. Dabei ist zu bedenken, dass die Palästinenser zwar untereinander gespalten sind, ein großer Teil der Verantwortung aber der internationalen Gemeinschaft anzulasten ist, denn sie weigerte sich, konstruktiv auf den Willen des palästinensischen Volkes einzugehen, der in dem Ergebnis der demokratischen und gesetzmäßigen Wahlen im Jahre 2006 zum Ausdruck gekommen ist. Wir wiederholen und bekräftigen erneut, dass unser christliches Wort in dieser Situation ein Wort des Glaubens, der

Hoffnung und der Liebe inmitten unserer Katastrophe ist.

2. Ein Wort des Glaubens

Wir glauben an Gott, an einen gütigen und gerechten Gott

(...)

Unser Land hat einen universellen Auftrag

2.3 Wir glauben, dass unser Land einen universellen Auftrag hat. In dieser Universalität erweitert sich die Bedeutung der Verheißungen, des Landes, der Erwählung und des Volkes Gottes und schließt die ganze Menschheit ein – angefangen bei allen Völkern, die in diesem Land wohnen. Im Lichte der Lehren der Heiligen Schrift war die Verheißung des Landes zu keiner Zeit ein politisches Programm, sondern vielmehr der Auftakt zur vollständigen universellen Erlösung. Sie war der Beginn der Vollendung des Reiches Gottes auf Erden.

2.3.1 (...) Wir haben die Pflicht, es [dieses Land] von dem Übel des Krieges zu befreien. Es ist Gottes Land, und deshalb muss es ein Land der Versöhnung, des Friedens und der Liebe sein. Und das ist auch möglich. Gott hat uns als zwei Völker hierher gestellt, und Gott gibt uns, wenn wir es nur aufrichtig wollen, auch die Kraft, zusammenzuleben und Gerechtigkeit und Frieden zu schaffen, (...)

2.3.2 Unsere Präsenz in diesem Land als christliche und muslimische Palästinenser und Palästinenserinnen ist kein Zufall, sondern ist tief in der Geschichte und Geographie dieses Landes verwurzelt und verbindet uns mit diesem Land so, wie jedes Volk mit dem Land verbunden ist, in dem es lebt. Es war Unrecht, dass wir aus dem Land vertrieben worden sind. Der Westen versuchte, das Unrecht, das Juden in den Ländern Europas erlitten hatten, wiedergutzumachen, aber diese Wiedergutmachung ging auf unsere Kosten in unserem Land. Unrecht sollte korrigiert werden; das Ergebnis war neues Unrecht.

2.3.3 Wir wissen überdies, dass bestimmte Theologen im Westen versuchen, das uns zugefügte Unrecht biblisch und theologisch zu legitimieren. Auf diese Weise werden die Verheißungen Gottes an uns nach ihrer Auslegung zu einer Bedrohung für unsere nackte Existenz. Die „frohe Botschaft“ des Evangeliums ist für uns zu „einem Vorboten des Todes“ geworden. Wir appellieren an diese Theologen, noch gründlicher über das Wort Gottes nachzudenken und ihre Auslegung zu korrigieren, damit sie im Wort Gottes eine Quelle des Lebens für alle Völker erkennen können.

2.3.4 Unsere Verbundenheit mit diesem Land ist keine bloße ideologische oder theologische Frage, sondern ein natür-

liches Recht. Sie ist eine Sache von Leben und Tod. Möglicherweise sind manche Menschen mit uns nicht einverstanden und bezeichnen uns als Feinde, nur weil wir sagen, dass wir als freies Volk in unserem Land leben wollen. Da wir Palästinenser und Palästinenserinnen sind, leiden wir unter Besetzung, und da wir Christinnen Christen sind, leiden wir an den falschen Auslegungen einiger Theologen. Angesichts dessen ist es unsere Aufgabe, das Wort Gottes als Quelle des Lebens und nicht des Todes zu verteidigen, damit „die frohe Botschaft“ das bleibt, was sie ist, „frohe Botschaft“ für uns und für alle. Im Angesicht derer, die die Bibel benutzen, um unsere Existenz als christliche und muslimische Palästinenser zu bedrohen, bekräftigen wir unseren Glauben an die Bibel, weil wir wissen, dass das Wort Gottes nicht die Quelle unserer Zerstörung sein kann.

2.4 Deshalb erklären wir, dass jede Benutzung der Bibel zur Legitimierung oder Unterstützung von politischen Optionen und Standpunkten, die auf Unrecht beruhen und die Menschen von Menschen und Völkern von anderen Völkern aufgezwungen werden, die Religion in eine menschliche Ideologie verwandeln und das Wort Gottes seiner Heiligkeit, seiner Universalität und seiner Wahrheit berauben.

2.5 Wir erklären ferner, dass die israelische Besetzung palästinensischen

Landes Sünde gegen Gott und die Menschen ist, weil sie die Palästinenser ihrer grundlegenden Menschenrechte beraubt, die ihnen von Gott verliehen worden sind. Sie entstellt das Ebenbild Gottes in dem Israeli, der zum Besatzer geworden ist, und sie entstellt das Ebenbild Gottes in dem Palästinenser, der unter der Besetzung leben muss. Wir erklären, dass jede Theologie, die die Besetzung rechtfertigt und dabei vorgibt, sich auf die Bibel oder auf den Glauben oder die Geschichte zu stützen, von der christlichen Lehre entfernt ist, weil sie im Namen des Allmächtigen Gottes zu Gewalt und zum heiligen Krieg aufruft und Gott temporären menschlichen Interessen unterordnet; damit entstellt sie das Antlitz Gottes in den Menschen, die unter politischem und theologischem Unrecht leben müssen.

2.5.1 Wenn wir also unsere Stimme erheben und das Ende der Besetzung fordern, dann geht es uns nicht nur darum, die verletzte Menschlichkeit und die gedemütigte Menschenwürde der Palästinenser zu heilen, sondern auch darum, die Israelis von der Gewalt der Besetzung zu befreien, die sie den Palästinensern aufzwingen.

3. Hoffnung

3.1 Obwohl es keinen Schimmer einer positiven Entwicklung gibt, bleibt un-

sere Hoffnung stark. Die gegenwärtige Situation verspricht keine schnelle Lösung und kein Ende der uns aufgezungenen Besetzung. Gewiss, die Initiativen, die Konferenzen, die Besuche und die Verhandlungen haben sich vervielfältigt, aber sie haben nicht zu einer Änderung unserer Situation und unseres Leidens geführt. Nicht einmal die von Präsident Obama angekündigte neue Haltung der USA mit dem deutlichen Wunsch nach Beendigung der verhängnisvollen Situation konnte an unserer Lage etwas ändern. Die klare israelische Antwort, die sich jeder Lösung verweigert, lässt keinen Raum für positive Erwartungen. Dennoch bleibt unsere Hoffnung stark, denn sie kommt von Gott. (...)

Was bedeutet Hoffnung?

3.2 ... – uns ist klar, dass die Befreiung nicht unmittelbar bevorsteht. (...) Wir sehen gegenwärtig und für die Zukunft nichts außer Niedergang und Vernichtung. Wir sehen, dass die starke und zunehmende Orientierung auf rassistische Trennung und auf die Auferlegung von Gesetzen, die uns unsere Existenz und unsere Würde streitig machen, die Oberhand gewonnen hat. Wir sehen in der palästinensischen Haltung Verwirrung und Spaltung. Wenn wir uns trotz alledem dieser Realität heute widersetzen und uns intensiv

einsetzen, dann kommt die Vernichtung, die am Horizont droht, vielleicht doch nicht über uns. (...)

4. Liebe

Das Liebesgebot

(...)

Widerstand

(...)

4.2.1 ... Das Unrecht, unter dem das palästinensische Volk lebt, d.h. die israelische Besetzung, ist ein Übel und eine Sünde, denen entgegengetreten werden muss und die beseitigt werden müssen. Die Verantwortung dafür liegt dafür liegt zuallererst bei den Palästinensern selbst, die unter der Besetzung leben. Denn die christliche Liebe mahnt uns zum Widerstand gegen die Besetzung. Die Liebe bezwingt jedoch das Böse, indem sie den Weg der Gerechtigkeit einschlägt. Aber auch die Weltgemeinschaft ist verantwortlich, weil heute das Völkerrecht die Beziehungen unter den Völkern regelt. Schließlich tragen diejenigen, die das Unrecht tun, die Verantwortung dafür, sich selbst vom Bösen, das in ihnen ist, und vom Unrecht, das sie anderen zufügen, zu lösen.

4.2.2 Wenn wir auf die Geschichte der Nationen schauen, sehen wir viele Kriege und viel kriegesischen Widerstand gegen den Krieg, viel gewaltvollen Widerstand gegen Gewalt. Das palästinensische Volk hat denselben

Weg wie andere Völker beschritten, vor allem in den ersten Phasen seines Kampfes gegen die israelische Besetzung. Es hat aber auch, vor allem während der ersten Intifada, einen friedlichen Kampf geführt. Es ist uns bewusst, dass alle Völker einen neuen Weg für ihre gegenseitigen Beziehungen und zur Lösung ihrer Konflikte finden müssen. Die Wege der Gewalt müssen Wegen des Friedens weichen. Das gilt ganz besonders für die Völker, die militärisch stark und mächtig genug sind, um dem Schwächeren ihr Unrecht aufzuzwingen.

4.2.3 Wir meinen, dass wir als Christen gegen die israelische Besetzung Widerstand leisten müssen. Widerstand ist für Christen ein Recht und eine Pflicht, doch das Grundprinzip ihres Widerstandes ist die Liebe. Es muss sich daher um einen kreativen Widerstand handeln, das heißt, es müssen menschliche Wege gefunden werden, die die Menschlichkeit des Feindes ansprechen. Im Antlitz des Feindes die Würde Gottes zu sehen und im aktiven Widerstand nur solche Positionen zuzulassen, in denen sich diese Vision widerspiegelt, ist der wirksamste Weg, die Unterdrückung zu beenden und den Unterdrückten zu zwingen, von seiner Aggression abzulassen; auf diese Weise kann das erwünschte Ziel erreicht werden: das Land, die Freiheit, die Würde und die Unabhängigkeit wiederzuerlangen.

4.2.4 Christus, unser Herr, hat uns ein Beispiel gegeben, dem wir nacheifern müssen. Wir müssen dem Bösen widerstehen; aber er hat uns auch gelehrt, dass wir dem Bösen nicht mit Bösem widerstehen sollen. Das ist ein schwieriges Gebot, vor allem, wenn der Gegner entschlossen ist, sich durchzusetzen und unser Bleiberecht in diesem Land zu leugnen. Es ist ein schwieriges Gebot, aber es muss unbedingt befolgt werden, auch angesichts der deutlichen Erklärungen der Besatzungsbehörden, die uns das Existenzrecht verweigern, und der vielfältigen Rechtfertigungsversuche dieser Behörden, die ihr Besatzungsregime über uns aufrechterhalten wollen.

4.2.5 Der Widerstand gegen das Übel der Besetzung ist demnach eingebettet in die christliche Liebe, die das Böse ablehnt und wiedergutmacht. Sie widersteht dem Bösen in allen seinen Formen mit Methoden, die dem Grundsatz der Liebe entsprechen, und setzt alle Kräfte in Bewegung, um Frieden zu stiften. Wir können auch durch zivilen Ungehorsam Widerstand leisten. Wir sollen nicht Widerstand leisten, indem wir Tod bringen, sondern vielmehr, indem wir das Leben schützen. Wir haben Hochachtung vor allen, die ihr Leben für unsere Nation hingegeben haben, und sagen, dass jeder Bürger bereit sein muss, sein Leben, seine Freiheit und sein Land zu verteidigen.

4.2.6 Die zivilen Organisationen der Palästinenser, aber auch die internationalen Organisationen, die Nichtregierungsorganisationen wie auch eine Reihe von religiösen Institutionen appellieren an Einzelne, Gesellschaften und Staaten, sich für den Rückzug von Investitionen und für Boykottmaßnahmen der Wirtschaft und des Handels gegen alle von der Besetzung hergestellten Güter einzusetzen. Wir sehen darin die Befolgung des Grundsatzes des friedlichen Widerstandes. Diese anwaltschaftlichen Kampagnen müssen mutig vorangetrieben werden und dabei offen und aufrichtig erklären, dass ihr Ziel nicht Rache, sondern die Beseitigung des bestehenden Übels, die Befreiung der Täter und der Opfer des Unrechts ist. Ziel ist die Befreiung beider Völker von den extremistischen Positionen der verschiedenen israelischen Regierungen und die Erlangung von Gerechtigkeit und Versöhnung für beide Seiten. In diesem Geiste und mit dieser Zielrichtung werden wir vielleicht die lang ersehnte Lösung unserer Probleme erreichen; das ist schließlich auch in Südafrika und von vielen anderen Befreiungsbewegungen in der ganzen Welt erreicht worden.

4.3 Mit unserer Liebe werden wir das Unrecht überwinden und das Fundament für eine neue Gesellschaft für uns und für unsere Gegner legen. Unsere und ihre Zukunft gehören zusammen.

Entweder wird der Zyklus der Gewalt beide Seiten vernichten oder der Friede wird beiden Seiten zugute kommen. Wir appellieren an Israel, von seinem Unrecht gegen uns abzulassen und die Realität der Besetzung nicht länger unter dem Vorwand zu verfälschen, es sei ein Kampf gegen den Terrorismus. Die Wurzeln des „Terrorismus“ liegen in dem menschlichen Unrecht, das uns angetan wird, und in dem Übel der Besetzung. Beides muss aufhören, wenn die ehrliche Absicht besteht, den „Terrorismus“ zu beseitigen. Wir appellieren an das Volk von Israel, unsere Partner in unseren Bemühungen um Frieden und nicht in dem unendlichen Zyklus der Gewalt zu sein. Lasst uns gemeinsam dem Bösen widerstehen, dem Bösen der Besetzung und dem teuflischen Zyklus der Gewalt!

5. Unser Wort an unsere Brüder und Schwestern

(...)

5.2 Wir sagen unseren christlichen Brüdern und Schwestern: Dies ist eine Zeit der Umkehr. Umkehr führt uns zurück in die Gemeinschaft der Liebe mit allen, die leiden, mit den Gefangenen, mit den Verwundeten, mit denen, die unter vorübergehenden oder ständigen Behinderungen leiden, mit den Kindern, die ihrer Kindheit beraubt sind, mit denen, die einen geliebten Menschen beweinen. Die Gemein-

schaft der Liebe sagt jedem Gläubigen im Geist und in der Wahrheit: Wenn mein Bruder gefangen ist, dann bin auch ich gefangen; wenn sein Haus zerstört wird, wird auch mein Haus zerstört; wenn mein Bruder umgebracht wird, dann werde auch ich umgebracht.

Wir stehen vor denselben Herausforderungen und teilen miteinander alles, was geschieht und was geschehen wird. Vielleicht haben wir als Einzelne oder als Oberhäupter unserer Kirche geschwiegen, wo wir unsere Stimme hätten erheben, das Unrecht hätten verurteilen und das Leiden hätten teilen sollen. Dies ist eine Zeit der Buße für unser Schweigen, für unsere Gleichgültigkeit, für unsere mangelnde Gemeinschaft, weil wir unserem Auftrag in diesem Land nicht treu geblieben sind und ihn verraten haben oder weil wir nicht genug nachgedacht oder getan haben, um eine neue, ganzheitliche Vision zu finden.

(...)

5.4.1 Unsere Botschaft an die Muslime ist eine Botschaft der Liebe und für das Zusammenleben, ein Appell, dem Fanatismus und Extremismus abzuschwören. Sie ist auch eine Botschaft an die Welt, dass Muslime nicht als Feinde abgestempelt oder als Terroristen karikiert werden dürfen, sondern dass man mit ihnen in Frieden leben und den Dialog mit ihnen suchen soll.

5.4.2 Unsere Botschaft an die Juden lautet: Wir haben uns bekämpft und kämpfen auch heute noch gegeneinander, aber wir können auch lieben und miteinander zusammenleben. Wir können unser politisches Leben, in all seiner Komplexität, nach dem Grundprinzip der Liebe und ihrer Kraft organisieren, wenn erst einmal die Besetzung beendet und die Gerechtigkeit wiederhergestellt ist.

(...)

6. Unser Wort an die Kirchen der Welt

6.1 Unser Wort an die Kirchen der Welt ist zunächst ein Wort des Dankes für die Solidarität, die sie uns in Worten, Taten und in ihrer Präsenz unter uns zuteil werden lassen. (...) Es ist aber auch ein Ruf zur Umkehr, zur Korrektur fundamentalistischer theologischer Positionen, die gewisse ungerechte politische Optionen in Bezug auf das palästinensische Volk unterstützen. Es ist ein Aufruf, sich an die Seite der Unterdrückten zu stellen und das Wort Gottes als frohe Botschaft an alle zu bewahren, anstatt es in eine Waffe zu verwandeln, mit der die Unterdrückten getötet werden. Das Wort Gottes ist ein Wort der Liebe zu Seiner ganzen Schöpfung. Gott ist nicht der Verbündete einer Seite gegen eine andere, und auch nicht der Gegner des einen gegenüber

dem anderen. Gott ist der Herr aller, er liebt alle, er fordert Gerechtigkeit von allen und gab uns allen dieselben Gebote. Wir bitten unsere Schwesterkirchen, keinen theologischen Deckmantel für das Unrecht anzubieten, unter dem wir leiden, oder über die Sünde der Besetzung, die uns aufgezwungen worden ist. Unsere Frage an unsere Brüder und Schwestern in den Kirchen heute lautet: Könnt ihr uns helfen, unsere Freiheit zurückzuerlangen? Denn das ist die einzige Möglichkeit, beiden Völkern zu Gerechtigkeit, Frieden, Sicherheit und Liebe zu verhelfen.

(...)

6.3 Wir verurteilen alle Formen von Rassismus, gleichviel, ob religiös oder ethnisch begründet, einschließlich Antisemitismus und Islamfeindlichkeit, und wir appellieren an euch, ihn ebenfalls zu verurteilen und ihm entgegenzutreten, wo und in welcher Form auch immer er auftritt. Gleichzeitig appellieren wir an euch, ein Wort der Wahrheit zur israelischen Besetzung palästinensischen Landes zu sagen und eure Haltung an der Wahrheit auszurichten. Wie wir bereits gesagt haben, halten wir Boykottmaßnahmen und den Abzug von Investitionen für friedliche Werkzeuge, um Gerechtigkeit, Frieden und Sicherheit für alle zu erreichen.

7. Unser Wort an die internationale Gemeinschaft

7.1 Unser Wort an die Weltgemeinschaft lautet: Beendet die „Doppel-moral“ und besteht darauf, dass die internationalen Resolutionen zur Palästinafrage auf alle Parteien angewendet werden. Die selektive Anwendung des Völkerrechts birgt die Gefahr in sich, uns dem Gesetz des Dschungels preiszugeben. Sie legitimiert die Forderungen bestimmter bewaffneter Gruppen und suggeriert, dass die internationale Gemeinschaft allein die Logik der Gewalt versteht. Deshalb fordern wir, wie bereits erwähnt, eine Reaktion auf das, was die zivilen und religiösen Institutionen vorgeschlagen haben: nämlich endlich ein System wirtschaftlicher Sanktionen und Boykottmaßnahmen gegen Israel einzuleiten. Wir wiederholen noch einmal: das ist nicht Rache, sondern vielmehr ein ernsthafter Schritt zur Verwirklichung eines gerechten und dauerhaften Friedens, durch den die Besetzung palästinensischer und anderer arabischer Gebiete durch Israel beendet und Sicherheit und Frieden für alle gewährleistet werden sollen.

8. An die jüdische und an die muslimische religiöse Führung

8. Schließlich appellieren wir an die jüdische und muslimische religiöse und

geistliche Führung, mit der wir die Vision teilen, dass jeder Mensch von Gott geschaffen ist und die gleiche menschliche Würde erhalten hat. Das erlegt allen von uns die Verpflichtung auf, die Unterdrückten und die ihnen von Gott verliehene Würde zu verteidigen. Lasst uns gemeinsam versuchen, die politischen Positionen hinter uns zu lassen, die bislang gescheitert sind und immer wieder auf den Weg des Scheiterns und des Leidens führen werden.

9. Ein Appell an unser palästinensisches Volk und an die Israelis

9.1 Es ist der Appell, in jedem seiner Geschöpfe das Antlitz Gottes zu erkennen und die Schranken der Furcht oder der Rasse zu überwinden, um einen konstruktiven Dialog anzubahnen und aus dem Teufelskreis nie endender Manöver herauszukommen, die das Ziel haben, den Status quo zu erhalten. Wir rufen dazu auf, eine gemeinsame Vision zu suchen, die sich auf Gleichberechtigung und Teilen gründet und nicht auf Überlegenheitsansprüche, auf die Negierung des anderen oder auf Aggressionen unter dem Vorwand der Angst und der Sicherheit. Wir sagen: Liebe und gegenseitiges Vertrauen sind möglich. Deshalb ist auch Friede, ist endgültige Versöhnung möglich. Auf diese Weise können Gerechtigkeit und

Sicherheit für alle Seiten erreicht werden.

9.2 Von großer Bedeutung ist die Bildung. Bildungsprogramme müssen helfen, einander richtig kennenzulernen, anstatt einander nur durch das Prisma des Konflikts, der Feindschaft oder des religiösen Fanatismus zu sehen. Die heutigen Bildungsprogramme sind von Feindschaft vergiftet. „Ihr kennt uns nicht und wir kennen euch nicht“, könnten Israelis und Palästinenser gleichermaßen zueinander sagen. Es ist die Zeit für eine neue Bildungsarbeit gekommen, die es uns ermöglicht, in dem anderen das Antlitz Gottes zu sehen, und die uns klar macht, dass wir fähig sind, einander zu lieben und gemeinsam an einer Zukunft in Frieden und Sicherheit zu bauen.

9.3 Der Versuch, den Staat zu einem religiösen – jüdischen oder islamischen – Staat zu machen, nimmt ihm seine Bewegungsfreiheit, zwingt ihn in enge Grenzen und verwandelt ihn in einen Staat, der Diskriminierung und Ausgrenzung praktiziert und die einen Bürgerinnen und Bürger gegenüber den anderen privilegiert. Wir appellieren an beide, die religiösen Juden und die religiösen Muslime: Macht den Staat zu einem Staat für alle seine Bürger und Bürgerinnen, der auf der Achtung der Religion, aber auch der Gleichberechtigung, der Gerechtigkeit, der Freiheit sowie der Respektierung des Pluralis-

mus gegründet ist, und nicht auf der Herrschaft einer Religion oder einer zahlenmäßigen Mehrheit.

9.4 Den palästinensischen Verantwortlichen sagen wir: Die derzeitigen Spaltungen schwächen uns alle und verursachen zusätzliches Leid. Nichts kann diese Spaltungen rechtfertigen. Zum Wohle des Volkes, das wichtiger ist als das der politischen Parteien, muss die Spaltung ein Ende haben. Wir appellieren an die Weltgemeinschaft, diesen Einigungsprozess zu unterstützen und den in Freiheit ausgedrückten Willen des palästinensischen Volkes zu respektieren.

9.5 Das Fundament unserer Vision und unseres ganzen Lebens ist Jerusalem. Dieser Stadt hat Gott in der Geschichte der Menschheit eine ganz besondere Bedeutung beigemessen. Alle Menschen sind auf dem Weg in diese Stadt – wo sie sich in Freundschaft und Liebe und in der Gegenwart des einen Gottes nach der Vision des Propheten Jesaja zusammenfinden werden: *„Es wird zur letzten Zeit der Berg, da des Herrn Haus ist, fest stehen, höher als alle Berge und über alle Hügel erhaben, und alle Heiden werden herzulaufen. (...) Und er wird richten unter den Heiden und zurechtweisen viele Völker. Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen. Denn es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben, und sie werden*

hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen“ (Jes 2, 2-5).

Jede politische Lösung muss sich auf diese prophetische Vision stützen sowie auf die internationalen Resolutionen im Blick auf Jerusalem, in dem heute zwei Völker und drei Religionen leben. Diese Frage muss der erste Verhandlungspunkt sein, denn die Anerkennung Jerusalems als heiliger Stadt und ihrer Botschaft wird eine Quelle der Inspiration für die Lösung des Gesamtproblems sein, das weitgehend ein Problem gegenseitigen Vertrauens und der Fähigkeit ist, in diesem Land Gottes ein neues Land zu schaffen.

10. Hoffnung und Glaube an Gott

10.1 Obwohl es keine Hoffnung gibt, schreien wir unsere Hoffnung heraus. (...)

Deutsche Übersetzung: Ökumenischer Rat

Anmerkung

* Vollständiger Wortlaut des Kairos Palästina-Dokuments:
http://www.oikoumene.org/fileadmin/files/wcc-main/2009pdfs/Kairos_Palestine_Ger.pdf

Autoren

- Muriel Asseburg**, Forschungsgruppenleiterin der Forschungsgruppe Naher Osten und Afrika bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, mit den Schwerpunkten Nahostkonflikt und Friedensprozess, deutsche und europäische Nahostpolitik und Konfliktprävention und Friedenssicherung. Jüngste Veröffentlichungen: *Die EU als strategischer Akteur in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik? Eine systematische Bestandsaufnahme von ESVP-Missionen und -Operationen*, mit Ronja Kempin (Hg.) SWP-Studie 2009/S 32, Dezember 2009, und *Der israelisch-arabische Konflikt*, in: Guido Steinberg (Hg.) *Deutsche Nah-, Mittelost- und Nordafrikapolitik – Interessen, Strategien, Handlungsoptionen*, SWP-Studie 2009/S 15, Mai 2009, sowie *Obamas zweiter Anlauf im Nahost-Friedensprozess, Unilaterale Ansätze der Konfliktparteien sind keine Alternative*. SWP-Aktuell 2010/A 12, February 2010
- Ahmed Badawi**, Geschäftsführer von TRANSFORM: Zentrum für Konfliktanalyse, Politische Entwicklung und Erforschung der Weltgesellschaft; Berater der Nahost-Teams und der Forschungsgruppe Oxford.
- Michelle Dunne**, Wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Carnegie Endowment for International Peace, Washington, und Herausgeberin des monatlich erscheinenden online-Magazin Arab Reform Bulletin (Carnegie). Davor Nahostexpertin im amerikanischen Außenministerium und im Nationalen Sicherheitsrat des Weißen Hauses.
- Nicolas Pelham**, Journalist und Publizist, der in den letzten Jahrzehnten für *The Economist* und *The Financial Times* aus dem Nahen Osten berichtete. Zur Zeit arbeitet er in Jerusalem als politischer Beobachter für die *international crisis group (icg)*, die im Juli 2009 einen Bericht über *Israel's Religious Right and the Question of Settlements* und im November 2009 über *Palestine: Salvaging Fatah* veröffentlichte.
- Christian Sterzing**, Rechtsanwalt und Sozialpädagoge. Leiter des Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Ramallah (Palästina) von 2004 bis 2008, Mitglied des Bundestags 1994 bis 2002, Vorstandsmitglied des diAk seit 1977.
- Joshua Teitelbaum**, Wissenschaftlicher Mitarbeiter des *Jerusalem Center for Public Affairs* und des *Moshe Dayan Center for Middle Eastern and African Studies*, der Universität Tel Aviv. Außerdem ist er Associate Professor am *Department of Political Science* und dem *Center on Democracy, Development, and Rule of Law* der Universität Stanford. Er ist Autor und Herausgeber verschiedener Bücher über den modernen Nahen und Mittleren Osten. Sein jüngstes Werk *Political Liberalization in the Persian Gulferschien* bei *Columbia University Press*.
- Hesham Youssef**, Seit 2001 Leiter des Stabes des Generalsekretärs der Arabischen Liga, Amre Moussa in Kairo. Vorher Pressesprecher der Arabischen Liga und als ägyptischer Diplomat auf Posten in Kanada (1988-92) und Genf (1995-99).